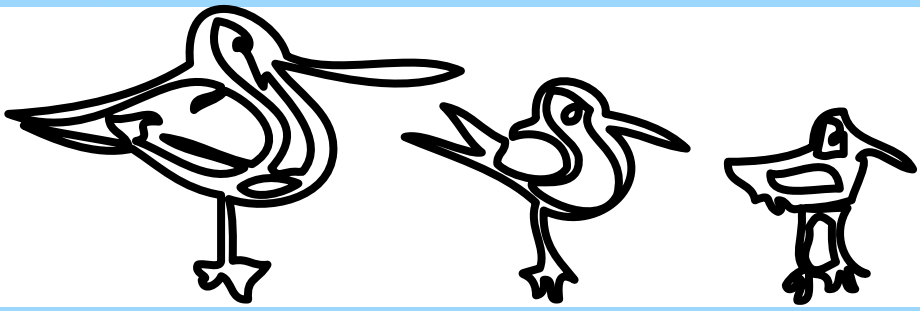
HCU | HafenCity Universität Hamburg

Projektbericht Zukunft auf dem Lande

Handlungsempfehlungen für ein regionales Kooperationsprojekt



Betreut von Prof. Dr.-Ing. Thomas Krüger

FORMALES

[Eigene Darstellung]

Der vorliegende Bericht wurde im Rahmen eines P3 - Projektes an der HCU Hamburg im Winter- und Sommersemester 2010/2011 erstellt.

Leitung des Projektes:

Prof. Dr.-Ing. Thomas Krüger

Teilnehmer des Projektes:

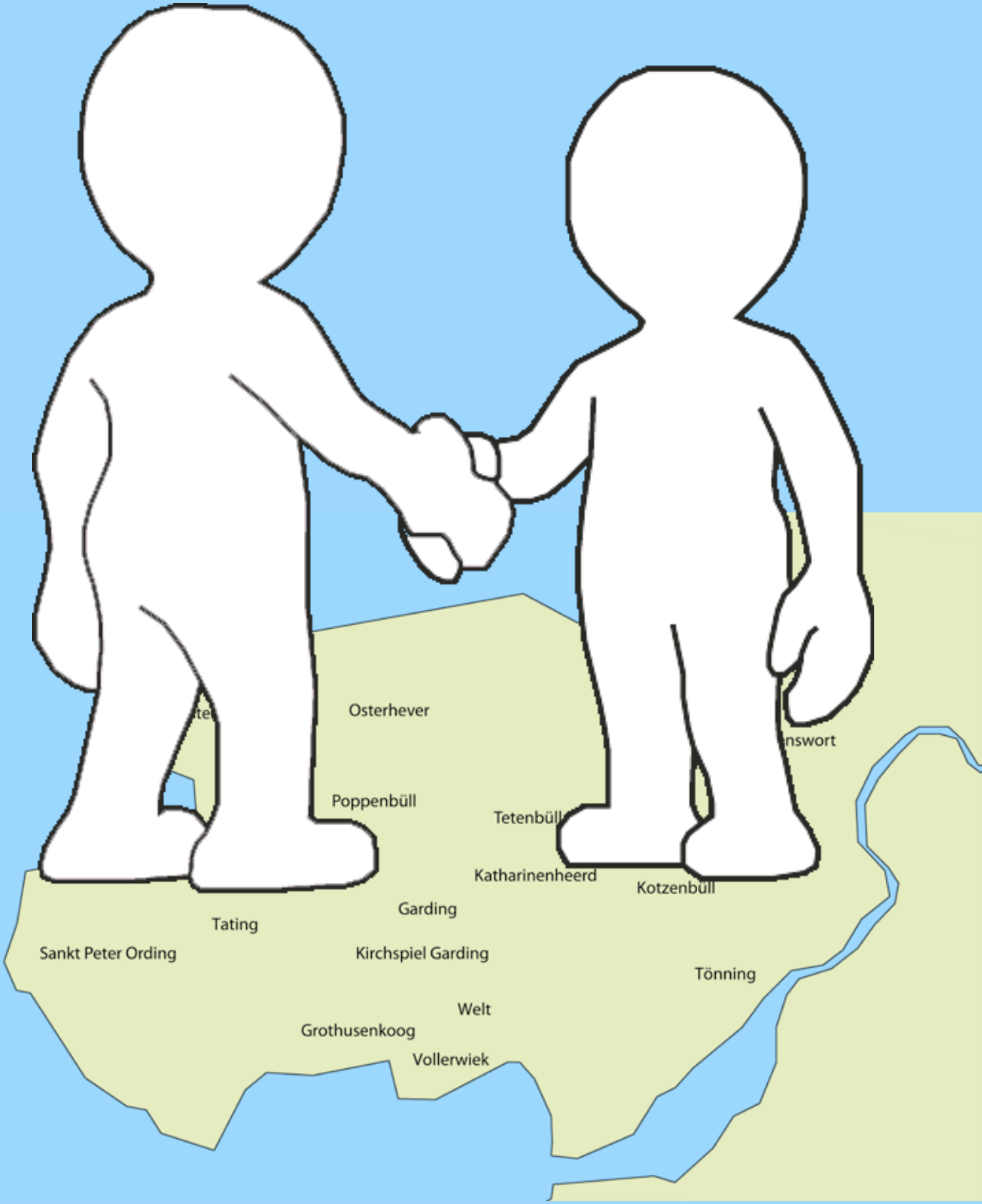
Alina Dukardt	3010808
Torsten Flaegel	3010244
Mareike Kappenberg	3011694
Yasmin Manderbach	3010367
Jan Wachholz	3009552
Alexandra Quast	3011355

Teile des Projektberichtes:

Delir Goorab	3013609

Hiermit versichern wir, die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen, als die angegebenen Hilfsmittel, benutzt zu haben. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn anderer Werke entnommen sind, wurden unter Angabe der Quellen und nach den üblichen Regeln wissenschaftlichen Zitierens kenntlich gemacht.

DANKSAGUNG



[Eigene Darstellung]

Wir möchten uns rechtherzlich bei Herrn Prof. Dr. Thomas Krüger für die hilfreiche und unterstützende Projektbegleitung- und betreuung während des gesamten Projektverlaufes bedanken.

Zudem möchten wir Herrn Dieter Witasik, Geschäftsführer der ews group, vielmals für die finanzielle Unterstützung des studentischen Projektes bedanken, ohne dessen Förderung das Studierendenprojekt in dieser Form nicht umsetzbar gewesen wäre.

Des Weiteren gilt unser Dank dem Amt Eiderstedt für die sehr gute und enge Zusammenarbeit sowie die lehrreiche Projektbegleitung.

Zu allerletzt möchten wir uns bei den Akteuren des „Regionalen Kooperationsprojektes“ bedanken, durch deren Mitwirkung das Projekt „auf die Beine gestellt“ werden konnte.

GLIEDERUNG

[Eigene Darstellung]

I Einleitung **S. 15**

1. Problemstellung und Zielsetzung S. 16

2. Methodisches Vorgehen S. 19

II Analyse **S. 23**

1. Ländliches Sozialgefüge S. 23

2. Strukturwandel im ländlichem Raum S. 26

2.1 Demographischer Wandel S. 26

2.2 Wirtschaftliche Entwicklungen S. 34

2.3 Mobilität S. 36

2.4 Auswirkungen des Strukturwandels auf die Lebensqualität S. 37

3.Förderprogramme für den ländlichen Raum S. 43

3.1 LEADER S. 43

3.2 AktivRegion S. 45

3.3 MarktTreff S. 48

4. Region Eiderstedt S. 56

4.1 Vorstellung der Region S. 56

4.2 Ländliche Zentral-Orte Eiderstedts S. 66

4.2.1 Garding S. 66

4.2.2 Tönning S. 67

4.2.3 St. Peter Ording S. 68

4.3 Film - Dokumentation über die Entwicklung Eiderstedts S. 70

4.4 Bewertung: Stärken und Probleme der Region S. 72

5. Garding S. 74

5.1 Stadtentwicklungskonzept Garding S. 74

5.2 Analyse - Wirtschaftszweige Garding S. 78

5.3 Zukunftsszenario S. 79

6. Masterplan Daseinsvorsorge S. 81 .

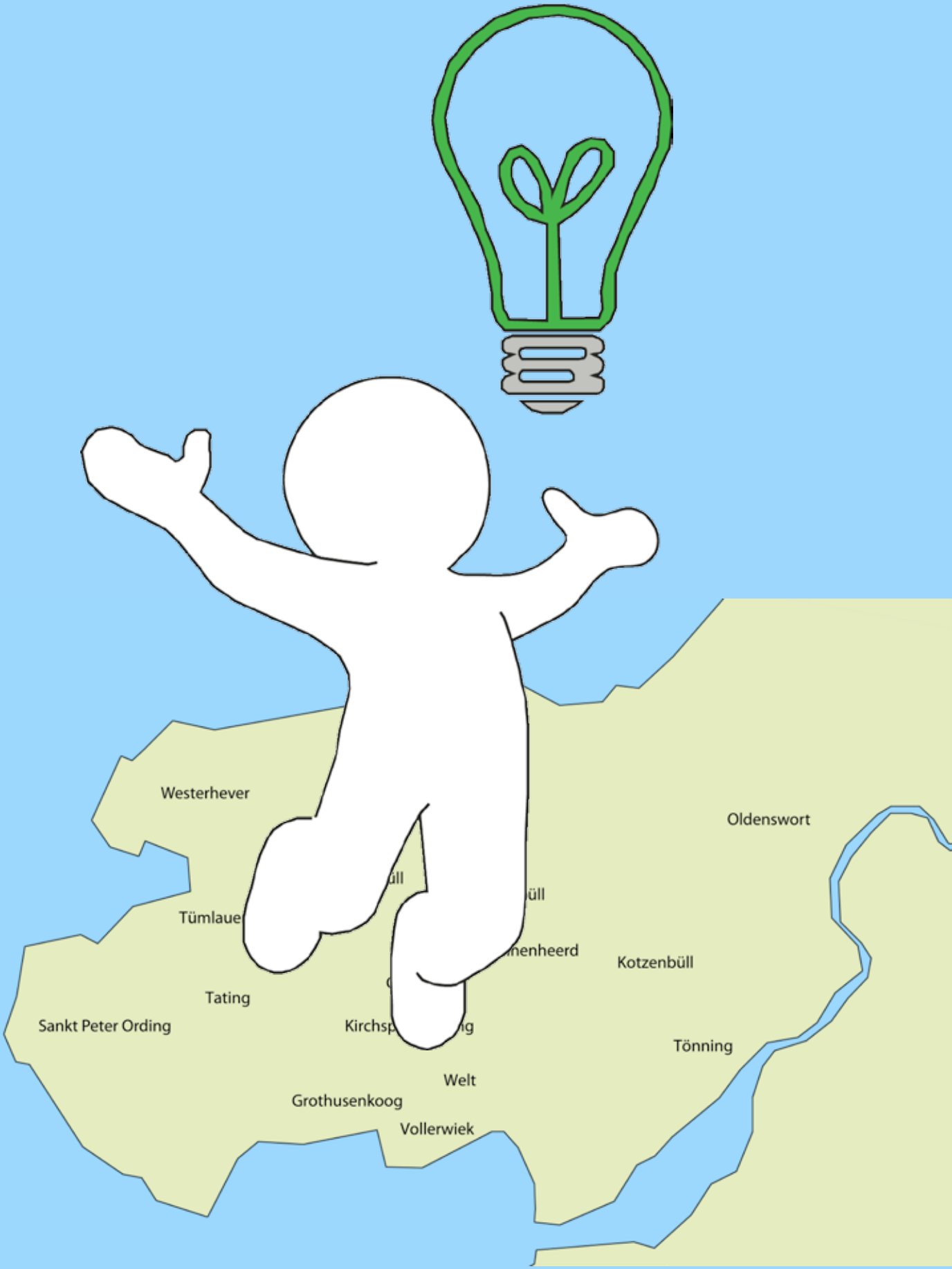
Referenzbeispiele S. 83
7.1. Bildungscampus Tarp S. 84
7.2. MELANIE S. 85
7.3 Netzwerk Freisen S. 86
8. Zwischenfazit S. 87
9. Erste Projektidee - "Campus Garding" S. 89
9.1 Anlass S. 89
9.2 Vorstellung S. 90
9.3 Akteure S. 91
9.4 Bedürfnisse und Erwartungen S. 96
10. Arbeit vor Ort S. 98
10.1 Bürgerbefragungen S. 98
10.2 Akteureninterviews S. 99
10.3 Bürgermeisterrunde S. 103
10.4 Akteursworkshop S. 105
10.5 Eiderstedter Messe S. 110

III Konzept **S.113**
1. Das Regionale Kooperationsprojekt S. 113
1.1 Finale Projektidee S. 113
1.2 Zielgruppen S. 114
1.3 Voraussetzungen S. 115
2. Handlungsempfehlung: Organisationsstruktur S. 116
2.1 Trägerschaft - Verein S. 116
2.2 Vereinsvorstand S. 119
2.3 Geschäftsführung S. 122
3. Handlungsempfehlung: Name S. 123
3.1 Campus Garding S. 123

3.2 FriesenNetz S. 124
3.3 EiderNet(t) S. 124
3.4 Everschop Treff S. 125
4.Handlungsempfehlung: Öffentlichkeitsauftritt S. 125
4.1 Corporate Design S. 125
4.2 Homepage S. 127
4.3 City2Click S. 128
4.4 Facebook S. 130
4.5 Lokale Medien S. 131
4.6 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen S. 132
4.7 Flyer/ Wurfsendungen S. 133
5. Handlungsempfehlung: Konkrete Projekte S. 134
5.1 Mobilität S. 136
5.1.1 Bürgerbus S. 136
5.1.2 Mitfahrzentrale S. 138
5.1.3 Carsharing S. 140
5.2 Bildung S. 141
5.2.1 Bücherbasar S. 141
5.2.2 Lese-Nachmittag S. 142
5.2.3 Themennachmittag S. 144
5.2.4 Computer-Kurse S. 145
5.2.5 Brandaufklärung und Erste - Hilfe - Kurs S. 145
5.2.6 Praktikumsbörse S. 146
5.3 Freizeit S. 147
5.3.1 Summer School S. 147
5.3.2 Sportturnier S. 148
5.3.3 Seniorencafé S. 149
5.4 Gesundheit S. 150

5.4.1 Seniorensport S. 151
5.4.2 Kinderturnen S. 152
5.4.3 Gesundes Kochen S. 153
6. Handlungsempfehlung: Finanzierungsmöglichkeiten S. 154
6.1 Fördermittel der EU S. 154
6.2 Fördermittel des Bundes S. 155
6.3 Fördermittel der AktivRegion S. 157
6.4 Förderprogramm "Zwischen den Meeren 2.0" S. 161
6.5 Stiftungspreis 2011 S. 162
7. Handlungsempfehlung: weitere Kooperationspartner S. 163
7.1 lokale Kooperationspartner S. 163
7.2 regionale Kooperationspartner S. 165
IV Ausblick S. 69
V Beantwortung der forschungsleitenden Frage S. 172
VI Fazit S. 173
VII Abbildungsverzeichnis S. 179
VIII Quellenverzeichnis S. 191
IX Anhang S. 211

EINLEITUNG



[Eigene Darstellung]

Das P3-Studienprojekt unter dem Namen „Zukunft auf dem Lande“ setzt sich mit dem ländlichen Raum sowie dessen Strukturen, Problemen und der zukünftigen Entwicklung auseinander. Gegenstand der folgenden Arbeit ist insbesondere der demographische Wandel und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Lebensqualität im ländlichen Raum.

Die Projektgruppe „Zukunft auf dem Lande“ ist eine von zwei Gruppen, die sich mit dem Thema des ländlichen Raumes beschäftigen. Im Vorwege der Studienarbeit wurde eine landesweite Runde bezüglich einer Zusammenarbeit mit der HafenCity Universität Hamburg bekannt gegeben. Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) des Landes Schleswig-Holstein hat sich daraufhin als interessierter Kooperationspartner gemeldet. Ein Treffen der beiden Studierendengruppen mit einigen Mitarbeitern des MLUR in Kiel leitete die Zusammenarbeit ein. Folglich wurden, gemeinsam mit den Praxispartnern, geeignete Untersuchungsräume und Problemfelder der ländlichen Entwicklung eingegrenzt. Ausgewählt wurden die Räume Wilster im Kreis Steinburg sowie die Halbinsel Eiderstedt im Kreis Nordfriesland beziehungsweise die Stadt Garding. Im nächsten Schritt wurden beide Regionen von den zwei Projektgruppen vor Ort besucht und erkundet. Die Besuche der Regionen dienten dem Kennenlernen der jeweiligen Akteurskonstellationen und dem Problemverständnis. Letztendlich wurden die zur Wahl stehenden Regionen auf die zwei Studierendengruppen aufgeteilt und die zu bearbeitenden Themenfelder ausgewählt. Mit der Wahl der jeweiligen Region begannen erste praktische Erkundungen vor Ort sowie erste intensive Recherchen und Reflexionen.

Die kompetente und engagierte Arbeitsstruktur sowie Akteurskonstellation des in Garding agierenden Amtes Eiderstedt bewegte die Studierendengruppe schließlich zur Wahl der Stadt Garding. In Garding wurden Potenziale erkannt, die einer Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem P3-Projekt positiv gegenüber stehen. Gesehen wurden diese Potenziale insbesondere in den ersten Ansätzen für ein Kooperationsprojekt, das innerhalb Gardings initiiert werden soll. Das Projekt, unter der Schirmherrschaft des Amtes Eiderstedt, verlief unter dem Arbeitstitel

„Campus Garding“ und befand sich in einer ideellen Anfangsphase. Die zeitliche Koordinierung erwies sich als ideal für eine Zusammenarbeit und für den Einstieg der Studierendengruppe in das Projekt.

Die Projektgruppe beschäftigt sich von da an mit der Stadt Garding, in erster Linie mit dem vor Ort stattfindenden Kooperationsprojekt und befindet sich bis dato in reger Zusammenarbeit mit dem Amt Eiderstedt. Die folgende Arbeit präsentiert die Ergebnisse der Studierendengruppe und gibt abschließend Handlungsempfehlungen für das Projekt.

Die erste Projektidee mit dem Arbeitstitel “Campus Garding” ist von dem Amt Eiderstedt erarbeitet worden. Da der Arbeitstitel im Projektverlauf mehrmals auf Widerstand stoß, hat sich die Projektgruppe dazu entschlossen, das studieninterne Projekt unter dem Namen “Regionales Kooperationsprojekt” weiter zu führen.

1. Problemstellung und Zielsetzung

Der ländliche Raum erfährt seit geraumer Zeit aufgrund des Strukturwandels und des demographischen Wandels bedeutende Veränderungen, die insbesondere die Wirtschaft und das Sozialwesen betreffen. Infrastrukturen in den Bereichen der Grundversorgung und des Dienstleistungsgewerbes sind in dem ländlichen Raum, auf dem Dorf, nur noch selten vorhanden. Grund dafür ist unter anderem der Wandel zu Großstrukturen - so muss beispielsweise ein ehemaliger Dorfkonsum, Funktionen und Leistungen eines Discounters übernehmen. Steigende Ansprüche an das Leistungsvermögen der Einrichtungen gehen mit einem wachsenden Flächenverbrauch und einer Vergrößerung des Einzugsbereiches der Einrichtungen sowie einem daraus resultierenden schrumpfenden Angebot für die Nutzer einher. Diese Prozesse führen zu einer Zunahme des motorisierten Individualverkehrs. Wichtige wirtschaftliche und soziale Mittelpunkte gehen, wegen des Wegfalls dieser Einrichtungen, aus

dem dörflichen Lebensalltag verloren. Folglich erleiden Dörfer sogenannte Funktionsverluste und entwickeln sich zu monostrukturierten Wohnsiedlungen (vgl. KRÜGER 2010: 1).

Eine weitere Ursache gründet in dem Zentrale-Orte-Konzept, welches eine Bündelung von Bevölkerung, Arbeitsplätzen und Infrastrukturen in Kerngebieten vorsieht. Zulasten der dörflichen Infrastruktur verschwinden wichtige Knotenpunkte des dörflichen Lebens wie Schulen, Kindergärten oder kleine Lebensmittelgeschäfte in "Zentrale-Orte". Arbeitsplätze gehen verloren und soziale als auch technische Infrastruktur wird abgebaut. Der Wirtschaftswandel zu Großstrukturen, sowohl im agrarischen als auch im produzierenden- und tertiären Sektor, führt zudem zu zahlreichen Schließungen von Klein- und Mittelbetrieben, vor allem im ländlichen Raum (vgl. HENKEL 1995: 283).

Aus den wirtschaftlichen und sozialen Funktionsverlusten resultiert eine schrittweise Auflösung der dörflichen Kultur (vgl. HENKEL 1995: 284). Dörfer veröden und werden zu sogenannten Schlafstätten, zulasten der Lebensqualität für die Bevölkerung des ländlichen Raumes. Vor dem Hintergrund dieser Prozesse gewinnen regionale Kooperationen und Vernetzungsstrategien, um ländliche Regionen positiv für die Zukunft zu positionieren und nachhaltige Entwicklungen zu realisieren, zunehmend an Bedeutung. Nur mithilfe gemeinschaftlicher Zusammenschlüsse lassen sich die regionalen und lokalen Defizite ausgleichen, sodass ein Mehrwert für alle geschaffen werden kann.

Angesichts der veränderten Bedingungen, verursacht durch den demographischen und wirtschaftlichen Wandel, steht insbesondere der ländliche Raum vor großen Herausforderungen, welche regionsspezifische Reformen sowie Anpassungsmaßnahmen in allen Lebensbereichen erfordert. Dabei muss die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Zugang zu medizinischer Grundversorgung und Bildung im Mittelpunkt stehen. Zur Lösung dieser Anforderungen bedarf es innovativer Ansätze, Modelle, Organisationsformen und Trägerschaften, die flexible und maßgeschneiderte Konzepte darlegen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen nimmt sich das P3 Studienprojekt „Zukunft auf dem Lande“ der Problematik der sinkenden Lebensqualität im ländlichen Raum, durch den Wegfall der sozialen Infrastruktur und damit wichtiger ländlicher Kultur und Knotenpunkte, an. Ziel der Projektarbeit ist auf Grundlage eines regionalen Kooperationsprojektes die Bündelung, Vernetzung und Optimierung der vorhandenen sozialen Einrichtungen in der Stadt Garding auf den Weg zu bringen. Durch Kooperationen zwischen den verschiedenen lokalen und nachfolgend auch regionalen Akteuren, soll das gegebene soziale Angebot gestärkt und gegebenenfalls erweitert werden. Anhand dieses Projektes wird die Sicherung und Festigung der dörflichen Lebenskultur angestrebt, um sowohl einen Mehrwert für die Bewohner Gardings als auch der Region insgesamt zu schaffen. Die Dörfer sollen nicht nur als Schlafstätten, sondern als Aufenthalts- und Wohnorte dienen, die das Leben auf dem Lande auszeichnen.

Mittels der forschungsleitenden Fragestellung „Wie können soziale und kulturelle Infrastrukturen durch regionale Kooperationen gesichert und weiterentwickelt werden?“, stellt die Projektgruppe Handlungsempfehlungen für ein regionales Kooperationsprojekt in Zusammenarbeit mit der Region Eiderstedt auf.

Um jeglichen Verständnisschwierigkeiten vorzubeugen, werden die Begriffe Kooperation und soziale Infrastruktur nachfolgend definiert. Die ausgewählten Definitionen dienen als Wissensgrundlage der Studierendengruppe für die weitere Projektarbeit.

Eine Kooperation ist ein Zusammenschluss zweier oder mehrerer, rechtlich eigenständiger Personen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes. Zweck der Zusammenarbeit auf Zeit, ist die Stärkung der eigenen Wirtschaftsmarktlage mittels Ressourcenzusammenführung in Tätigkeitsfeldern, in denen man bisher alleine aktiv war (vgl. SCHNEIDER, WÖSTNER: 2).

Unter sozialer Infrastruktur versteht man Institutionen, die die gemeinschaftlichen Verbindungen einer Gesellschaft unterstützen. Allgemein zählen dazu Schulen, Kindergärten,

Jugendhäuser oder Treffpunkte für Jung und Alt. Das soziale Versorgungsnetz wurde bereits so spezialisiert, dass für bestimmte Nutzergruppen ausgewählte Angebote bereitgestellt werden, wie etwa der „MädchenTreff“ oder die „Frauenhäuser“. Das Angebotsspektrum der sozialen Infrastruktur wirkt sich zudem positiv auf die Lebens- und Wohnqualität von Siedlungen oder Städten aus (vgl. BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG IM BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG).

2. Methodisches Vorgehen

Nachdem die P3-Studierendengruppe den Forschungsraum und die damit verbundenen Arbeitsfelder festgelegt hatte, wurde zunächst ein Ablaufplan zur Strukturierung des zweisemestrigen Studienprojektes erstellt. Dieser Ablaufplan hatte die Aufgabe das Projekt in einzelne Arbeitsphasen zu unterteilen und für die jeweiligen Abschnitte Zeitrahmen zu definieren. Dadurch sollte die Fertigstellung der Aufgaben innerhalb der vorgegeben Projektzeit gesichert werden. Aufgrund des dynamischen Charakters des Projektes wurde der Ablaufplan im Verlauf der Arbeit mehrfach modifiziert und half der Gruppe die angestrebten Ziele zu erreichen.

Daraufhin begann die Analysephase, in der mittels einer Internet- und Literaturrecherche Informationen über projektrelevante Themen herausgearbeitet wurden. Die Recherchearbeit befasste sich sowohl mit Themen, die den ländlichen Raum im Allgemeinen als auch regionsspezifischen Projektthemen betreffen.
Nachdem die Kernprobleme des ländlichen Raumes herausgearbeitet und ein Überblick über die Projektregion geschaffen wurde, formulierte die Projektgruppe eine Fragestellung. Im Verlauf der Projektarbeit diente diese forschungsleitende Frage als Leitfaden während des Arbeitsverlaufes. Als Ergebnis der Projektarbeit soll die Beantwortung der forschungsleitenden Frage erfolgen.

Die Fragestellung umfasst die Sicherung und Weiterentwicklung von sozialen und kulturellen Infrastrukturen im ländlichen Raum. Als Lösungsansatz hierfür erarbeitete die Projektgruppe Handlungsempfehlungen für das "Regionale Kooperationsprojekt", welches zusammen mit der Studierendengruppe und den Akteuren vor Ort initiiert wurde.

Diese Arbeit erforderte neben einer gründlichen Analyse der Region auch eine intensive Kommunikation mit den beteiligten Akteuren. Hierfür reiste die Studierendengruppe mehrfach in die Projektregion, um über unterschiedliche Kommunikationskanäle mit den Projektakteuren, Bürgermeistern und den Bewohnern der Region in Dialog zu treten.

Zunächst wurde eine qualitative Bürgerbefragung in unterschiedlichen Orten der Region durchgeführt, um Eindrücke und Probleme aus Sicht der Bevölkerung zu erhalten. Des Weiteren wurden die Akteure des "Regionalen Kooperationsprojektes" in einem zweiten Schritt bezüglich ihrer Vorstellungen und Ansprüche an das Projekt interviewt.

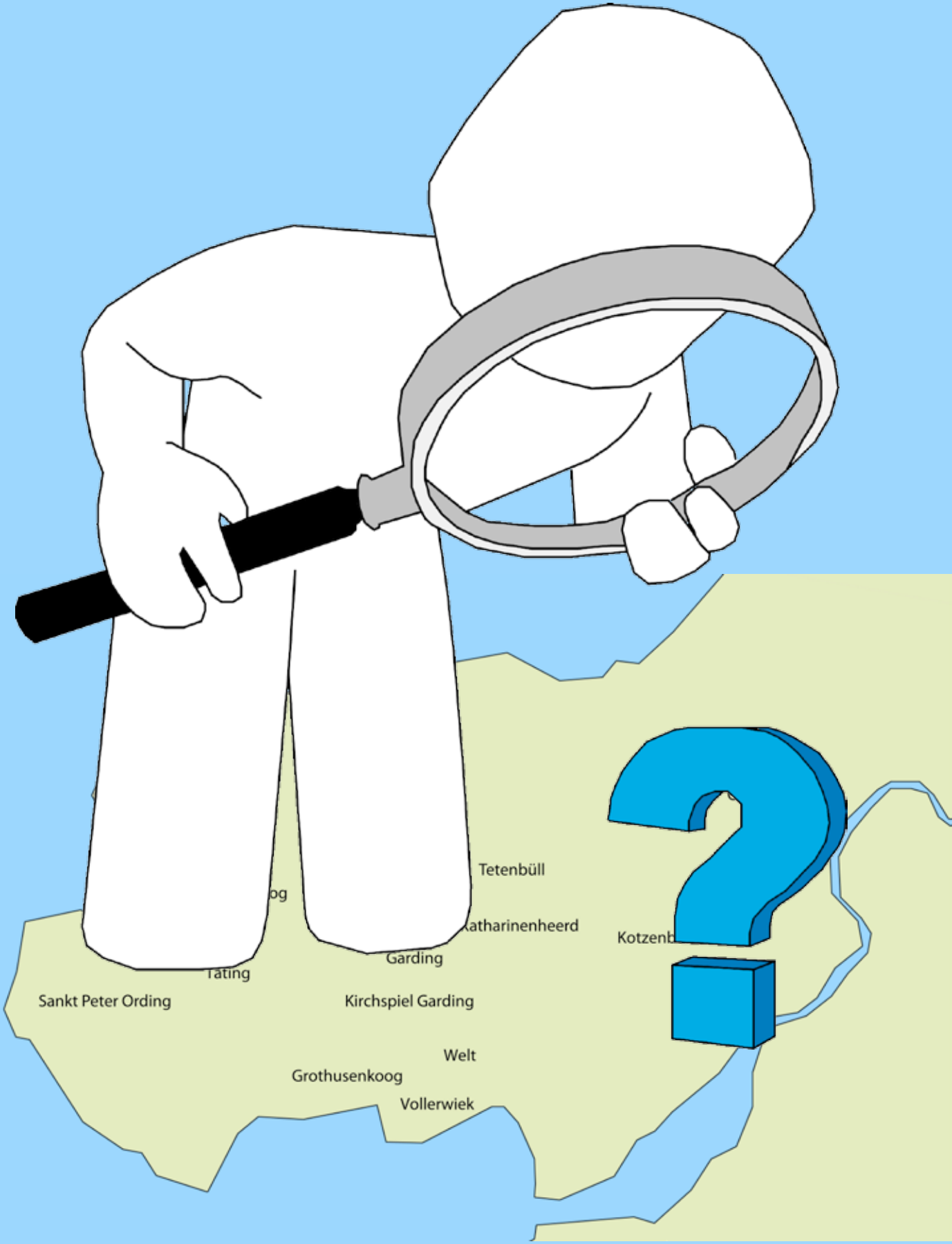
Anhand erster Analyseergebnisse stellte die Gruppe den Bürgermeistern der Region, im Rahmen einer Bürgermeistersitzung, erste Ansätze des Kooperationsprojektes vor. Mit diesem Arbeitsschritt sollten die Bürgermeister informiert und für das Projekt sensibilisiert werden, um im späteren Verlauf mit ihrer Gemeinde in das Projekt integriert zu werden.

An einem weiteren Ortsbesuch initiierte die Studierendengruppe einen Workshop mit den Projektakteuren. Dabei stellte die Projektgruppe zunächst ihre Ideen für das Projekt vor. Neben der Vorstellung der aktuellen Projektarbeit wurden die Akteure in Form einer Ideenwerkstatt aktiv an der Weiterentwicklung des "Regionalen Kooperationsprojektes" beteiligt. In der Ideenwerkstatt sind unter Moderation der Studierendengruppe mögliche Einzelprojekte zwischen den Akteuren entwickelt worden.

Diese Ergebnisse bzw. Einzelprojekte und darauf basierende Weiterentwicklungen stellte die Gruppe vor Ort auf einer regionalen Messe, der Eiderstedt-Messe, vor. Der Messebesuch hatte

das Ziel, die Öffentlichkeit über das "Regionale Kooperationsprojekt" zu informieren und mit möglichen zukünftigen Kooperationspartnern in Kontakt zu treten.

ANALYSE



[Eigene Darstellung]

Der folgende Abschnitt des Projektberichtes beschäftigt sich mit dem analytischen Teil der Projektarbeit. Im Rahmen dieser Arbeit dient die Analyse unter anderem der Informationsbeschaffung und damit der Einführung in die Thematik. Konkret dient die Analyse dem Kennenlernen und Verstehen des ländlichen Raumes, insbesondere der Region Eiderstedt als auch dem Ermitteln derer Probleme und Potenziale. Der Aufbau einer stabilen Grundlage für die weiterführende konzeptionelle Phase ist elementar, um das Konzept an die Bedürfnisse der Region und des "Regionalen Kooperationsprojektes" anzupassen. Um eine solche Anpassung zu gewährleisten, müssen zunächst die vorhandenen Defizite und Potenziale aufgedeckt, bestehende Anpassungsstrategien herangezogen und neue Handlungsfelder erschlossen werden.

Einleitend in die Thematik, werden zunächst das Landleben sowie die ländliche Sozialstruktur vorgestellt und analysiert. Insbesondere wird dabei auf die Entwicklung und den Wandel der ländlichen Gesellschaft eingegangen. Die signifikante Bedeutung traditioneller Werte sowie Organisationen und Vereine auf dem Lande wird in diesem Zusammenhang genauer untersucht.

1. Ländliches Sozialgefüge

Im Jahre 1845 beschrieb der Schriftsteller Ernst Moritz Arndt den Bauernstand als die „ehrenwerteste Klasse des Volks" (ERNST 1845: 108). Seiner Meinung nach wohne in ihr „mehr als in anderen Klassen des Volkes die ursprüngliche und gediegene Naturkraft die Reinheit der Sitten die Treue und Redlichkeit der Gesinnung" (ERNST 1845: 108). Derlei Romantisierungen der „Bauernklasse" (ERNST 1845: 108) finden sich vermehrt in der älteren Literatur. Wenig überraschend fand diese Verehrung des Althergebrachten ihren Höhepunkt unter den Nationalsozialisten. Empirische Befunde über das Sozialgefüge im ländlichen Raum, in dem einst das „konservativste Gewerbe" (ZIETZ 1906: 4) die meisten Arbeitsplätze stellte und

nun ein unaufhaltsamer Strukturwandel bestehende Strukturen bedroht, sind jedoch etwas vielschichtiger zu beurteilen. Wo früher über Generationen landwirtschaftliche Betriebe traditionelle Muster aufrecht erhielten, sind die wenigen großen Höfe, die den Strukturwandel der Landwirtschaft überlebt haben, in den meisten Fällen vollautomatisiert.

Die ländliche Gesellschaft hat vor allem in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts einen grundlegenden Wandel durchlaufen. Das ursprüngliche Sozialgefüge im ländlichen Raum zeichnete sich dabei stets durch eine intensive Nachbarschafts-, Bekannten- und Verwandtenhilfe aus. Die Sozialverbindungen spielten sich in einem engen lokalen Rahmen ab. Oft waren mehrere Generationen unter einem Dach wohnhaft, nicht zuletzt eine wirtschaftliche Abhängigkeit sorgte für eine enge Bindung (vgl. HENKEL 1995: 30ff). Weitere Elemente der dörflichen Sozialstruktur waren Werte wie Ordnung, Besitz und Fleiß. Prägende Normen waren Sitten, Gebräuche und vor allem Tradition (vgl. HENKEL 1995: 74ff). Die „Hofidee" bezeichnet das primäre Wirtschaftsziel eines dörflichen Betriebsleiters, nämlich die Erhaltung und Vererbung des eigenen Hofes. Eine starke Identifizierung und Heimatverbundenheit wurde seit jeher mit dem dörflichen Leben in Verbindung gebracht. Die Überschaubarkeit des Sozialraumes, Dorf, ermöglichte aber auch eine intensive gegenseitige soziale Kontrolle, die zum einen zur Einhaltung bestimmter Werte, aber auch zu Konflikten innerhalb der Gesellschaft führen konnte (vgl. HENKEL 1995: 20ff).

Viele Dorfbewohner wurden durch das Höfesterben zunehmend zum Pendeln gezwungen und typisch ländliche Handwerkbetriebe verschwanden. Die oft seit Generationen vorherrschenden politischen Führungsschichten verloren ihren Einfluß. Der agrarische Strukturwandel degradierte Bauern zu Randexistenzen in ihrem angestammten Lebensbereich, in dem sie vormals auch ökonomisch und kulturell die bestimmende Gruppe waren. Eine Angleichung der ländlichen Lebensgewohnheiten an das städtische Leben wurde durch die wachsende Mobilität und dem Einfluß der Massenmedien zusätzlich verstärkt (vgl. MÜNKEL 2000:9). Trotz einer nun erhöhten räumlichen und sozialen Mobilität sind traditionelle soziale Strukturen aber auch heute noch präsent.

Das unentgeltliche Arbeiten in Vereinen, Genossenschaften oder in Nachbarschaften ist auch weiterhin verstärkt auf dem Land anzutreffen. Das stärkere Engagement der Bewohner wird durch den Mangel an Angeboten und Dienstleistungen der kulturellen Einrichtungen auf dem Land befördert. Während in Städten eine hohe Dichte an professionellen und formellen Einrichtungen wie Bibliotheken, Theatern und Universitäten die Kultur tragen, gibt es auf dem Land vor allem den Verein, der den kulturellen Zusammenhalt fördert. Zu nennen sind hier vor allem die Gesang-, Musik-, Schützen-, Feuerwehr-, Karnevals- und Heimatvereine, daneben bestehen noch Theater- und Tanzgruppen oder Kulturvereine. Die Aufgabe des Vereins ist demnach die Bereitstellung fehlender Infrastrukturen auf dem Land, welche unabdingbar für eine angemessene Lebensqualität der Bewohner sind. Die Vereine tragen maßgeblich dazu bei, dass strukturell bedingte Mängel an sozialen und kulturellen Infrastrukturen in gewissem Maße kompensiert werden können. Zeitgleich schaffen Vereine eine Außenpräsenz und sind die Kontaktstellen in außerdörflichen Regionen. Zu einem weiteren Aufgabenfeld des Vereins zählt die soziale Integration des Einzelnen, da die Bewohner so in die Dorfgemeinschaft und in größere gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden werden. Laut Brüggemann und Riehle ist es das Ziel des Vereins, „via Heimat und Rückgriff auf Geschichte und Tradition identitätsstiftend zu wirken“ (vgl. RÜCKERT-JOHN 2005: 26).

Die Pluralisierung der Gesellschaft bedingte Veränderungen im Vereinsalltag. Während früher Vereine sehr traditionell ausgelegt und stets verbindlich für das Kollektiv waren, so sind heutige Vereinigungen eher auf Freiwilligkeit basierende Freizeitvereine. Die lebenslange Vereinstreue wurde durch die unverbindlichere Art der Vereinsbeteiligung ersetzt. Das Erarbeiten eines bestimmten Status innerhalb des Vereinslebens verlor an Bedeutung (vgl. RÜCKERT-JOHN 2005: 26).

Zusätzlich übernehmen Einrichtungen wie der Dorfkonsum zentrale Knotenpunkte in dem Sozialgefüge eines Dorfes. Neben der Lebensmittelbereitstellung für die Dorfbewohner, hat der Dorfkonsum die Funktion eines Treffpunktes.

Die Kirche hat nach wie vor in den meisten ländlichen Bereichen einen hohen Stellenwert, auch sind Freizeitaktivitäten neben dem Gottesdienst wie Jugendarbeit und Frauengruppen, Chöre oder Altenclubs weiterhin von großer Bedeutung. Dabei wird oft die soziale Betreuung älterer und bedürftiger Menschen aufrecht erhalten (vgl. HENKEL 2005: 49).

2. Strukturwandel im ländlichen Raum

Ländliche Räume stehen heute mehr denn je vor großen Herausforderungen. Ein für Industriegesellschaften typischer genereller gesellschaftlicher Wandel macht auch vor dem ländlichen Raum keinen Halt. Das Ende der fordistischen Massenproduktion, Globalisierung und Umweltkrisen sind die hauptsächlichen Faktoren (vgl. FRIEDEL 2009: 114). Die traditionell höhere Dichte zwischenmenschlicher Beziehungen auf dem Land, die unter anderem durch das hohe Engagement im ehrenamtlichen Bereich das Weiterbestehen gewisser sozialer Strukturen sichert, wird durch den Bevölkerungsrückgang jedoch zunehmend geschwächt.
Der demographische Wandel gilt dabei als der dominante unter den vielfältigen, komplexen Faktoren, die hier besonders stark spürbar sind. Zwar galten ländliche Räume seit dem 19. Jahrhundert als geburtenstarke Gebiete, einer in die Städte abwandernden Bevölkerung. Dies hat sich jedoch in den vergangenen Jahrzehnten vollständig gewandelt (vgl. BPB 2011 | 1).

2.1 Demographischer Wandel

Mit dem Begriff „demographischer Wandel“ wird die Veränderung der Zusammensetzung der Altersstruktur einer Gesellschaft bezeichnet.
Der Begriff ist zunächst weder positiv noch negativ behaftet und kann sowohl eine Bevölkerungszunahme als auch eine Bevölkerungsabnahme bezeichnen. Die demographische Entwicklung wird dabei von den drei Faktoren der Fertilität/Geburtenrate, der Lebenserwartung

und dem Wanderungssaldo beeinflusst. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl ergibt sich also aus der Summe des Wanderungssaldos und des Geburten- oder Sterbeüberschusses (vgl. GÖTTERT 2008: 177).

In Deutschland sind sie Auswirkungen des demographischen Wandels zu spüren. Seit 1973 war es das erste Land in dem die Zahl der Sterbefälle höher war als die Zahl der Geburten.
Die Geburtenzahl, die im Jahr 1964 mit fast 1,2 Millionen Geburten ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist bis heute auf rund 673.000 im Jahr gesunken. Allein in den letzten 15 Jahren ist sie um 22 Prozent geschrumpft. Die Prognosen besagen, dass diese Entwicklung weiter anhalten wird. Die Folge ist, dass in 40 bis 50 Jahren in Deutschland auf eine Geburt zwei Sterbefälle kommen. Die sinkende Zahl der Geburten ergibt sich aus der von Generation zu Generation sinkenden Anzahl junger Frauen. Bei einer Geburtenhäufigkeit von derzeit durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau werden die heute etwa 30-jährigen Frauen bis zum Ende des gebärfähigen Alters deutlich weniger Kinder zur Welt bringen, als dies für den zahlenmäßigen Ersatz ihrer Generation erforderlich wäre. Das Bestandserhaltungsniveau liegt bei 2,1 Kindern pro Frau.

Verstärkt wird die Entwicklung zusätzlich durch den Verfall von traditionellen Werten wie der Familie und dem daraus resultierenden Trend zu immer mehr kinderlosen Singlehaushalten (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2010: 23-28).

Während die Geburtenrate in Deutschland abnimmt, steigt die Lebenserwartung dagegen stetig an. Die Lebenserwartung liegt heute bei 77 bei Männern beziehungsweise 82 Jahren bei Frauen. Bis ins Jahr 2050 wird ein Anstieg auf 83 Jahre bei Männern und auf 88 Jahre bei Frauen erwartet.
Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der sinkenden Geburtenzahl von derzeit 41 Jahren auf circa 48 Jahren in der nächsten Generation ansteigen. In zwanzig bis dreißig Jahren werden dann mehr Menschen zwischen 60 und 80 Jahren alt sein als zwischen 20 und 40. Vor allem die ursprünglich größte mittlere Altersgruppe

der 35-49-jährigen wird deutlich abnehmen. Heute stellt sie mit 20 Millionen Menschen knapp 40 Prozent der Menschen im Erwerbsalter dar (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2010: 29-30).

Auch bei einer Erhöhung der Fertilität auf zwei Kinder je Frau werden sich die Folgen des demographischen Wandels zunächst fortsetzen, da die künftig ins reproduktionsfähige Alter eintretenden Jahrgänge, als Folge des Geburtenrückgangs in der Vergangenheit, zahlenmäßig kleiner sind als frühere Jahrgänge. Selbst eine erhebliche Steigerung der Fertilität würde erst mit einer zeitlichen Verzögerung von rund 20 Jahren dazu führen,
dass wieder zahlenmäßig stärkere Jahrgänge ins erwerbsfähige Alter eintreten und sich der Jugendquotient verbessert (vgl. BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERNGSFORSCHUNG 2004).

Diese Entwicklung lässt sich auch am Altenquotienten ablesen. Der Altenquotient gibt das Verhältnis der Bevölkerung im nicht mehr erwerbstätigen Rentenalter oder der noch nicht erwerbstätigen Bevölkerung im Verhältnis zur Bevölkerungsgruppe im Erwerbsalter wieder. 1995 lag der Altenquotient bei 37, 2001 schon bei 44, womit 100 Menschen im Erwerbsalter 44 Personen im Rentenalter gegenüberstanden. Die langfristige Betrachtung zeigt einen weiteren erheblichen Anstieg des Altenquotienten. Der Altenquotient wird bis 2030 auf 71 und bis 2050 weiter auf 78 steigen (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2010: 19-21).

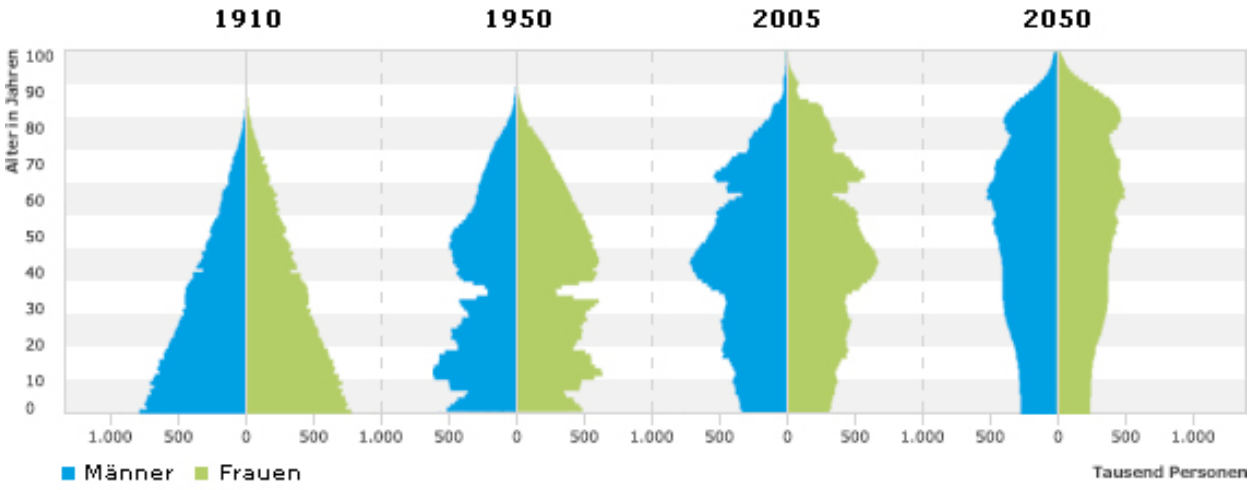


Abbildung 1: Alterspyramide

Deutschland ist ein Zuwanderungsland. Ohne die Zuwanderung würde die Bevölkerungsgröße in Deutschland bereits heute abnehmen. Die Zuwanderung lag in den letzten Jahrzehnten im Saldo bei ungefähr 165.000 Menschen pro Jahr. Auch zukünftig ist die Zuwanderung daher unerlässlich. Diese darf aber nicht unkontrolliert stattfinden, sondern muss gesteuert werden (vgl. MARKTFORM GMBH 2010 | 1).

Diese Entwicklung ist in der Bundesrepublik Deutschland, besonders bezogen auf den ländlichen Raum, seit einiger Zeit ein bestimmendes Thema.
In den vergangenen Jahrzehnten ist der Bevölkerungsbestand Schleswig-Holsteins stetig gestiegen. 1961 hatte Schleswig-Holstein noch 2,329 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, während die Einwohnerzahl Ende 2007 schon bei mehr als 2,837 Millionen lag. Im Jahre 2010 wurde eine leichte Zunahme auf 2,834 Millionen verzeichnet, trotz alledem sind weitere Einwohnerrückgänge absehbar, die sich vor allem auf die ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins konzentrieren. Nach aktuellen Bevölkerungsvorausberechnungen für die Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins wird die Einwohnerzahl mit 1,5 Prozent beziehungsweise knapp 43.000 Personen gegenüber dem Jahre 2009 rückläufig sein. Diese Entwicklung beruht auf eine zunehmend negative Bilanz aus Geburten und Sterbefällen bei langfristig zurückgehenden Wanderungssaldos. Gleichzeitig wird sich der negative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) von minus 9 100 im Jahre 2009, auf minus 14.700 im Jahre 2025 vergrößern. Auch nach 2025 wird sich diese Entwicklung fortsetzten, da die starken Geburtsjahrgänge der sechziger Jahre in ein Alter mit höherer Sterblichkeit kommen; die jährliche Zahl der Sterbefälle wird daher trotz steigender Lebenserwartung weiter zunehmen (vgl. STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN 2011: 1).

Die Verluste in der Gesamtbevölkerung sowie wie die veränderte Alterszusammensetzung stellt die Kreise und Gemeinden vor neue Ausgangsbedingungen (siehe Abbildung: Jugend- und Altenquotienten Schleswig-Holstein und Deutschlands 2009-2025).

2009 waren in Schleswig-Holstein etwa 20 Prozent der Bevölkerung beziehungsweise 559.000 Menschen unter 20 Jahren, im Vergleich dazu wird 2025 der Anteil auf 17 Prozent und somit 466.000 Menschen zurück gehen. Die Kehrseite zeigt auf, dass 27 Prozent also 740.000 Menschen älter als 65 Jahre sein werden. Insbesondere die Altersgruppe der über 80-Jährigen, wird mit einem Plus von 69 Prozent immens zunehmen (vgl. STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN 2011: 2).

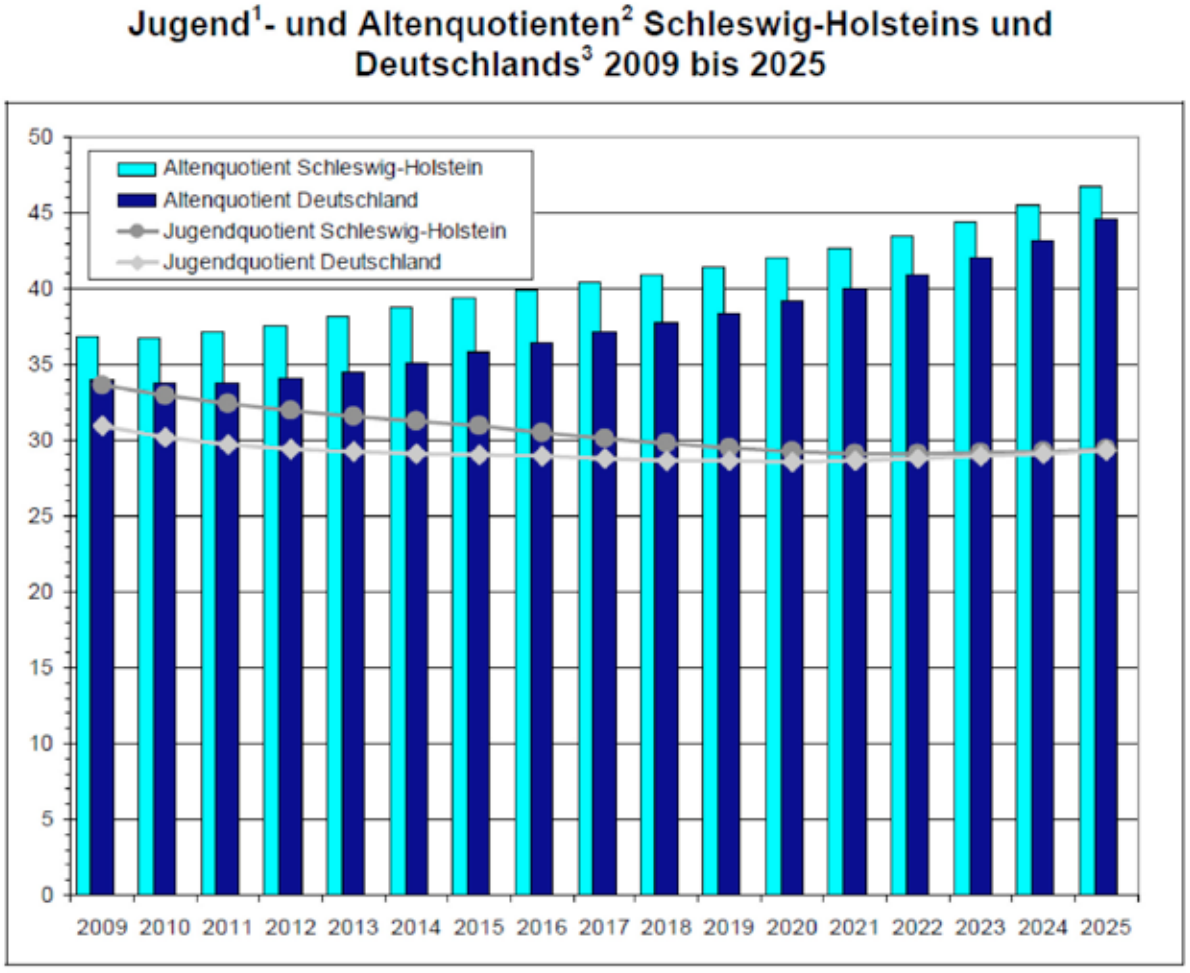


Abbildung 2: Jugend- und Altenquotienten Schleswig – Holstein und Deutschlands 2009 – 2025

Der Wettbewerb um Menschen im erwerbsfähigen Alter hat begonnen. Das Gefälle zwischen Gebieten mit Wachstums- und Schrumpfungstendenzen wird sich verschärfen. Aber auch die Globalisierung und die Abwanderung junger qualifizierter Menschen verändern wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Strukturen nachhaltig. Diese Faktoren des Strukturwandels im ländlichen Raum rufen vielfältige Probleme wie Arbeitsplatzverluste, Strukturzerfall und Wertewandel hervor. Von Abwanderung und Entleerungstendenzen werden besonders altindustrialisierte sowie ländlich geprägte Teilräume Deutschlands betroffen sein. Aber auch peripher gelegene, verkehrlich schlecht erschlossene Kleinstädte werden von dieser Entwicklung erfasst werden. Das zieht die Konsequenz nach sich, dass sich Verflechtungen und Austauschbeziehungen zwischen Unternehmen und den, in der Region lebenden und arbeitenden Menschen, verringern. Diese Entwicklung widerspricht dem Leitziel einer integrierten Regionalentwicklung. Die beschriebenen Veränderungen in der Altersstruktur gelten grundsätzlich für alle Regionen des Landes Schleswig-Holsteins. Sie sind aber durchaus unterschiedlich ausgeprägt; zudem gibt es nach wie vor Kreise beziehungsweise kreisfreie Städte, in denen die Einwohnerzahl 2025 höher sein wird als heute. Dies ist zum einen bei den an Hamburg angrenzenden Kreisen Pinneberg und Stormarn der Fall, zum anderen bei den kreisfreien Städten Flensburg und Kiel, während beispielsweise Dithmarschen und Plön Bevölkerungsdefizite aufweisen werden (siehe Abbildung: Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins bis 2025) (vgl. STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN 2011: 3).

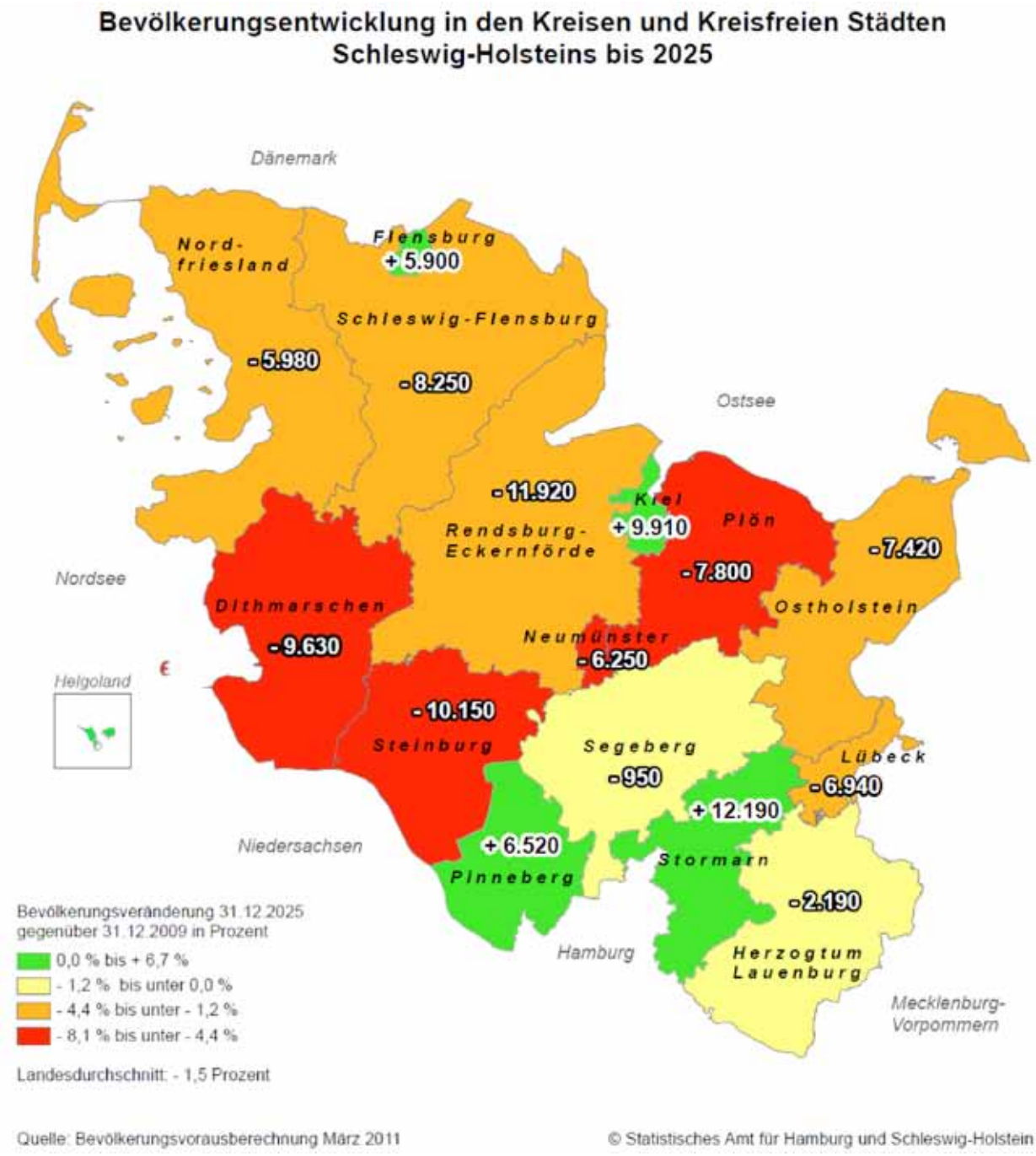


Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig – Holsteins bis 2025

Die Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen wird zukünftig steigen, weil der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung zunehmen wird. Grundsätzlich sind altengerechte Umbaumaßnahmen in fast jeder Wohnung möglich, doch ist der Verbleib älterer Menschen in ihrer angestammten Wohnung nur dann realistisch, wenn wohnungsnahe Versorgungs- und öffentliche Mobilitätsangebote zur Verfügung stehen. Aufbau und Betrieb entsprechender

Versorgungsstrukturen werden im ländlichen Raum besonders schwierig sein. Können Versorgung und Betreuung durch familiäre Netzwerke nicht sichergestellt werden, müssen im Alter ortsferne Wohnstandorte aufgesucht werden (vgl. MARKTFORM GMBH 2010 | 1).

Im Wettbewerb um Menschen im erwerbsfähigen Alter haben die peripheren ländlichen Räume, aufgrund ihres geringen Ausstattungsgrades mit Bildungseinrichtungen und Arbeitsplätzen, für Hochqualifizierte schlechte Ausgangsbedingungen und sind den Agglomerationsräumen und Großstädten unterlegen. Durch Wanderungsverluste wird der Rückgang an Menschen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung besonders hoch ausfallen und einen Rückgang der Nachfrage nach Wohneigentum bewirken.
Der Rückgang von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung wird zu geringeren Auslastungen der öffentlichen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen führen (vgl. MARKTFORM GMBH 2010 | 1).

Ein Rückgang der Gesamtbevölkerung führt automatisch zu einem Rückgang des absoluten Steueraufkommens der Gemeinde sowie der Finanzzuweisungen aus den Finanzausgleichsystemen. Durch den überproportionalen Rückgang der Menschen im erwerbsfähigen Alter fallen die finanziellen Verluste der ländlichen Gemeinden besonders stark aus. Die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen sowie der Versorgungsstrukturen ist gefährdet. Mindergenutzte Einrichtungen führen zu erhöhten Aufwendungen ohne einen Zuwachs an Qualität und Service für die Nutzer. Eventuell bieten dörfliche Siedlungs- und Sozialstrukturen besonders günstige Voraussetzungen zum Aufbau bürgerschaftlicher Initiativen, die den Fortbestand öffentlicher Einrichtung sichern (vgl. UNIVERSITÄT SIEGEN 2006).
Vermehrte Auswirkungen der demographischen Entwicklung werden erst in zehn Jahren sichtbar. Denn trotz einer zunehmenden Thematisierung der Folgen des demographischen Wandels, gibt es bisher noch kein schlüssiges Konzept, wie dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann. Dies führt nach wie vor häufig zur Verdrängung des Themas und dringend notwendiges Handeln unterbleibt (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2010).

Nicht zuletzt muss der öffentliche Diskurs die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens und der regionalen Strukturen aufgreifen, um die demographischen Entwicklungen schnellstmöglich in das Bewusstsein zu rücken (vgl. BPB 2011 | 1).

2.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Nicht nur der demographische Wandel, sondern auch der antizipierte wirtschaftliche Wandel wird die ländlichen Räume vor neue Herausforderungen stellen. Ein wandelndes Kräfteverhältnis der Wirtschaftssektoren Land- und Forstwirtschaft, Industrie/Gewerbe und Dienstleistungen deutet auf eine wirtschaftliche Umwälzung hin, die einen Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft belegt. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes zeugt von einem gravierenden Machtverlust gegenüber den Verdichtungsgebieten. Eine grundlegende Besonderheit der Wirtschaft ländlicher Räume ist ein relativ hoher Anteil an Selbständigen. Beamte und Angestellte sind dagegen unterdurchschnittlich vertreten (vgl. HENKEL 2004: 102).

Auch die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins werden in den nächsten Jahren, bedingt durch die EU-Erweiterungen und die Liberalisierung der Märkte sowie der Globalisierung der Wirtschaft und dem Ausbau der Informationsgesellschaft, einem starken Wandel unterliegen. Die Landwirtschaft, traditioneller Haupterwerb und vorherrschende Landnutzungsform ländlicher Regionen, verliert vor allem seit den 1950er Jahren mehr und mehr an Bedeutung. Der Fortschritt in der Agrartechnologie und die Vorgaben durch EU-Richtlinien haben eine Entwicklung eingeleitet, die als „Industrialisierung" des agrarischen Produktionssektors bezeichnet wird (vgl. MOSE 1998: 154). Zusätzlich wird der Strukturwandel der Landwirtschaft durch den Fortfall vieler Subventionierungen beschleunigt. An den Orten, an denen die Landwirtschaft auch langfristig wettbewerbsfähig sein will, wird sie sich durch Spezialisierung und Ausbau der Kapazitäten an den internationalen Wettbewerb anpassen müssen. Sollte

dies nicht gelingen, wird die Landwirtschaft mit entsprechenden Auswirkungen auf das Landschaftsbild verschwinden. Im Vordergrund strukturpolitischer Entwicklungskonzepte für den ländlichen Raum stehen daher die Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, zusätzlicher Einkommensquellen in der Landwirtschaft sowie der Ausbau der örtlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur und die Verbesserung der Lebensqualität. Auch die Belange des Fremdenverkehrs müssen gefördert werden, soll dieser als weitere Haupteinkommensquelle weiterhin zur Stabilisierung des ländlichen Raumes beitragen. Dabei ist der Fremdenverkehr von dem Erhalt der Kulturlandschaft abhängig. Die Zerstörung einer intakten Landschaft durch Installationen, die der Gewinnung erneuerbarer Energien dienen, ist jedoch bereits in vollem Gang und durch entsprechende Subventionierung oftmals kurzfristig betrachtet eine verlockende Einkommensquelle. Ein denkbarer Funktionswandel in Richtung Erholung, Tourismus und Naturschutz kann Alternativen hierzu aufzeigen (vgl. BEETZ 2006; GOTHE 2005).

Im Bereich des Einzelhandels sind aktuell gegenläufige Trends zu erkennen. Vom Strukturwandel ist auch der Lebensmitteleinzelhandel, als Kernbereich der Nahversorgung, betroffen. Einerseits ist ein erheblicher Rückgang an Geschäften zu verzeichnen, andererseits jedoch eine deutliche Umsatzsteigerung und Verkaufsflächenausweitung. Es vollzieht sich ein Wandel, der dazu führt, dass kleinere Läden immer mehr verschwinden, sich dafür aber großflächige Märkte ausbreiten. Dadurch entsteht ein Netz von dezentralen Lebensmittelgeschäften, welches große Zwischenräume aufweist. Die veränderten Standortanforderungen der Betreiber, nämlich autofreundliche Standorte, verstärken diese Trends umso mehr (vgl. JUNKER, KÜHN 2006).

Weitere Entwicklungen deuten einen fatalen Trend in der Regionalentwicklung an. Während in den Dörfern und kleinen Städten der Bestand an ungenutzter Bausubstanz zunimmt, setzt sich der Landschaftsverbrauch fort, vor allem als Folge des Wohnungsneubaus in Gestalt von Einfamilienhäusern. Die Ortskerne entleeren sich, auch weil die Versorgungsfunktion der Klein- und Mittelstädte durch die Konkurrenz des großflächigen Einzelhandels in Frage gestellt wird. Das Ziel, das Wachstum der Siedlungsfläche nennenswert zu senken, wird im ländlichen Raum

bislang nicht erreicht. Die Wiedernutzung Brach fallender Flächen ist wichtig für die Identität und Funktionsfähigkeit der Orte und sollte Priorität haben (vgl. BEETZ 2006).

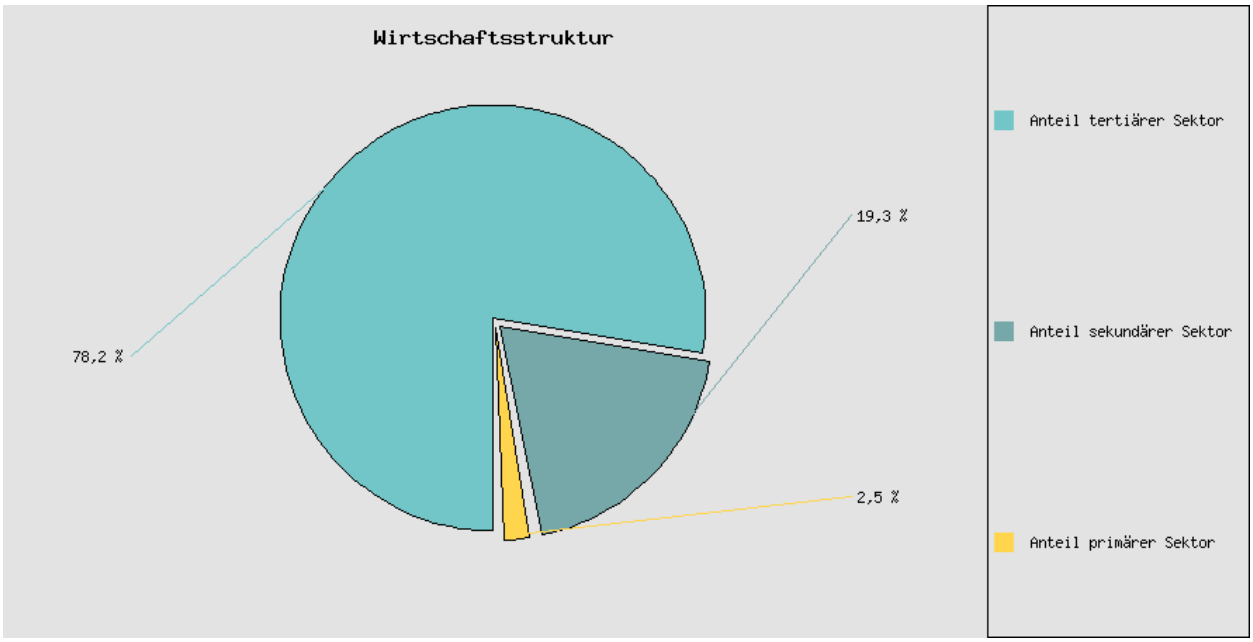


Abbildung 4: Wirtschaftsstruktur

2.3 Mobilität

Der Strukturwandel hat in vielerlei Bereichen bedeutende Veränderungen verursacht. Ein vom Strukturwandel weiterer betroffener Bereich ist die Mobilität. Der im Vorwege beschriebene Rückgang der kleinräumigen Versorgungsstruktur und die gleichzeitige Entstehung eines Versorgungsnetzes mit großen Zwischenräumen (vgl. JUNKER, KÜHN 2006) führen dazu, dass ein relativ großer Anteil der Tageszeit für die Zwangsmobilität aufgebracht werden muss; darunter fällt der Erledigungs- und Berufspendlerverkehr. Einer zunehmenden Motorisierung folgt ein Rückgang des Angebots im öffentlichen Verkehr. Bedingt wird der Angebotsrückgang durch einen Rückgang der Nachfrage. Diese Tatsachen führen dazu, dass in ländlichen Gemeinden Buslinien wegfallen oder Haltestellen aufgehoben werden. Zudem kommt es zu einer Verlängerung von Fahrtakten der Bahn und folglich zu überfüllten Wagons. Menschen

ohne Auto wie Kinder und Senioren sind so auf Menschen mit Auto angewiesen (vgl. BRACHER 2002).

Solche Entwicklungen im Bereich der Mobilität und Versorgung beeinflussen den Alltag und das Leben der ländlichen Bewohner. Die Veränderungen im Bereich der Mobilität in Verbindung mit der Entstehung eines Versorgungsnetzes mit großen Zwischenräumen, haben Versorgungsprobleme sowie die Beeinträchtigung der Lebensqualität, insbesondere im ländlichen Raum, zur Folge. Eine solche Beeinträchtigung der Lebensqualität kann schließlich zu verstärkten Abwanderungen der auf dem Land lebenden Bewohner führen. Dabei handelt es sich überwiegend um die jüngere Generation, die aufgrund des Arbeits- und Versorgungsangebotes in die Stadt zieht. Solche Prozesse verstärken wiederum die Überalterung der ländlichen Bevölkerung und führen so zu einer einseitigen Altersstruktur sowie zu Zersiedelungen im ländlichen Raum (vgl. UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR WIEN).

2.4 Auswirkungen des Strukturwandels auf die Lebensqualität

Um die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Lebensqualität auf dem Lande zu analysieren, bedarf es erst einer Erklärung des Begriffes Lebensqualität. Jeder Mensch hat individuelle Aspekte, die seine subjektive Lebensqualität bestimmen. Dazu zählen nach heutigen Ansprüchen unter anderem eine gesunde Umwelt, genügend Arbeitsplätze und eine hohe Arbeitsplatzqualität, ein ausreichendes Angebot an Lebensmitteln und Wohnungen, aber auch Freizeit und eine ausreichende soziale und kulturelle Infrastruktur. Lebensqualität ist mehr als Lebensstandard, mit dem vor allem der materielle Wohlstand gemeint ist (vgl. BROCKHAUS 2006).

Die Bevölkerungsmodelle der statistischen Ämter sagen einen Rückgang der Bevölkerung voraus. Jedoch bringt nicht nur der Bevölkerungsrückgang im Allgemeinen Schwierigkeiten

mit sich, sondern insbesondere die Verschiebung der Altersstruktur. Der Strukturwandel wird zahlreiche Auswirkungen, auch auf kommunaler Ebene haben. Der Strukturwandel mit seinen Auswirkungen ist nicht umkehrbar. Die Gesellschaft muss sich, aufgrund einer geringen Fertilität, auf eine stark anwachsende Zahl älterer Menschen mit altersbedingten Einschränkungen einstellen. Die Altersstrukturverschiebung wirkt sich in allen Bereichen tendenziell gleich aus. Bei Kindergärten und Schulen drohen Auslastungsprobleme. Aufgrunddessen müssen die Schulen und Kindergärten fusionieren (vgl. MLUR). Die Folgen für die Lebensqualität der Dorfbewohner sind längere Schulwege der Schulkinder. Dem öffentlichen Personennahverkehr, der im ländlichen Raum zu einem Großteil aus der Schülerbeförderung finanziert wird, entfällt aufgrund der Auslastungsprobleme die wirtschaftliche Basis. Wie eine Umfrage im Rahmen der Projektarbeit ergibt, müssen die Schulkinder mit überfüllten Zügen und Bussen fahren oder die Eltern müssen eine weitere Strecke mit dem Auto zurücklegen, um die Kinder zur Schule zu bringen oder sie von dort wieder abzuholen (vgl. BÜRGERBEFRAGUNGEN 2011). Die wiederum daraus resultierenden Folgen sind steigende Kosten sowie ein höherer Zeitaufwand für die Bewohner. Für die Kinder besteht außerdem eine größere Abhängigkeit von den Eltern und den Taktungen des öffentlichen Personennahverkehrs, da aufgrund der weiteren Wege keine Möglichkeit besteht, Schul- und Freizeiteinrichtungen eigenständig zu erreichen.

Während aufgrund des Bevölkerungsrückganges die Nachfrage an Schulen, Bibliotheken und andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sinkt, steigt die Nachfrage an Pflegeeinrichtungen. Der durch Alterung bedingte Mehraufwand an Pflegeleistungen belastet jedoch den kommunalen Haushalt. Finanzielle Mittel werden vor allem in schrumpfenden Gemeinden immer knapper, da sich die sinkende Einwohnerzahl insbesondere durch die fehlende Wirtschaftskraft negativ auf den Gemeindehaushalt auswirkt. Um sich den künftigen Herausforderungen stellen zu können, benötigen die ländlichen Kommunen entsprechende finanzielle Mittel (vgl. MÖDLHAMMER 2008). Dies und die demographischen Veränderungen führen zu einem Aufbrechen funktionierender Strukturen und damit zu neuen Herausforderungen im ländlichen Raum.

Die Vielfalt von Einrichtungen im Bereich der Grundversorgung mit Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs sowie deren Erreichbarkeit ist für den Großteil der heute im ländlichen Raum lebenden älteren Menschen von großer Bedeutung. Dies ist relevant, da sie in der Regel nicht automobil sind und sich ihr Aktionsradius bei der Erledigung der täglichen Wege zumeist auf die Gemeindeebene beschränkt. Die Möglichkeit ihre Einkäufe in den nächst gelegenen Einkaufsorten zu tätigen, bietet sich teilweise nur in Form von Mitfahrgelegenheiten mit automobilen Freunden und Angehörigen (vgl. FISCHER 2008: 6).

Bahnhaltestellen befinden sich meist außerhalb der Siedlungsgebiete, an den Rändern der Gemeinden, was die Erreichbarkeit für ältere Bewohner erschwert. Die fußläufige Erreichbarkeit ist zwar gegeben, die Mehrzahl der Bewohner erreichen die Bahnhaltestellen allerdings mit dem Fahrrad oder dem eigenen Pkw beziehungsweise mittels Mitfahrgelegenheiten. Die Bushaltestellen sind grundsätzlich über das Gemeindegebiet verteilt und befinden sich vor allem an strategischen Punkten wie etwa beim Postamt, bei der Volksschule oder beim Gemeindeamt (vgl. FISCHER 2008: 7).

Abbildung 5: Bahnhaltestelle Garding

Ein weiterer Aspekt ist die fehlende Integration älterer Menschen in die Dorfgemeinschaft. Diese nimmt mit zunehmendem Alter ab und ist im Falle der Pflegebedürftigkeit kaum mehr gegeben, da das Verlassen der eigenen Wohnung nicht mehr möglich ist. Der Zusammenhalt zwischen Alt und Jung ist zumeist auf die eigene Familie beschränkt, sodass die Pflege den Kindern obliegt. Die Schwierigkeit besteht darin, dass die erwerbstätigen Kinder aufgrund der Notwendigkeit des täglichen Pendelns tagsüber nicht in den Gemeinden sind, wenn sie nicht gar aus Mangel geeigneter Arbeitsplätze gezwungen waren abzuwandern. Auch das Phänomen der kollektiven Alterung ganzer Siedlungsbereiche führt infolge einer anhaltenden ungeordneten Siedlungsentwicklung verstärkt zur Segregation der verschiedenen Altersgruppen der Wohnbevölkerung in den Gemeinden. Das kollektive Altern ganzer Siedlungen reduziert auch das Ausmaß der gegenseitigen Unterstützung der Älteren. So müssen Ältere meist in ein Seniorenheim ziehen, da sie dort ganztägig betreut werden können. Wo, durch familiäre Netze, die häusliche Betreuung älterer Menschen noch möglich ist, wird das Angebot an mobilen Diensten als Möglichkeit zur Unterstützung der eigenen Pflegeleistung betrachtet (vgl. FISCHER 2008: 10).

Abbildung 6: Häusliche Pflege

Die Lebensqualität der nicht automobilen älteren Menschen ist vor allem in strukturschwachen ländlichen Räumen gefährdet. Die Älteren nehmen die infrastrukturellen Ausstattungsdefizite ihres Wohnumfeldes nicht in der Dramatik wahr, da sie diese durch die positiv erlebten naturräumlichen Aspekte wie Ruhe, gute Luft und eine intakte Natur kompensieren. Denn auch diese Aspekte zählen zu den Komponenten einer guten Lebensqualität (vgl. FISCHER 2008: 13).

Abbildung 7: Dorfleben

Prognosen gehen davon aus, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum noch gravierender als im städtischen Bereich ausfallen werden. Durch die dünnere Besiedelung der ländlichen Räume sind die Kosten für Infrastrukturleistungen, beispielsweise Wasser, Abwasser, Strom, Straßen und schnelles Internet, entsprechend höher, als in dichter besiedelten städtischen Gebieten (vgl. MLR). Diese Kosten verlagern sich auf die Bevölkerung, die die steigenden Lebenserhaltungskosten tragen müssen.

Das geringe Angebot an Arbeitsplätzen hat Auswirkungen auf die Lebensqualität der Landbewohner. Lange Wege zu den Arbeitsstätten führen zu einer Abwanderung der Menschen in die Städte und das stadtnahe Umland. Die Folge ist eine langsame sowie kontinuierliche Entvölkerung ländlicher Regionen. Zudem wandern insbesondere junge Menschen ab, sodass es zu weiteren gravierenden demographischen Veränderungen kommt.

Eine wichtige Herausforderung wird darin liegen, eine stärkere Entwicklungsdynamik in ländlichen Regionen anzuregen. Erforderlich ist dazu ein Beschäftigungswachstum. Bedeutende Potenziale liegen in den Bereichen des verarbeitenden Gewerbes, Dienstleistungen sowie des Tourismus. Die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, insbesondere für Jugendliche und Frauen, hat eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der ländlichen Gebiete. Durch die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im außerlandwirtschaftlichen Bereich wird ein Beitrag zur positiven Gestaltung des Strukturwandels geleistet. Unausgeschöpfte Marktpotenziale liegen auch in der innovativen Nutzung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energiequellen (vgl. ELRSH).

Auch die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme ist aufgrund der dramatischen demographischen Entwicklung nicht mehr gewährleistet. Grundsätzlich stellt sich die Frage nach der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme in ihrer bestehenden Form (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2010). Das hat zur Folge, dass die Rentenversicherungen zukünftig nicht in der Lage sein werden, eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung im Ruhestand zu gewährleisten. Dies bedeutet, dass die Rente immer niedriger ausfallen wird und die Rentner somit weniger Einkommen haben, welches sie wiederum nicht in der Gemeinde ausgeben können. Dies hinterlässt Einnahmeeinbußen bei den Gewerbetreibenden und den Dienstleitern der Gemeinde (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2010).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Fokus strukturpolitischer Entwicklungskonzepte des ländlichen Raumes, die Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, zusätzlicher Einkommensquellen in der Landwirtschaft sowie der Ausbau der örtlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur, um eine Erhaltung sowie eine Verbesserung der Lebensqualität auf dem Lande zu gewährleisten.

Wie zuvor aufgezeigt, bringt der Strukturwandel eine Vielzahl diverser Veränderungen innerhalb der ländlichen Struktur und komplexe Folgen mit sich, aus denen Einschränkungen

im alltäglichen Leben für die Bewohner hervorgehen. Vor diesem Hintergrund muss im nächsten Schritt der Projektarbeit untersucht werden, welche Ansätze zur positiven Gestaltung des Strukturwandels bestehen und wie eine Unterstützung betroffener Gemeinden anhand von bestehenden Förderprogrammen erfolgen kann.

3. Förderprogramme für den ländlichen Raum

Im folgenden Abschnitt werden ausgesuchte Förderprogramme vorgestellt, deren Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum und dessen Entwicklung liegt. Es handelt sich hierbei um Förderungen, an denen sich die Gemeinden mitbeteiligen und die insbesondere Infrastrukturprogrammen zugute kommen.

3.1 LEADER

Die Probleme, denen der periphere Raum gegenübersteht, sind in ganz Europa vergleichbar. Ländliche Gebiete sind besonders von dem demographischen Wandel betroffen. Aufgrund oftmals fehlender Arbeitsplatzkapazitäten verlieren die Regionen zusätzlich, meist jüngere Einwohner, die in wirtschaftstärkere Gebiete abwandern. Zudem haben hauptsächlich ländliche Landschaftszüge mit einem Abbau sozialer, als auch wirtschaftlicher Infrastruktur zu kämpfen, sodass gemeinschaftliche Treffpunkte oder Einkaufsmöglichkeiten auf den Dörfern geschlossen werden beziehungsweise fehlen. All diese Prozesse führen zu einer Senkung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

Um diesen Prozessen entgegen zu wirken und eine nachhaltige sowie zukunftsfähige Entwicklung einzuleiten, wurde das EU-Förderprogramm Leader initiiert. (siehe Abbildung: Logo des EU – Förderprogrammes Leader) Das Wort Leader kommt aus dem Französischen: „Liaison

entre actions de développement de l'économie rurale" und bedeutet „Verbindung zwischen Aktivitäten zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft" (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2006: 5). Die ländliche Entwicklungspolitik der Europäischen Union ist Gegenstand der Gemeinsamen Agrarpolitik, welche eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes innerhalb Europas unterstützt. Das EU-Förderprogramm Leader ist ein Konzept der ländlichen Entwicklungspolitik. Gestartet wurde das Förderprogramm im Jahre 1991. Seitdem gab es bereits drei Fassungen des Leader-Ansatzes Leader I (1991-1993), Leader II (1994-1999) und Leader+ (2000-2006). Aufgrund des Erfolges des Programmes wurde Leader in dem Jahre 2007 in die ländliche Entwicklungspolitik der Europäischen Union als eigenständiges Konzept involviert. Dadurch wird es in nationale und regionale ländliche Programme integriert, die von der Europäischen Union bezuschusst werden (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2006: 5,6). Das Leader-Programm wird aus dem Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes, einer der insgesamt fünf Strukturfonds der Europäischen Union, finanziert und unterstützt innovative Projekte für eine nachhaltige Stärkung des ländlichen Raumes (vgl. EUROPÄISCHE UNION 1995-2011). Das Bottom-Up-Prinzip ist eines der wichtigsten Leitsätze des Programmes. Durch eine rege Bürgerbeteiligung, Kooperationen zwischen den verschiedenen Institutionen sowie eine Vernetzung der lokalen und regionalen Akteure, sollen nachhaltige Projekte und Entwicklungsstrategien, zugeschnitten auf die jeweilige Region, erarbeitet werden. Dadurch können die vorhandenen Potentiale aktiviert und bestmöglich genutzt werden (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2006: 9). Des Weiteren setzt das Programm auf Kooperationen und Netzwerke für einen Kenntnisaustausch (vgl. EUROPÄISCHE UNION 1995-2011).

Abbildung 8: Logo des Förderprogrammes Leader

Außerdem beinhaltet der Leader-Ansatz öffentlich und private Partnerschaften. Damit gemeint sind die Lokalen Aktionsgruppen, die in Zusammenarbeit mit den örtlichen Akteuren eine

Entwicklungsstrategie erarbeiten und realisieren sowie über die Verteilung der finanziellen Mittel entscheiden. Von großer Bedeutung ist, dass die Lokale Aktionsgruppe aus privaten als auch aus öffentlichen lokalen Akteuren und Organisationen zusammengesetzt ist, um ein Gleichgewicht zwischen den Interessensgruppen sicherzustellen (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2006: 10). Zu den aktiven Akteuren im ländlichen Raum zählen unter anderem Berufs- und Umweltverbände, BürgerInnen und Bürger, örtliche Organisationen, Vereine sowie Vertreter der Politik (vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION 2006: 11).

Mithilfe des EU-Förderprogrammes Leader konnte in Schleswig-Holstein das Förderkonzept der AktivRegion umgesetzt werden, welches in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren die Potenziale der Region fördert, um eine nachhaltige Entwicklung des peripheren Raumes zu unterstützen. Im Anschluss wird der Ansatz der AktivRegion erläutert und beschrieben, welchen positiven Nutzen die ländliche Region von diesem Instrument hat.

3.2 AktivRegion

Bei der AktivRegion handelt es sich um eine Förderinitiative des Landes Schleswig-Holstein zur Stärkung des ländlichen Raumes. Das Konzept der AktivRegion ist ein innovatives Programm, zur Umsetzung des EU–Förderprogrammes Leader in den Regionen. Die AktivRegion steht für mehr Lebensqualität und Wirtschaftskraft sowie für neue Kooperationspartner (vgl. MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME 2009 | 2).

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes bildet die Basis für das Schleswig-Holsteinische Zukunftsprogramm Ländlicher Raum. Das Zukunftsprogramm Ländlicher Räume ist ein Förderkonzept zur Unterstützung des ländlichen Raumes innerhalb der EU-Förderperiode von 2007 bis 2013 (vgl. MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME 2009 | 2).

Das Förderprogramm ist in vier Hauptthemen unterteilt: Optimierung der Wettbewerbskompetenz der Land- und Forstwirtschaft, Stärkung der Umwelt und Landschaft, Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft sowie die Implementierung des Leader-Konzeptes mittels des Modells der AktivRegion (vgl. MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME 2009 | 3). Die Umsetzung des Konzeptes der AktivRegion, als Bestandteil des Leader-Förderprogrammes, ist dabei von besonderer Relevanz.

Durch den innovativen und integrativen Ansatz der AktivRegion werden neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit geschaffen und die Bildung neuer Netze und Kooperationen ermöglicht. Bisher getrennte Fachbereiche wie Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Soziales und Zivilgesellschaft gestalten nun gemeinsam die Zukunft der Region. Das Konzept der AktivRegion setzt auf die Vielfalt der Räume und bewirkt somit die Möglichkeit, unter Beachtung der vorhandenen Stärken und Schwächen einer Region, maßgeschneiderte Lösungsansätze zu entwerfen. Diese werden durch die lokalen Akteure in Form einer integrierten Entwicklungsstrategie ausgearbeitet. Zu den Themen, die innerhalb des Konzeptes debattiert und involviert werden zählen die technische und soziale Infrastruktur, Landwirtschaft, Ökonomie, Umwelt, Kultur, das Wohnen, der Tourismus, Klimaschutz (vgl. MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME 2009 | 2).

Die Projektregion des Studienprojektes ist Teil der AktivRegion Südliches Nordfriesland, weshalb diese im Folgenden näher beleuchtet werden soll.

Die AktivRegion Südliches Nordfriesland ist eine der insgesamt 21 AktivRegionen Schleswig-Holsteins. Sie setzt sich aus dem südlichen Teil des Kreises Nordfriesland, Abschnitten der Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge sowie den beiden Halbinseln Eiderstedt und Nordstrand zusammen. In die AktivRegion sind 43 Gemeinden der Ämter Eiderstedt und Nordsee-Treene sowie die Städte Friedrichstadt, Husum und Tönning eingegliedert. Insgesamt erstreckt sich

das Gebiet auf einer 720m² großen Fläche mit rund 64.300 Einwohnern (vgl. EIDER-TREENE-SORGE GmbH | 1).

Die Voraussetzungen für die Bildung der AktivRegion Südliches Nordfriesland waren zum einen die Erstellung einer integrierten Entwicklungsstrategie und zum anderen die Gründung eines eingetragenen Vereins. In der integrierten Entwicklungsstrategie, die durch eine vielschichtige Gruppe unterschiedlichster Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung, Soziales und Bürgern erarbeitet wurde, wurden Zielsetzungen, Handlungsfelder und erste Projekte für die zukünftige Entwicklung der AktivRegion zusammengefasst und festgelegt (vgl. EIDER-TREENE-SORGE GmbH | 2).

Abbildung 9: AktivRegion Südliches Nordfriesland

Zu den Handlungsschwerpunkten der AktivRegion, die in der integrierten Entwicklungsstrategie festgesetzt wurden, zählen der Nordseetourismus, lebenswerte Dörfer und Städte sowie die regionale Wirtschaftsstruktur. Die innerhalb der einzelnen Handlungsfelder angesetzten Projekte haben zum Ziel, die vorhandenen Kooperationen in der Region auszubauen bzw. neue Vernetzungen zu initiieren, die Lebensqualität auf dem Lande zu steigern und die Ökonomie der Region zu stärken (vgl. EIDER-TREENE-SORGE GmbH | 2).

Die Lokale Aktionsgruppe wird durch den Verein Südliches Nordfriesland e.V. gestellt. Er wurde im Mai 2008 gegründet und im November 2008 offiziell anerkannt. Die Mitgliedschaft können Kommunen, Vereine, Wirtschafts- und Sozialpartner oder Privatpersonen, die in Verbindung mit der AktivRegion stehen, erlangen. Aufgabe des Vorstandes ist die Vergabe von Fördermitteln

für Projekte. (siehe Abbildung: Aufbau der Lokalen Aktionsgruppe AktivRegion Südliches Nordfriesland e.V.) (vgl. EIDER-TREENE-SORGE GmbH | 3).

Die Arbeitskreise der AktivRegion übernehmen die Aufgabe der „Ideenwerkstatt". Sie entwickeln neue Projektideen und realisieren diese. Sie setzen sich aus Bürgern, kommunalen Vertretern und weiteren Akteuren aus unterschiedlichen Fachbereichen zusammen (vgl. EIDER-TREENE-SORGE GmbH | 4).

Abbildung 10: Aufbau der Lokalen Aktionsgruppe AktivRegion Südliches Nordfriesland e.V.

3.3. MarktTreff

Bei der ews group gmbh handelt es sich um ein 2001 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründetes Unternehmen im Management- und Kommunikationsberatungsbereich (vgl. EWS GROUP GMBH | 5). Das siebenköpfige Team arbeitet mit Kunden aus dem öffentlichen und privatwirtschaftlichen Sektor in dem Bereich der Bundesrepublik Deutschland zusammen, mit dem Augenmerk auf Schleswig-Holstein und die Metropolregion Hamburg. Das Aufgabenfeld der ews group liegt vorwiegend darin Institutionen in ihren strategischen, organisatorischen und kommunikativen Prozessen zu begleiten. Das Leistungsportfolio umfasst jedoch einige weitere Dienstleistungen im Bereich Management, wie Strategieberatung, Entwicklungs- und Machbarkeitsstudien, Projektmanagement, Begleitung von Gründungen, Reorganisationen, Fusionen, Konzepte öffentlich-privater Zusammenarbeit (PPP), Organisationsentwicklung, Personalentwicklung, Führungskräfte- und Team-Coaching, Moderation und Training, als auch internationale Projekte (vgl. EWS GROUP GMBH | 7). Aber auch im Bereich der Kommunikation

bietet die ews group ein umfassendes Leistungspaket mit Dienstleistungen wie Marketing, Markenentwicklung und -führung, Corporate Design, Kampagnenentwicklung und -steuerung, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen, Veranstaltungen, Messen und Lobbying (vgl. EWS GROUP GMBH | 8). In den zehn Jahren Arbeit blickt die ews group auf ein breites Spektrum erfolgreich durchgeführter Projekte zurück, als eine Referenz wäre in diesem Zuge der MarktTreff zu nennen, welcher im folgenden detailliert als Beispielprojekt beschrieben wird.

MarktTreff – Lebendige Marktplätze im ländlichen Raum. So lautet einer der Werbeslogans der Marktkette, welche im Zuge der AktivRegionen in Schleswig-Holstein realisiert wurde. Die Landesregierung Schleswig-Holsteins entwickelte gemeinsam mit den Akteuren aus den Regionen, Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft das neuartige Modell des MarktTreffs (vgl. EWS GROUP GMBH | 1).

Abbildung 11: MarktTreff Logo

Ein MarktTreff bildet eine wichtige Funktion vor Ort, er sichert die Grundversorgung, schafft Arbeitsplätze, stärkt die Dorfgemeinschaft und bündelt vielfältige Angebote unter einem Dach. Das Ziel ist möglichst viele Produkte, Services und Angebote zusammenzufassen und aus einer Hand anzubieten. Dies dient zum einen dazu, kurze Wege für die Verbraucher zu ermöglichen und zum anderen den MarktTreff wirtschaftlich langfristig tragen zu können (vgl. MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN | 1). Neben der Funktion als Dienstleister stellt der MarktTreff ebenfalls einen Treffpunkt für Jung und Alt dar.

Das folgende Bild zeigt die MarktTreff Standorte in Schleswig-Holstein. Unterschieden wird hierbei zwischen bereits bestehenden und sich im Aufbau befindenden Standorten.

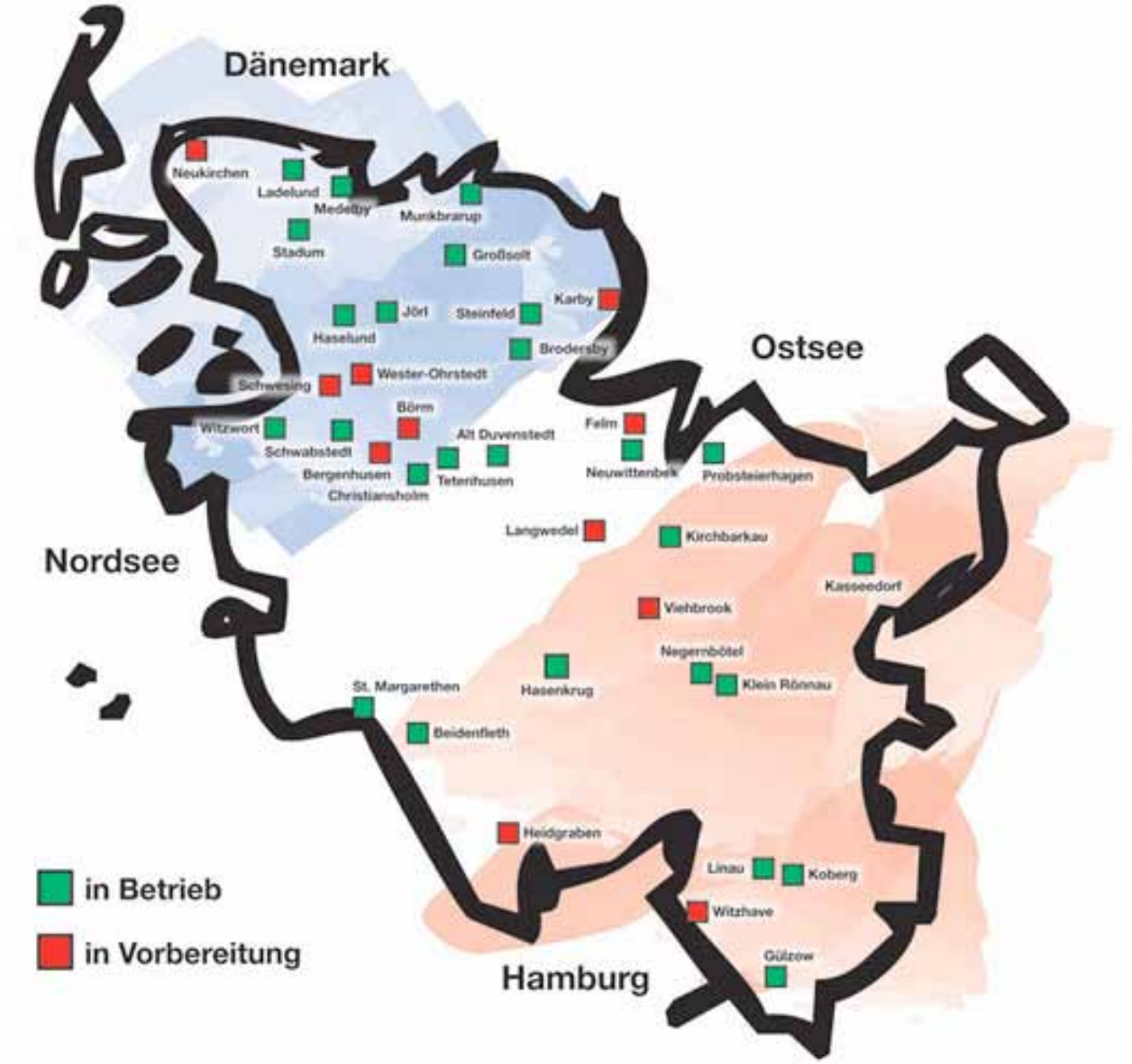


Abbildung 12: MarktTreffs in Schleswig- Holstein

Das MarktTreff-Konzept basiert auf einer umfassenden Philosophie: „MarktTreff ist der lebendige Marktplatz, der Produkte, Leistungen, Informationen, Ideen und Initiativen unter einem Dach bündelt – maßgeschneidert für die jeweilige Gemeinde." (vgl. MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME DES LANDES SCHLESWIG- HOLSTEIN | 1). Das Konzept stützt sich dabei auf die drei Säulen Kerngeschäft, Dienstleistungen und Treffpunkt.

Abbildung 13: Drei Säulen des MarktTreffs

Das Kerngeschäft bildet die wirtschaftliche Säule des MarkTreffs und besteht in der Regel aus einem Lebensmitteleinzelhandel. Denkbar wäre zudem ein gastronomisches Angebot oder ein regionaler Direktvermarkter. Für das MarktTreff-Kerngeschäft wurden vier unterschiedliche Modelle entwickelt, welche auf die Umsatzpotentiale und Anforderungen abgestimmt sind (vgl. EWS GROUP GMBH | 2).

Modell MarktTreff„S"- Das kleinste Modell legt den Schwerpunkt auf die Treff-Funktion. Es ist für Gemeinden mit einem relativ geringen Umsatzpotential gedacht. Eine Nahversorgung, wenn auch begrenzt, ist dennoch gegeben. Es bietet Nahversorgung mit Kioskcharakter. Es handelt sich hierbei um ein ehrenamtliches Betreibermodell (vgl. EWS GROUP GMBH | 3).

Modell MarktTreff „M“ - Das mittlere Modell bietet zu gleichen Teilen die Markt- als auch die Treff-Funktion. Ergänzend zu einer Lebensmittelgrundversorgung mit ausgewähltem Sortiment verfügt der Markt ebenfalls über ein umfangreiches Dienstleistungsangebot. Der Betreiber kann mit diesem Modell eine kleine Rendite erwirtschaften, eine Vollexistenz ist jedoch nicht möglich (vgl. EWS GROUP GMBH | 3).

Abbildung 14: Die unterschiedlichen Modelle des MarktTreffs

Modell MarktTreff „L“ - Dieses Modell setzt ebenfalls auf eine gleichrangige Markt- und Treff-Funktion, bietet jedoch dem Marktbetreiber eine höhere Renditeerwartung und damit eine eingeschränkte Vollexistenz. Im Gegensatz zu den anderen Modellen bietet ein Markt dieser Größe eine Lebensmittelvollversorgung mit großer Frischeabteilung und wird durch zahlreiche Dienstleistungsangebote ergänzt (vgl. EWS GROUP GMBH | 3).

Modell MarktTreff „XL“ - Das letzte und größte Modell ist stark durch seine Markt-Funktion geprägt. Die Treff- und Dienstleistungsfunktionen werden jedoch nicht vernachlässigt. Denkbar wäre eine Integrierung von Räumen für Vereine, Verbände oder Außenstellen einer Zeitungsredaktion. Betreibern dieses Modells wird die Möglichkeit einer Vollexistenz geboten (vgl. EWS GROUP GMBH | 3).

Frische Produkte aus der Region – damit unterscheiden sich viele MarktTreffs von den großen Discountern.

Ein Café oder Imbiss als ergänzendes Angebot belebt den MarktTreff und bietet zusätzliches Umsatzpotenzial.

Selbst auf kleinen Ladenflächen – wie beim Modell S – kann eine Grundversorgung mit Lebensmitteln angeboten werden.

Abbildung 15: Beispiele des MarktTreffs

Unterschiedliche Dienstleistungsangebote wie eine kleine Postannahme, Reinigungsannahmestelle oder ein LottoToto erhöhen die Kundenfrequenz und stärken dadurch das Kerngeschäft (vgl. MARKTTREFF | 2). Die Dienstleistungsangebote der MarktTreffs sind sehr vielfältig und auf jeden Standort individuell abgestimmt.

Der MarktTreff als Treffpunkt bietet den Kunden einen Ort zum "Klönen", für gemeinsame Aktivitäten sowie für Information und Bildung (vgl. EWS GROUP GMBH | 2). Dabei unterscheidet der MarktTreff drei Typen von Treffbereichen (vgl. EWS GROUP GMBH | 4). Zum einen den Ladentreff, der eine direkte Verbindung zum Kerngeschäft hat und zum anderen den Gemeinde- bzw. Bürgertreff. Des Weiteren zu nennen ist das Veranstaltungszentrum, welches über Räumlichkeiten für Vereinsaktivitäten aber auch für Privatfeiern oder Bürgerversammlungen verfügt. Das Veranstaltungszentrum übernimmt hierbei die Funktion des Dorfgemeinschaftshauses (vgl. EWS GROUP GMBH | 4).

Beispiele für Dienstleistungsangebote

- Annahmestellen für Reinigung, Schuhreparatur, Fotoservice, Lotto/Toto
- Versanddienstleistungen (zum Beispiel PostPoint, Hermes PaketShop)
- Servicepunkt von Banken und Sparkassen (Geldautomat, Kontoauszugsdrucker)
- Versicherungsberatung
- kommunale Dienstleistungen
- Tourist-Information
- Bestell- und Serviceagentur für den Versandhandel (zum Beispiel Quelle-Shop)
- Internetportal
- Gesundheitsdienstleistungen
- Kopier- und Faxservice
- Lieferservice (für Produkte)
- Hol- und Bringdienst (zum Beispiel für ältere Menschen)

Abbildung 16: Beispiele für Dienstleistungsangebote

Die Wirtschaftlichkeit der MarktTreffs wird gesichert durch zusätzliche Dienstleistungen wie zum Beispiel Lotto/Toto, Post oder Annahmedienste (Schuhreparatur, Reinigung).

Ob Physiotherapie, Kosmetikstudio, Fahrschule oder Versicherungsbüro – MarktTreff bündelt verschiedenste Dienstleistungen unter einem Dach.

Abbildung 17: Beispiele für Dienstleistungen

Attraktive Veranstaltungsräume bringen Frequenz in den MarktTreff.

Ein Internet-Arbeitsplatz verbindet mit den neuen Medien und der Welt.

Viele MarktTreffs bieten Aktivitäten für Kinder und Jugendliche an.

Abbildung 18: Treffpunkt

Die vorgestellten Förderprogramme stellen zukunftsfähige und nachhaltige Förderinitiativen dar, die speziell für den ländlichen Raum konzipiert wurden. Mithilfe derartiger Programme kann auf die Probleme des ländlichen Raumes eingegangen, regionale Potenziale gestärkt als auch Anpassungsmaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Diese Förderprogramme dienen im weiteren Projektverlauf als Wissensgrundlage im Hinblick auf eine mögliche Finanzierungsstrategie des entstehenden Konzeptes der Studierendengruppe.

4. Region Eiderstedt

Nachdem im Vorfeld ein Gesamtüberblick über die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen des ländlichen Raumes geboten wurde, wird nun der Fokus auf die Region Eiderstedt und anschließend auf die Stadt Garding gelegt. Zweck dieser Raumanalyse ist das Kennenlernen des konzeptrelevanten Gebietes.

4.1 Vorstellung der Region

Die Region Eiderstedt ist eine Halbinsel, die sich im Kreis Nordfriesland im Westen Schleswig-Holsteins befindet. Eiderstedt ist circa 30 km lang und 15 km breit und ist durch eine ebene Landschaft gekennzeichnet. Die für Schleswig-Holstein typischen „Knicks" sowie Hügel, Täler und Wälder fehlen. Die einzige Erhöhung ist ein schmaler, leicht erhöhter Geestrücken, der sich von Katharinenheerd über Garding bis Tating zieht. Gardings Zentrum steht somit auf einem Hügel und die Kirche auf dem höchsten Punkt Eiderstedts (vgl. SCHARNWEBER 2009: 5). „[...] Binnendeiche, die weithin sichtbaren Kirchtürme, die Haubarge, Mastrinder, Kornfelder, Schafe am Seedeich prägen das Bild und die Stimmung dieser Halbinsel." (SCHARNWEBER 2009: 6). Durch Eindeichung und Landgewinnung ist aus den drei Inseln Utholm bei Tating, der Insel Eiderstedt bei Tönning und der Insel Everschop bei Garding die heutige Halbinsel Eiderstedt gewachsen. Noch heute sind dem Eiderstedter diese Landschaftsbezeichnungen geläufig. Mit der Gewinnung des Dreilandenkoogs im 18. Jahrhundert, setzte sich der Name Eiderstedt durch (vgl. WULF 1999: 10).

Abbildung 19: Halbinsel Eiderstedt (2009)

Da diese drei Inseln eigenständige Verwaltungsbezirke waren, wurde das Gebiet der Halbinsel Eiderstedt ursprünglich auch Dreilande genannt. Die drei Schiffe im Eiderstedter Wappen, die symbolisch für die „Dreilande" segeln, erinnern an diese Zeit (vgl. SCHARNWEBER 2009: 7).

Abbildung 20: Eiderstedt Wappen

Die Inseln hatten stets mit der Bedrohung durch das Meer zu kämpfen. Die Geschichte des Landes wurde von der Nordsee wesentlich mitbestimmt. 1362 wurde die Westküste Nordfrieslands durch die schwerste Sturmflutkatastrophe aller Zeiten betroffen, der Marcellusflut. Riesige Landesteile gingen unter. Zu der Zeit entstand die Tümlauer Bucht und der Heverstrom wurde zu einem breiten Meeresarm. Von dem Zeitpunkt an war Eiderstedt von drei Seiten dem Einfluss der Nordsee und somit den Sturmfluten zu erheblich stärkerem Maße ausgesetzt. Die Eiderstedter waren daraufhin zu größeren Deichbaumaßnahmen gezwungen (vgl. WULF 1999: 13). Folglich bildete sich aus diesen drei Inseln schon früh eine besondere Form der Selbstverwaltung, da der Küstenschutz und die Eindeichung neuer Gebiete nur in übergreifender Zusammenarbeit möglich und sinnvoll war. 1973 wurde das Eidersperrwerk eingeweiht. Dies befindet sich zwischen Eiderstedt und Dithmarschen. Es soll die Menschen eideraufwärts vor Sturmfluten bewahren (vgl. SCHARNWEBER 2009: 54).

Eiderstedt war ein Teil der Uthlande, die dem Festland vorgelagerten Gebiete im heutigen Kreis Nordfriesland und wurde ab dem 14. Jahrhundert ein fester Bestandteil des Herzogtums Schleswig. 1864 gab es für Eiderstedt jedoch einen tiefen Einschnitt in seiner Geschichte, als das ganze Herzogtum Schleswig preußisch wurde. Die preußische Verwaltung beließ den Eiderstedtern ihre Selbständigkeit, obwohl die Region zu klein für einen Landkreis war. Im Gegensatz zum übrigen Land wurden auf Eiderstedt keine Kleingemeinden gebildet, sondern die Kirchspiels- und Koogsgemeinden weiterhin beibehalten (vgl. EIDERSTEDT.DE 2009).

Jede Gemeinde in Eiderstedt wird durch einen ehrenamtlichen Bürgermeister vertreten. Dem steht derzeit jedoch das noch immer vorherrschende „Kirchturm-Denken“ auf Eiderstedt entgegen. Eiderstedt sondert sich vom restlichen Schleswig-Holstein ab. Dies liegt unter anderem daran, dass es durch seine Historie, eine sehr eigenständige Region ist. Aufgrund der Sturmflutkatastrophen ist die Westküste benachteiligt und war damals eine arme Leute Region. Die frühe Art der Selbstverwaltung führte zu der Eigensinnigkeit sowie der Schutz gegen die Sturmfluten, in Form von Deichen, zu einer mentalen Eindeichung der Eiderstedter führte. Ebenso wie sich Eiderstedt als Halbinsel abgrenzt, will jede Gemeinde innerhalb Eiderstedts ihre eigenen Entscheidungen treffen, eigene Institutionen vorzeigen sowie eigene Verwaltungen inne haben. In der Regel setzt sich der Bürgermeister oft auch in einseitiger Weise, für die Interessen seiner eigenen Gemeinde ein. Die Bezeichnung umschreibt bildhaft das Eintreten für das eigene Dorf (den „Kirchturm“). Auswirkungen werden meist nur so weit bedacht, wie man den eigenen Kirchturm sieht. Alle weitergehenden Auswirkungen im größeren Maßstab treten dabei in den Hintergrund (vgl. TÖDT 1965: 27). Dadurch hat Eiderstedt eine spezielle Rolle innerhalb Schleswig-Holsteins.

In der Anzahl der Kirchen zeigte sich der Wohlstand dieser Zeit. Nirgendwo sonst in Norddeutschland finden sich so viele Gotteshäuser wie auf Eiderstedt. Zu den 18 historischen Gebäuden, die seit der Reformation lutherisch geworden waren, kommen zwei katholische Kirchen in Sankt Peter und in Tönning.

Abbildung 21: Kirche in Garding

Die Vielzahl der Kirchen erklärt sich mit der ursprünglichen Zerrissenheit der Halbinsel. Sie bestand aus Strandwällen, Marschflächen und Nehrungsstreifen. Die

schlechten Wegeverhältnisse waren Grund für die Errichtung der Kirche im eigenen Dorf (vgl. WULF 1999: 9). Die achtzehn Kirchen erklären sich neben den schlechten Wegeverhältnissen auch durch den bereits erwähnten Wohlstand und als Zeichen für die große Freiheit, die der Eiderstedter Bauernstand hatte (vgl. WULF 1999: 10).

Abbildung 22: Der rote Haubarg

Ein weiterer Ausdruck des Wohlstandes auf Eiderstedt war die historische Bauernhausarchitektur der Haubarge, die heute zu den Wahrzeichen Eiderstedts zählen. Haubarge befinden sich ausschließlich auf Eiderstedt (vgl. SCHARNWEBER 2009: 8). Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die Anzahl der Haubarge um das Zehnfache reduziert (vgl. EIDERSTEDT.DE 2009).

Neben den Haubargen und den Kirchen zählt auch der Leuchtturm Westerhever zu den Sehenswürdigkeiten Eiderstedts. Es ist das bekannteste Bautenensemble der schleswig-holsteinischen Westküste. Er ist 40 Meter hoch und ist seit 1908 in Betrieb (vgl. SCHARNWEBER 2009: 23).

Abbildung 23: Leuchtturm Westerhever

Des Weiteren beherbergte Eiderstedt einige berühmte Männer. Einer der wohl bekanntesten ist Prof. Dr. Theodor Mommsen, nach dem die Schule in Garding benannt wurde (vgl. JOHANNSEN 1965: 91).

Die Verwaltung der Region obliegt dem Amt Eiderstedt. Unter der Verwaltung stehen die 16 Gemeinden Garding, Grothusenkoog, Katharinenheerd, Kating, Kotzenbüll, Kirchspiel-Garding, Nordfriedrichskoog, Oldenswort, Osterhever, Poppenbüll, Sankt-Peter-Ording, Tating, Tetenbüll, Tümlauer Koog, Vollerwiek, Welt, Westerhever und die Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Tönning (vgl. EIDERSTEDT.DE 2009).

Das Amt Eiderstedt hat mit ihren 16 Gemeinden eine Fläche von ca. 248,97 km^2 und eine Bevölkerungszahl von 11.548 Einwohnern, was einer Bevölkerungsdichte von 46 Einwohnern je km^2 entspricht, zu bewältigen.

Der Hauptsitz der Amtsverwaltung, die geographische Mitte der Halbinsel, ist die Stadt Garding, die seit dem 1. Januar 2006 zum Amtsgebiet gehört.

Zusätzlich hat das Amt Außenstellen in der Gemeinde Sankt Peter-Ording und der Stadt Tönning. Am 1. Januar 2008 trat die bisher amtsfreie Gemeinde Sankt Peter-Ording dem Amt bei. Diese strukturellen Veränderungen liegen einem Beschluss der Landesregierung zur Verwaltungsstrukturreform im Jahre 2006 zugrunde.

Auch die selbstständig verwaltete Stadt Tönning schloss sich mit dem Amt Eiderstedt zu einer Verwaltungsgemeinschaft zusammen, die seit dem 01. Januar 2010 besteht.

Die 16 Gemeinden des Amtes Eiderstedt mit der Stadt Tönning stehen in kommunaler Selbstverwaltung und sind doch über den Landschafts- und Wirtschaftsraum historisch und strukturell eng miteinander verbunden. Veränderungen, die mit der demographischen Entwicklung einhergehen, stellen die Gemeinden, das Ehrenamt in Form der Bürgermeister und die Bürger, vor neue zentrale Aufgabenstellungen und Herausforderungen (vgl. EIDERSTEDT.DE 2009).

Der Amtsbezirk reicht im Norden von Westerhever bis nach Vollerwiek im Süden, wo die Eider ihr Mündungsgebiet am Eidersperrwerk hat. Im Westen zieht sich der Amtsbezirk von dem bekannten Seebad und Kurort Sankt Peter-Ording - der einwohnerstärksten Gemeinde - bis nach Oldenswort, der flächenmäßig größten Gemeinde.

Die kleinsten Gemeinden sind Grothusenkoog im Süden mit etwa 20 Einwohnern und Norderfriedrichskoog mit 49 Einwohnern, die erst seit einigen Jahren Gewerbesteuern im geringst möglichen Anteilsbereich erhebt.

Außerdem sind ebenso Koldenbüttel, Ülvesbüll und Witzwort Gemeinden der Halbinsel Eiderstedt, verwaltet werden sie allerdings vom Amt Nordsee-Treene (vgl. EIDERSTEDT.DE 2009). Daraus ergibt sich die Aufteilung der „Landschaft Eiderstedt" auf zwei Amtsbereiche (vgl. SCHARNWEBER 2009: 23).

Im Rahmen einer vertiefenden Auseinandersetzung mit der Region wurde eine Dörferrecherche durchgeführt, um einen Überblick über den Bestand der einzelnen Gemeinden zu erhalten und die unterschiedliche Struktur sowie die Stärken der verschiedenen Gemeinden kennen zu lernen. Dies ist im Folgenden in Form einer Tabelle dargestellt.

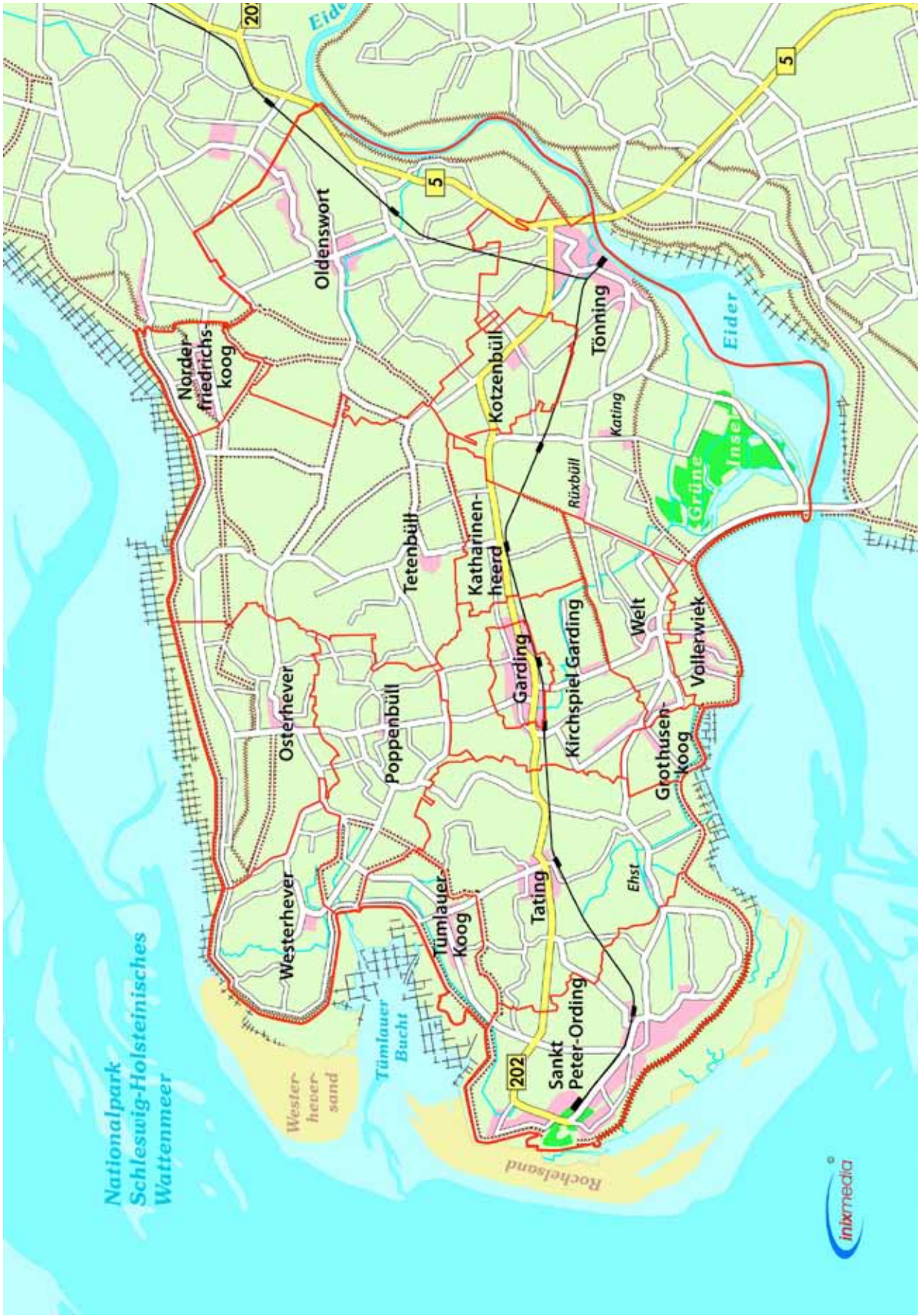


Abbildung 24: Amtsbereich Eiderstedt

Tabelle: Überblick über die Gemeinden Eiderstedts

Ort	Einwohner	Fläche	Nahversorgung	Anbindung	Entfernung zu Garding	Soziale Einrichtungen & Medizinische Versorgung
Garding Stadt	2646	3,06 km²	Lebensmitteldiscounter	ÖPNV / Bus / Bahn	-	Dänischer Kindergarten Ev. Kindergarten Wald- und Wattkindergarten Theodor-Mommsen-Schule 4 Allgemeinmediziner 2 Apotheken 1 Heilpraktikerin 1 Hebamme 1 Kinderarzt 2 Tierärzte 3 Zahnärzte Altenheim Martje-Flohrs-Haus Marienstift
Garding Kirchspiel	340	14,63 km²	-	Bahn	1 km	-
Grothusenkoog	21	3,27 km²	-	-		Ringreiterverein Welt-Vollerwiek-Grothusenkoog Theatergruppe Welt - Vollerwiek - Grothusenkoog
Katharinenheerd	168	8,4 km²	-	ÖPNV / Bus	4,5 km	-
Oldenswort	1275	45,84 km²	Bäcker Metzger SB-Markt		17,1 km	Seniorenheim Koch Freiwillige Feuerwehr Oldenswort Förderverein - Grundschule Oldenswort Physiotherapie Ambulante Krankenpflege Zahnarzt
Osterhever	236	18,43 km ²	-	ÖPNV / Bus	9,6 km	Seniorenheim
Poppenbüll	190	15,52 km²	-	Bus 1074	4,8 km	»Alte Schule« Poppenbüll, familienähnlich geführte Kleinsteinrichtung zur Betreuung von verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen
St. Peter Ording	4142	28,28 km²	Ja	Nord-Ostseebahn	13 km	JuZe St. Peter-Ording Ev. Ev.Kindergarten St.Peter-Ording Kirchengemeinde St. Peter-Ording Grundschule St. Peter-Ording Realschule Sankt Peter-Ording Allgemeinärztin Seniorenheim: Edelweiss
Tating	1188	29 km²	Begrenztes Nahversorgungsangebot (Bäcker mit begrenztem Lebensmittel-Warenangebot,, Friseur, wöchentlich praktizierender Arzt)	Bahnanbindung (Anschluss stündlich)	5,5 km	Aktives (Vereins-)Leben / hohes ehrenamtliches Engagement mit 19 Vereinen und Initiativen in verschieden sozialen und kulturellen Bereichen + Angebot der Vereine für alle Generationen + breites Sport- und Freizeitangebot in der Region durch Kooperation mit anderen Eiderstedter Sportvereinen + Alternative Raumangebote in der Region (Amt Eiderstedt) hinreichend vorhanden
Tetenbüll	619	36,48 km²	Hauslieferservice		5 km	Grundschule Tetenbüll, Ortskulturring Tetenbüll, Seniorenheim, Museum Haus Peters, Museum Alte Schule, Warmhörn Kirchengemeinde Tetenbüll / Katharinenheerd Schleswig-Holstein Musik-Festival (SHMF) Freiwillige Feuerwehr Tetenbüller Künstler
Tümlauer Koog	97	6,2 km²	-	-	12 km	-
Vollerwiek	226	4,62 km²	-	ÖPNV / Bus	6 km	-
Welt	215	8,2 km²	-	ÖPNV / Bus	4 km	-
Westerhever	119	13,21 km²	-	ÖPNV / Bus	11 km	Heimatbund Eiderstedt

Eiderstedt ist als strukturschwacher, ländlich geprägter Raum zu betrachten. Heute ist jedoch der Tourismus dominierend. In der Urlaubs- beziehungsweise Ferienzeit ist Sankt Peter-Ording mit seinem 12 km langen Strand ein sehr beliebtes Ausflugsziel und zählt zu den führenden Bädern an der gesamten deutschen Nordseeküste (vgl. SCHARNWEBER 2009: 7). Die Summe der direkt und indirekt vom Tourismus abhängigen Arbeitsplätze ist hoch. Diese Branche ist damit wichtigster Arbeitgeber der Region. Hauptwirtschaftsbranchen neben dem Tourismus sind das Handwerk, die Landwirtschaft sowie erneuerbare Energien. Insgesamt hat die Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Regionen einen noch relativ hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung. Die Halbinsel ist von Norden, Westen und Süden von der Nordsee umgeben und im Osten von einem Geestrücken begrenzt; optimale Bedingungen für eine blühende Landwirtschaft. In der Handwerksbranche handelt es sich vorrangig um kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe. Regionale Zentren für Wirtschaft und Versorgung sind die Städte Husum, Friedrichstadt, die sich beide außerhalb des Amtsbereichs befinden sowie Tönning, Garding und St. Peter-Ording. Die Grundversorgung in den kleineren Gemeinden ist vielfach gefährdet. Unzureichend ist auch die Breitbandversorgung in der Region (vgl. INTEGRIERTE ENTWICKLUNGSSTARETEGIE DER AKTIVREGION SÜDLICHES NORDFRIESLAND 2008).

Das Gemeinschaftswesen Eiderstedts ist in Form von Vereinen und Zusammenschlüssen gegeben. Eine sehr beliebte alte Sportart auf Eiderstedt ist das Boßeln. Vornehmlich wird sie an der Küste von Nord-, West- und Ostfriesland betrieben.

Auf Eiderstedt sind 14 Boßelvereine im Unterverband Eiderstedt organisiert und die Unterverbände Dithmarschen, Steinburg, Norden und Eiderstedt sind im Hauptverband der Schleswig-Holsteinischen Boßler vertreten. Boßeln wird aber nicht nur sportlich, sondern auch zu gesellschaftlichen Zwecken betrieben (vgl. TÖDT 1965:145-147).

Abbildung 25: Boßeln

4.2 Ländliche Zentral-Orte Eiderstedts

4.2.1 Garding

Garding befindet sich im Mittelpunkt der Halbinsel Eiderstedt an der Westküste Schleswig-Holsteins und umfasst eine Größe von 306 Hektar. Im Jahr 2009 betrug die Einwohnerzahl 2.646. Als primärer Wirtschaftsfaktor für Garding ist die Fremdenverkehrsindustrie zu benennen. Die Stadt ist seit dem 9. Mai 1973 als Erholungsort und seit dem 23. Dezember 1983 als Luftkurort anerkannt (vgl. AMT EIDERSTEDT | 1).

Im Jahr 1575 erhielt Garding die Urkunde des Markt- und Wagenrechts vom Gottorfer Herzog. Im Rahmen der wirtschaftlichen Pläne der Gottorfer Herzöge wurde Garding im Jahr 1590 das Stadtrecht verliehen (vgl. STADT GARDING 1990: 47).

Abbildung 26: räumliche Lage Garding

Im 16. Jahrhundert waren die Verkehrsverhältnisse in den Dreilanden sehr schlecht, aufgrund der Wasserläufe und Überschwemmungen konnten die damaligen Wege für den Transport von Waren kaum genutzt werden.

Im 16. und 17. Jahrhundert veränderte sich die Landwirtschaft, so dass der Export gewonnener Güter notwendig wurde (vgl. STADT GARDING 1990: 63).

Der Export konzentrierte sich auf Tönning, doch auch Garding war als Handelszentrum von großer Bedeutung, daher wurde ein Kanal von Garding zur Eider errichtet. Der Kanalbau förderte zusätzlich den Warenimport (vgl. STADT GARDING 1990: 64).

Die Schifffahrt und der Hafen, der auch für die Wirtschaft eine wichtige Rolle spielte, prägten das Stadtbild. Durch die industrielle Revolution und den Anstieg des Viehexports, schritt die wirtschaftliche Entwicklung Gardings fort. Aufgrund neuer Verbindungsmöglichkeiten in Form von Straßen und Bahnverbindungen, verlor der Gardinger Hafen an Bedeutung, sodass er 1905 zugeschüttet wurde. Durch den Wegfall des Hafens verlor Garding ein Teil seiner wirtschaftlichen Relevanz (vgl. STADT GARDING 1990: 72).

Heutzutage stellt der Tourismus die wirtschaftliche Haupteinnahmequelle Gardings dar (vgl. AMT EIDERSTEDT | 1).

4.2.2 Tönning

Die Stadt Tönning liegt ebenso auf der Halbinsel Eiderstedt im Kreis Nordfriesland. Südöstlich gelegen befindet sie sich an dem Fluss Eider, welcher in die Nordsee mündet. Mit circa 4.900 Einwohnern und einer Fläche von 44 km² ist Tönning die größte Stadt der Halbinsel und zudem frühere Kreisstadt des ehemaligen Landkreises Eiderstedt (siehe Abbildung 2) (vgl. AMT EIDERSTEDT | 2).

Geschichtlich war die Stadt Tönning jahrhundertelang eine Grenzstadt, da die Eider die Grenze zwischen dem Königreich Dänemark und dem Heiligen Römischen Reich sowie zwischen Schleswig und Holstein darstellte. Allerdings hatte Tönning als Grenzstadt eine eher unbedeutende Rolle (vgl. AMT EIDERSTEDT | 2).

Abbildung 27: räumliche Lage Tönning

Das Eidersperrwerk, das größte deutsche Küstenschutzbauwerk, wurde 1973 errichtet und hatte den Zweck die Stadt Tönning vor Sturmfluten zu schützen und sollte einen wirtschaftlichen Aufschwung gewährleisten. Dadurch verlor der historische Fischereihafen seine Bedeutung und es entstand das Naturschutzgebiet Kattinger Watt (vgl. KATINGER WATT VIRTUAL 2000).

Tönning hat sich zu einem anerkannten Luftkur- und Badeort entwickelt. Der Fremdenverkehr sichert saisonal hohe Einnahmen für die Stadt. Die historische Bausubstanz aus dem 17. und 18. Jahrhundert, der Nationalpark Wattenmeer und die räumliche Nähe zum Erholungsort St. Peter-Ording ziehen viele ruhesuchende, meist ältere Touristen in die Stadt (vgl. KRÜGER 2011).

4.2.3 St. Peter-Ording

St. Peter-Ording befindet sich unmittelbar an der Westküste Schleswig Holsteins, auf der Halbinsel Eiderstedt. Der Ort umfasst eine Größe von 28 km^2. Im Jahr 2008 betrug die Einwohnerzahl 4.177, was eine Bevölkerungsdichte von 148 Einwohnern je km^2 bedeutet (vgl. KOHNKE 2010).

Das Dorf St. Peter hieß ursprünglich Ulstrup, das seit dem Jahre 1445 nach der Kirche St. Peter benannt wurde (vgl. AMT EIDERSTEDT | 3).

Im Jahre 1867 vereinigte sich Ording auf kirchlicher Ebene mit St. Peter, da aufgrund von Sandverwehungen und Landverlusten von circa 500 Hektar die Kirche zweimal versetzt werden musste. Im Jahr 1877 wurde das Bad St. Peter

Abbildung 28: räumliche Lage St. Peter- Ording

Ording gegründet. In den Dünen zwischen St. Peter und Ording wurde das erste Hotel erbaut. Dort entwickelte sich das Badezentrum. 1967 wurden Ording und St. Peter zu einem Amt unter einer Verwaltung, mit dem Namen Bad Sankt Peter-Ording, zusammengefasst (vgl. AMT EIDERSTEDT | 3).

Früher galt der Ort als Armenhaus der Landschaft, da die Äcker durch Sandflug unfruchtbar wurden. Dennoch lebte die Bevölkerung von der Landwirtschaft. Trotz der unmittelbaren Nähe zum Meer, hat St. Peter-Ording keine Bedeutung als Hafen oder Fischerdorf gewonnen, da alle Häfen nach kurzer Zeit versandeten (vgl. AMT EIDERSTEDT | 3).

Heute ist St. Peter Ording der wirtschaftlich stärkste Ort Eiderstedts. Das "Kapital" ist die Landschaft, die sich aus Dünen, Wäldern, Vorland, Strand und Meer zusammensetzt. Die Landschaft und das Klima ziehen neben Touristen viele Gäste nach St Peter Ording, die den Ort für eine Rehabilitation und Erholung nutzen. Aufgrund des umfangreichen Angebotes an Erholungs- beziehungsweise Rehakliniken verzeichnet St. Peter heute über zwei Millionen Übernachtungen pro Jahr (vgl. AMT EIDERSTEDT | 3).

Kennzeichnend für den Ort St. Peter-Ording, der zum Teil im Nationalpark, Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, liegt, ist der Strand von etwa 12 Kilometern Länge und bis zu einem Kilometer Breite. Weitere Besonderheiten sind die Dünen, die Salzwiesen und die für diesen Landstrich untypische, nachträglich angepflanzte Bewaldung (vgl. KOHNKE 2010).

Aufgrund der unmittelbaren Nähe zur Nordsee und einer Vielzahl an Freizeitmöglichkeiten, wie diversen Strandsportarten, Radtouren sowie Gesundheits- und Wellnessangeboten gilt St. Peter-Ording als beliebter Tourismusstandort (vgl. AMT EIDERSTEDT | 3).

Die Gemeinde St. Peter-Ording besitzt keine eigene Verwaltung, sondern ist im Rahmen einer Verwaltungsstukturreform dem Amt Eiderstedt beigetreten. Aufgrund der

vielschichtigen Aufgaben, die ein Tourismusstandort mit sich bringt, hat die Gemeinde mit Ausnahmegenehmigung durch das Land Schleswig-Holstein weiterhin einen hauptamtlichen Bürgermeister. Zusätzlich übernimmt er das Amt des Tourismus-Direktors (vgl. AMT EIDERSTEDT | 3).

St. Peter-Ording bildet den Endpunkt der Bahnstrecke Husum–Bad St. Peter-Ording. Die Züge der Nord-Ostsee-Bahn frequentieren vom frühen Morgen bis Mitternacht stündlich in beide Richtungen. Die A 23, die die Autobahnanbindung nach Hamburg bildet, ist innerhalb von etwa 30 Minuten mit dem PKW zu erreichen (vgl. KOHNKE 2010).

4.3 Film - Dokumentation über die Entwicklung Eiderstedts

Der im Folgenden vorgestellte Film ist eine Produktion des Eiderstedter Forums unter dem Titel „Leben in Eiderstedt heute". Das Eiderstedter Forum ist ein Zusammenschluss engagierter Bewohner Eiderstedts, mit dem Ziel, einen Anstoß für eine nachhaltige Zukunfts- und Perspektivenentwicklung Eiderstedts zu geben. Der Film soll dazu anregen, sich mit den Folgen von Überalterung und Abwanderung, dem Rückgang von Einzelhandel, Dienstleistungen, Ärzten, Schulen, Banken und Poststellen, dem Leerstand von Gebäuden sowie einer sich verändernden Kulturlandschaft zu beschäftigen und gemeinsam nach Lösungswegen für ihre Region zu suchen (vgl. EIDERSTEDTER FORUM).

In diesem Zusammenhang entstand die Idee, Eindrücke vom „Leben in Eiderstedt heute" zu sammeln. Betrachtet wurden die Eindrücke interessierter Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf folgende Kernthemen: Was hat sich verändert?, Was macht das Leben heute aus?, Welche Fragen beschäftigen die Menschen? und Welche Stärken und Schwächen ihrer Region sehen Sie? In einem weiteren Schritt wurden die Bürgermeister als Entscheidungsträger eingebunden, um deren Ansichten zur Gegenwart und Zukunft der Halbinsel zu erfahren und diese in

einem Dokumentarfilm festzuhalten (vgl. EIDERSTEDTER FORUM). Das Filmprojekt erhielt gute Resonanzen, sodass zwanzig Bürgermeister bereit waren jeweils in Einzelinterviews eine Stellungnahme zu den Kernfragen zu geben:

Wie ist das Leben in Eiderstedt heute?,
Welche Themen bestimmen das Leben, das Denken heute?,
Wo drückt der Schuh in Eiderstedt?,
Wie wird das Leben in Eiderstedt morgen aussehen?,
Wie wird unser Leben sich hier verändern?,
Welche Herausforderungen kommen auf uns zu?,
Welche Sorgen/Befürchtungen, welche Hoffnungen/Wünsche haben Sie?
(vgl. EIDERSTEDTER FORUM).

Dabei sprechen die Bürgermeister offen und ehrlich, aber auch nachdenklich über das Leben in ihren Gemeinden, den Tourismus und die Landwirtschaft, über den Wandel der Kulturlandschaft, den Verlust von Kaufmann, Bäcker und Gaststätte, das Vereinsleben und die immer länger werdenden Arbeitswege sowie über Zugereiste und Alteingesessene (vgl. EIDERSTEDTER FORUM). Die aus dem Film gewonnene Erkenntnis ist, dass der Großteil der Bürgermeister sich über die Folgen des demographischen Wandels bewusst ist und diesen aktiv gestalten möchte, um ihn als Chance für ihre Gemeinden zu nutzen. Der Grundgedanke und die Bereitschaft dies in einer Kooperation der Gemeinden zu ermöglichen, ist grundsätzlich bei den Bürgermeistern vorhanden. Es ist jedoch deutlich bemerkbar, dass das „Kirchturmdenken" nach wie vor vorhanden ist und man weiterhin an der Etablierung eines „Wir- Gefühls" arbeiten muss. Einige Bürgermeister merken an, dass das Fortbestehen ihrer Gemeinde in Abhängigkeit von anderen Gemeinden, wie St. Peter-Ording, Garding oder auch Tönning steht. Diese drei Gemeinden dienen als Unterzentrum und haben die Aufgabe, den Nachbargemeinden eine Grundversorgung zu gewährleisten.

Der Film dient der Gruppe als Informationsmaterial über die derzeitigen Verhältnisse auf der Eiderstedter Halbinsel. Das Material bietet eine Grundlage für eine gemeinsame Diskussion im Hinblick auf eine mögliche Erweiterung des „Regionalen Kooperationsprojektes" zu einer regionalen Vernetzung. Des Weiteren stellt der Film die Basis für ein späteres Gespräch zwischen den Bürgermeistern des Amtsbereiches Eiderstedt und der Projektgruppe „Zukunft auf dem Lande" dar.

4.4 Stärken und Probleme der Region

Eine Besonderheit der Region Eiderstedt, die gleichzeitig als Stärke genannt werden kann, ist ihre einzigartige Kulturlandschaft. Das Nordsee-Wattenmeer ist weltweit das größte zusammenhängende Wattgebiet, das im Jahr 2009 von der Welterbe-Kommission der UNESCO als Weltnaturerbe anerkannt wurde. Aufgrund des erholsamen Charakters der Naturlandschaft zieht es viele Touristen in die Region Eiderstedt. Bedingt durch die Dominanz des Tourismussektors, ist ein großer Teil der Eiderstedter Bevölkerung haupt- oder nebenberuflich im Bereich Tourismus tätig (vgl. EIDERSTEDTER FORUM | 2).

Der Tourismus sichert das Einkommen und die Beschäftigung in der Region; von 109.110 Einwohnern im Gebiet Nordsee Schleswig-Holstein sind 53.900 Personen im Bereich des Tourismus beschäftigt. Im Bundesdurchschnitt kommen pro Einwohner fünf Übernachtungen, im Land Schleswig-Holstein sind es acht, an der Westküste sind es 74 Übernachtungen pro Einwohner. Diese Zahlen verdeutlichen, welchen Stellenwert der Tourismus auch für die Region Eiderstedt hat (vgl. EIDERSTEDTER FORUM | 3).

Außerdem sorgt der Tourismus für eine gut ausgebaute und qualitativ hochwertige Infrastruktur (vgl. EIDERSTEDTER FORUM | 2). Hierbei ist insbesondere die soziale Infrastruktur zu benennen, die in den drei größten Orten St. Peter Ording, Garding und Tönning in

ausreichendem Maße vorhanden ist. Dort ist eine ausreichende ärztliche Versorgung, Schulen sowie Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jungendliche gewährleistet. Zusätzlich sind dort Senioreneinrichtungen vorhanden sowie Kliniken bzw. Rehabilitationskliniken in den Luftkurorten St. Peter Ording und Tönning. Als nachteilig erweist sich jedoch, dass es an Vernetzung der vorhandenen sozialen Strukturen fehlt, sodass kleinere Orte nicht von diesen Einrichtungen profitieren können.

Eine weitere Stärke umfasst das Vereinsleben in Eiderstedt, welches für die dörfliche Struktur wichtig ist. Dazu zählen unterschiedliche Sportvereine oder die örtliche freiwillige Feuerwehr. Ein solch ausgeprägtes Vereinsleben fördert die Lebensqualität und den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinde.

Als problematisch erweist sich die geringe Wahrscheinlichkeit der Unternehmensansiedlung. Aufgrund dessen muss sich die Region auf die vorhandenen Wirtschaftszweige, insbesondere den Tourismus stützen und diesen weiter stärken.

Ein weiteres Problem resultiert aus der Vielzahl an Gemeinden. Aus der kleinteiligen Verwaltung der Gemeinden resultiert eine gegenseitige Konkurrenz. Das im Vorwege beschriebene „Kirchturmdenken“ erschwert eine Konsensfindung und damit eine Kooperation zwischen den einzelnen Gemeinden sowie eine zukunftsfähige Entwicklung der Region.

Aufgrund der spezifischen geographischen und geschichtlichen Entwicklung weist die Halbinsel Eiderstedt soziale und strukturelle Besonderheiten auf. Die Selbstständigkeit Eiderstedts ist nicht nur im Vergleich zu Schleswig-Holstein, sondern auch innerhalb Eiderstedts zwischen den einzelnen Gemeinden spürbar. Bermerkbar macht sich dies unter anderem in der kleinteiligen Verwaltungsstruktur, die das “Kirchturmdenken” fördert. Diese Gegebenheiten beeinträchtigen die regionale Handlungsfähigkeit und die Möglichkeit zu Kooperationen, die den Strukturwandel positiv gestalten sollen.

5. Garding

Nachdem die Region Eiderstedt im Detail vorgestellt wurde, soll nun die Stadt Garding, als Handlungsort der Projektarbeit, näher betrachtet werden. Dazu wird unter anderem das Stadtentwicklungskonzept Garding, die Branchenanalyse der Stadt sowie ein Zukunftsszenario herangezogen. Ziel dieses Themenabschnittes ist ein konkretes Verständnis für die kleinräumliche Beschaffenheit der Stadt zu erlangen.

5.1. Stadtentwicklungskonzept Garding

Die Stadt Garding ist einer der ländlichen Zentralorte der Halbinsel Eiderstedt und beheimatet rund 2.500 Einwohner. Gelegen in einer wirtschaftlich schwachen Region, steht Garding vor der Herausforderung sich den gegenwärtigen Entwicklungen des demographischen und des Strukturwandels anzupassen beziehungsweise auf gesellschaftliche, wie wirtschaftliche Trends zu reagieren, um auch zukünftig wettbewerbs- und konkurrenzfähig zu bleiben. Das „Stadtentwicklungskonzept Garding", ausgearbeitet von Coast Consult, einer studentischen Unternehmensberatung an der Fachhochschule Westküste, nimmt sich dieser Probleme an und zeigt Handlungsfelder sowie konkrete Maßnahmen auf, um die Stadt auch zukünftig positiv zu positionieren (vgl. COAST CONSULT 2002: 1).
Im Folgenden werden die Ausarbeitungen Coast' Consults bezüglich des Stadtentwicklungskonzeptes Garding näher vorgestellt.

Mittels einer Analyse von vorhandenem Datenmaterial, Stadtbegehungen und allgemeinen Befragungen wurde eine Stärken- und Schwächenanalyse für Garding erarbeitet. Als Ergebnis ergaben sich die drei Zielfelder Garding als Wohnort, Garding als Tourismusort und Garding als Gewerbestandort. Weiterhin war die Stärken- und Schwächenanalyse Basis für die Durchführung eines Workshops, der von Coast Consult in Kooperation mit der Stadt Garding,

dem Gewerbeverein Garding, der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland aufgestellt wurde. Ziel des Workshops war es, konkrete Handlungsmaßnahmen beziehungsweise Zieldefinitionen für die Maßnahmen herzuleiten. Die Ergebnisse des Workshops bestanden als Grundlage für die Erarbeitung der Maßnahmen (vgl. COAST CONSULT 2002: 1).

Zu den allgemeinen Stärken Gardings zählen die zentrale Lage auf der Halbinsel sowie die Einbettung in eine attraktive Landschaft. Ebenso tritt das Stadtbild positiv in Erscheinung. Das wohltuende Meeresklima und der damit verbundene hohe Freizeit- und Erholungsstandard wird sowohl von den dort ansässigen Bewohnern, als auch von den Touristen geschätzt. Insbesondere für die Bewohner Gardings gehören die gute Grundversorgung und die Bildungseinrichtungen vor Ort, wie die Grundschule und die Kita zu den Stärken der Stadt. Ausreichende Parkmöglichkeiten und die Verkehrsanbindung Gardings zum einen durch die B5 sowie A23 und zum anderen durch den Schienenverkehr werden als gut bewertet; der Zustand Gardings als Durchgangsort stellt für die Bewohner dagegen eine Störung dar. Ebenfalls wird das Fehlen einiger Angebote, wie größere Textilgeschäfte, eine Diskothek oder das Fehlen von Fachärzten als negativ bewertet. Das nicht Vorhandensein von Geschäften und Institutionen führt zu einer Kaufkraftabwanderung nach Husum und Tönning. Eine weitere mögliche Ursache für die Kaufkraftabwanderung stellt die fehlende gemeinsame Vermarktung von Garding als „Einkaufszentrum“ dar. Gerade im Hinblick auf den Aspekt „Garding als Tourismusstandort“ sind ein unzureichendes Regionalmarketing sowie eine lückenhafte Ausschilderung von Einrichtungen nachteilig, problematisch ist zudem die saisonale Abhängigkeit (vgl. COAST CONSULT 2002: 2 - 8).

Die vier in dem Workshop entwickelten Zieldefinitionen beziehen sich auf die demographische Entwicklung beziehungsweise Einwohner, Wirtschaft, den Tourismus und die Politik (vgl. COAST CONSULT 2002: 12-15).
Die Zieldefinition„demographische Entwicklung beziehungsweise Einwohner“ beschäftigt sich

insbesondere mit den zwei inhaltlichen Schwerpunkten des Verhinderns der Abwanderung von Alleinstehenden und Familien sowie des Lösens der Nachfolgeproblematik. Letzteres befasst sich mit dem „Aussterben" des Gewerbes, aufgrund altersbedingten Ausscheidens des Firmeninhabers (vgl. COAST CONSULT 2002: 12).

Die Zieldefinition „Wirtschaft" beinhaltet Anforderungen an die Erhaltung des wirtschaftlichen Ist-Zustandes, der Standortsicherung beziehungsweise -förderung, der Erarbeitung eines Regionalplans sowie der Förderung der Gewerbeansiedlung (vgl. COAST CONSULT 2002: 13).

Die Zieldefinition „Tourismus" analysiert die Zielgruppen für Garding, sodass bezüglich derer Bedürfnisse die Angebote innerhalb der Stadt abgedeckt sind. Um Garding als Tourismusstandort bekannter und attraktiver zu machen, ist die Erarbeitung eines Regionalmarketings sowie eines Alleinstellungsmerkmals unerlässlich. Eine Informierung der Touristen über die Angebote im Ort durch eine verbesserte Beschilderung, führt ebenfalls zu einer Steigerung der Attraktivität (vgl. COAST CONSULT 2002: 14). Die letzte Zieldefinition „Politik" legt den inhaltlichen Fokus auf das Stärken der städtischen Eigenverantwortung, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung sowie eine Verbesserung und Ausweitung der regionalen- und überregionalen Kooperationen zwischen den unterschiedlichen Gemeinden und Ländern (vgl. COAST CONSULT 2002: 15).

Für die Realisierung der Zieldefinitionen wurden für jedes Handlungsfeld spezifische Maßnahmen und Umsetzungsschritte erarbeitet. So soll beispielsweise im Handlungsfeld „demographische Entwicklung beziehungsweise Einwohner" den Ansiedlungshemmnissen durch einen ständigen Vorrat an exklusivem und gut vermarktetem Bauland entgegengewirkt werden. Des Weiteren wird der Ausbau des kulturellen Angebots für die Bewohner sowie für die Touristen als eine weitere Maßnahme empfohlen. Ausgehend von den gegenwärtigen demographischen Entwicklungen und den Vorteilen, die Garding sich bei einem gut ausgebauten Gesundheitsnetz verschaffen könnte, wurde ein Neubau des Alten- und Pflegeheims Martje-Flohrs-Haus realisiert. Der Fachärztemangel in Garding stellt ein großes Problem für die Einwohner, aber auch für die Bewohner umliegender kleinerer Gemeinden,

die die Angebote der Stadt nutzen, dar. Daher genießt die Ansiedlung verschiedener Ärzte, gebündelt in einem Ärztehaus, hohe Priorität (vgl. COAST CONSULT 2002: 16-19).

Für die Zieldefinition „Wirtschaft" wird eine Vereinheitlichung der Ladenöffnungszeiten aller Betriebe in Garding sowie die Umgestaltung der Engestraße zur Fußgängerzone, zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt, empfohlen. Des Weiteren stehen Maßnahmen, wie eine ausreichende Beschilderung zu Park- und Einkaufsmöglichkeiten oder zur historischen Innenstadt, die Aufstockung der Gewerbeansiedlung sowie die Errichtung und Erweiterung von Angeboten für junge Leute und „Junggebliebene" im Fokus des Handlungsfeldes „Wirtschaft". Das Schlüsselelement zur Durchführung all dieser Maßnahmen liegt jedoch in der Vermarktung der Stadt. Mithilfe eines Regionalmarketings, in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, kann auf die Qualitäten des ländlichen Raumes oder in diesem Falle auf die Qualitäten Gardings aufmerksam gemacht werden (vgl. COAST CONSULT 2002: 20-25).

Bezüglich der Zieldefinition „Tourismus" wird unter anderem die Einführung eines Stadtmarketings, die Erarbeitung eines regionalen Veranstaltungskalenders sowie die Einführung der sogenannten „Mommsen-Tage" für Literaturinteressierte, befürwortet. Derartige Events würden das lokale Angebot für Touristen und Einwohner verbessern und die Lebens- und Aufenthaltsqualität in dem ländlichen Zentralort steigern. Aspekte wie eine „saubere und sichere Stadt" sind ebenfalls von Bedeutung. Dies sind Grundvoraussetzungen für einen angenehmen Aufenthalt (vgl. COAST CONSULT 2002: 26-31).

Für die Zieldefinition „Politik" wurden Maßnahmen wie die Schaffung einer zukunftsfähigen Verwaltung durch strukturelle und personelle Anpassungen sowie die Entwicklung eines „Kooperationskreises Eiderstedt", der zusammengesetzt ist aus Vertretern der verschiedenen Gemeinden, empfohlen. Zudem werden Maßnahmen wie die Privatisierung des E-Werkes und der Schule angeboten, was eine Entlastung des städtischen Haushalts bedeuten würde (vgl. COAST CONSULT 2002: 32-34).

Die Gesamtheit aller Zieldefinitionen sowie die dazu gehörigen Maßnahmen und Umsetzungsschritte ergibt das Stadtentwicklungskonzept Garding. Die Vielfalt und das Facettenreichtum der unterschiedlichen Maßnahmen für die Stadt bieten genügend Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Situation Gardings. Die Lebens- und Aufenthaltsqualität kann durch die Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes gesteigert sowie einen Mehrwert für die Nutzer geschaffen werden.

5.2 Analyse - Wirtschaftszweige Garding

Neben der Stärken- und Schwächenanalyse wurde ebenso eine Branchenanalyse durch die studentische Unternehmensberatung, Coast Consult, durchgeführt, auf dessen Ausarbeitungen sich der folgende Text stützt.

Garding verfügt über fast alle Einrichtungen und Funktionen eines Unterzentrums, es fehlt ausschließlich an Einzelheiten. Neben einer gut ausgebauten Grundversorgung, hat Garding über 130 Betriebe mit jeweils weniger als 50 Beschäftigten. Der tertiäre Sektor ist mit 75 Prozent am stärksten vertreten. Folglich sind die weiteren 25 Prozent Betriebe, die im Handwerk oder Ähnlichem tätig sind. Positiv zu benennen ist die Zunahme von Einrichtungen der Daseinsvorsorge innerhalb Gardings. Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel gewinnt der Gesundheitssektor zunehmend an Bedeutung. Dieser Aspekt ist ein klarer Vorteil für die Stadt, der die Chance einer Zuwanderung älterer Menschen, die auf ein gut ausgebautes Infrastrukturnetz angewiesen sind, denkbar macht. Weiter stellt sich die unmittelbare Nähe zu St. Peter-Ording, dem größten Tourismusstandort der Eiderstedter Halbinsel, als vorteilhaft für Garding dar. Abseits der Touristenhochburg kommen viele ruhesuchende Urlauber nach Garding, um dort dem stressigen Alltag zu entfliehen (vgl. COAST CONSULT 2002: 11).

5.3 Zukunftsszenario

Schleswig-Holstein zählte zu den Bundesländern, die in den vergangenen Jahrzehnten stets einen Zuwachs des Bevölkerungsbestandes verzeichnen konnten. So hatte Schleswig-Holstein im Jahre 1961 noch 2,329 Millionen Einwohner, in den 90er Jahren schon 2,626 Millionen und Ende 2007 mehr als 2,837 Millionen Einwohner. Am Jahresende von 2009 wurde erstmals ein leichter Bevölkerungsrückgang auf 2,832 Millionen Einwohner festgestellt. Ähnlich wie im Jahre 2009 werden die Bevölkerungszahlen Schleswig-Holsteins zukünftig weiter abnehmen. Dies belegt auch die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung für die Kreise und kreisfreien Städte des Landes, erstellt vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Für das Jahr 2020 wird eine Bevölkerungsabnahme auf 2,817 Millionen erwartet und im Jahre 2025 eine weitere Schrumpfung auf 2,789 Millionen Einwohner. Dies kommt einem Minus von etwa 43.000 Personen gegenüber dem Jahr 2009 gleich (vgl. STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG – HOLSTEIN 2011: 1 | 1).

Diese stark rückläufigen Prozesse sind Folgen einer negativen Bilanz aus Geburten und Sterbefällen. Hinzu kommen langfristig abnehmende Wanderungsgewinne. So belief sich der Wanderungssaldo (Zuzüge minus Fortzüge) im Jahre 2007 noch auf plus 10.000 und für das Jahr 2025 wird nur noch ein Plus von 7.000 pro Jahr erwartet. Ebenso wird der negative Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten minus Sterbefälle) sich ausweiten. Während der Saldo im Jahre 2009 noch bei minus 9.100 lag, wird im Jahre 2025 bereits mit einem Minus von 14.700 gerechnet (vgl. STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG – HOLSTEIN 2011: 1 | 1).

Im Folgenden soll nun der Kreis Nordfriesland und dessen zukünftige Bevölkerungsentwicklungen insbesondere betrachtet werden.

Wie in den meisten Kreisen Schleswig-Holsteins sind auch in dem Kreis Nordfriesland die Auswirkungen des demographischen Wandels spürbar. So wird sich der Bevölkerungsbestand Nordfrieslands von 165.771 aus dem Jahre 2009 auf 159.800 Einwohner in dem Jahr 2025 reduzieren (vgl. STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN 2011: 2 | 2).

Ähnliche Entwicklungen werden bei dem Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung erwartet. Der Kreis hat im Jahre 2010 bereits ein Minus von 590 und im Jahre 2025 wird ein Minus von 910 prognostiziert. Der Bevölkerungsbestand in Nordfriesland wird demnach insgesamt abnehmen. Zudem wird die Bilanz aus Geburten und Sterbefällen einen immer größeren negativen Wert annehmen (vgl. STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN 2011: 3 | 2).

Neben diesen Prozessen wird auch der Wanderungssaldo sinken. Es wird ein Wanderungssaldo von 300 für das Jahr 2025 prognostiziert, während dieser im Jahr 2010 noch bei 350 lag (vgl. STATISTISCHES AMT FÜR HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN 2011: 4 | 2).

Aus diesen Werten wird ersichtlich, dass sich in dem Kreis Nordfriesland in vielen Bereichen Schrumpfungsprozesse vollziehen werden, die sich auf das alltägliche Leben auswirken und Anpassungsmaßnahmen erfordern, um die Region positiv für die Zukunft zu positionieren sowie die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Die Schrumpfungsprozesse sind voneinander abhängig und können durch eine Abwärtsspirale dargestellt werden. Der Rückgang des Bevölkerungsbestandes zieht das Fehlen einer investitionsstarken Nachfrage nach sich. Liegt ein Rückgang der Nachfrage vor, so sinkt die Kaufkraft. Ohne Kaufkraft können keine Unternehmen existieren, was wiederrum zu Arbeitslosigkeit, Schließungen und letztendlich zu Leerstand von Gebäuden führt. Die Perspektivlosigkeit veranlasst viele, insbesondere junge Bürger, in die nächstgelegenen größeren Städte zu pendeln, sodass die Dörfer und kleinen Städte sich zu sogenannten

„Schlafstätten oder Schlafdörfer“ entwickeln, mit geringer sozialer Infrastruktur und Lebensqualität. Im schlimmsten Fall kann die geringe Wirtschaftskraft einer Region auch zu Fortzügen in wirtschaftsstärkere Gebiete führen.

Bezieht man die Daten und Zahlen auf die Stadt Garding, lässt sich erahnen, dass diese zukünftig ebenso mit strukturellen Veränderungen und Schrumpfungsprozessen konfrontiert sein wird. Aufgrund dessen ist es umso wichtiger schon frühzeitig Anpassungsmaßnahmen, bezüglich der sich wandelnden Bedingungen, durchzuführen, um die Stadt Garding auch in Zukunft attraktiv für die Bewohner zu gestalten und wettbewerbsfähig im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden auszurichten.

Um das Leben auf dem Lande wieder interessant zu gestalten, gilt es die Attraktivität der Dörfer sowie kleinen Städte zu steigern und die durch den demographischen und ökonomischen Strukturwandel herbeigeführten Funktionsverluste anzugleichen.

6. Masterplan Daseinsvorsorge

Die Einblicke in den ländlichen Raum, die Region Eiderstedt sowie die Stadt Garding zeigen Eindrücke der räumlichen Gegebenheiten als auch der Probleme und Potenziale des Forschungsraumes auf. Im Hinblick auf diese Erkenntnisse sollen im Folgenden regionale Konzepte und Anpassungsstrategien vorgestellt werden, die sich der Thematik der strukturellen Veränderungen annehmen.

Im Rahmen des Modellvorhabens “Region schafft Zukunft - Demografischer Wandel für Nordfriesland” wurde der Masterplan als innovatives Handlungskonzept entwickelt. Der Kreis Nordfriesland wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung wie auch vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung für das Modellvorhaben bestimmt.

Anfängliche Schritte zur Konzepterstellung wurden im Juli 2009 gemacht. Der Masterplan ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit verschiedener Ämter, Fachplanungen sowie Mitglieder gesellschaftlicher Institutionen des Kreises Nordfriesland. Ziel des Modellvorhabens ist es, Strategien zur Anpassung an demographische Veränderungen zu entwickeln sowie die Strukturen des Kreises Nordfriesland dauerhaft im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten. Finanziert wurde der gesamte Prozess sowie die Untersuchung der einzelnen Infrastrukturbereiche über das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (vgl. KREIS NORDFRIESLAND 2011: 6-9).

Im Zuge der Konzeptentwicklung wurden Rahmenbedingungen des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes untersucht und zudem Prognosen zur kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung erarbeitet. Die Voraussetzung für einen strukturierten Arbeitsablauf und damit für die Erarbeitung des Masterplans ist eine festgelegte Projektorganisation (vgl. KREIS NORDFRIESLAND 2011: 22, 28).

Der Hauptteil des Konzeptes setzt sich aus verschiedenen Themenbereichen zusammen. Darunter fallen die technische sowie soziale Infrastruktur, kulturelle Einrichtungen, Arbeitslosigkeit und Armut, Kinderbetreuung sowie Feuerwehr- und Rettungswesen. Am Ende jedes Kapitels zu dem jeweiligen Infrastrukturbereich werden die Aufgabenstellung und Zielsetzung, die Analyse der Versorgungssituation heute sowie die künftige Entwicklung der Versorgungssituation vorgestellt. Anschließend werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen und weitere, zukünftige Schritte empfohlen. Zusätzlich beinhaltet das Konzept Sonderthemen und Sonderuntersuchungen, die ebenfalls verschiedene Themenbereiche enthalten. Zu den Themen zählen die medizinische Versorgung, Nahversorgung, Bildung, Mobilität, Wohnbestände sowie bürgerschaftliches Engagement. Diese Aspekte wurden nicht mittels des methodischen Vorgehens des Masterplans untersucht, sondern lagen hier bereits Planungen für die Sonderthemen vor. Aufgenommen wurden diese Sonderthemen aufgrund ihrer Relevanz für die Daseinsvorsorge (vgl. KREIS NORDFRIESLAND 2011: 32,72).

Ein weiterer Bestandteil des Masterplans ist das Monitoring und die Evaluierung der Masterplanergebnisse. Ziel dessen ist die Bewertung der Ergebnisse und die Überprüfung des Umsetzungsstandes der empfohlenen Maßnahmen und der Zielerreichung. Des Weiteren werden die Handlungsfelder sowie der Gesamtprozess überprüft. Außerdem sollen in regelmäßigen Zeitabständen die Aktualität der Handlungsfelder und die Entwicklung der externen Faktoren beobachtet werden. Abschließend gibt das Konzept einen Ausblick auf die weitere Entwicklung und die dazugehörige Umsetzungsplanung. Geplant ist eine Partizipation der Bürger, beispielsweise in Form einer Bürgerwerkstatt. Ziel ist es, mittels des Masterplans regionale Impulse zu setzen und diesen in der kommunalen Verwaltung bekannt zu machen (vgl. KREIS NORDFRIESLAND 2011: 98-100).

Im Rahmen des P3-Studienprojektes "Zukunft auf dem Lande" ist der Masterplan Daseinsvorsorge in vielerlei Hinsicht von Bedeutung. Zum einen befindet sich die Region Eiderstedt beziehungsweise die Stadt Garding in dem vom Masterplan erfassten Kreis Nordfriesland. Zum anderen behandelt der Masterplan Daseinsvorsorge zum Teil die selben Themenbereiche auf die sich ebenfalls das Studienprojekt stützt, sodass sich inhaltliche Überschneidungen herausbilden. Das betrifft vor allem die sozialen Infrastrukturen, die die Basis des Studienprojektes bilden. Der Masterplan Daseinsvorsorge stellt somit eine gute Grundlage und ist gleichzeitig ein geeignetes Referenzbeispiel für studentische Projektkonzept.

7. Referenzbeispiele

Neben dem Masterplan Daseinsvorsorge werden anschliessend anhand der Referenzbeispiele Bildungscampus Tarp, MELANIE und Netzwerk Freisen weitere Ansätze für eine zukunfts- und tragfähige Entwicklungen des ländlichen Raumes aufgeführt.

7.1. Bildungscampus Tarp

Der Gedanke einen Mehrgewinn aus der Vernetzung von Angeboten und Akteuren zu erhalten, ist durchaus lukrativ. Auch die Gemeinde Tarp in Schleswig-Holstein machte sich diesbezüglich Gedanken. Mit dem Projekt „Bildungscampus Tarp" erhofft sich die Gemeinde die Rahmenbedingungen für eine langfristige, professionell gestaltete und auf gemeinsames, planvolles Handeln abzielende Vernetzung von bestehenden Bildungsangeboten zu initiieren (vgl. GEMEINDE TARP: 4). Anlass dieser Initiative ist, dass Bildung nicht nur im Verhältnis konkurrierender Nationalstaaten, sondern auch gerade im Verhältnis von Regionen zu einem wichtigen Standortfaktor wurde (vgl. GEMEINDE TARP: 3). Führt man diesen Umstand schließlich mit der bevorstehenden demographischen Entwicklung zusammen, wird Bildung zu einem entscheidenden Faktor für die Entwicklung der ländlichen Räume. Hierbei gilt es zu beachten, dass sich die Bildung nicht nur auf die Schulbildung fokussiert, sondern die Notwendigkeit eines lebenslangen, intergenerationellen und vernetzten Lernens von großer Relevanz ist. Um diese Notwendigkeiten in Tarp zu etablieren und zu stärken, diskutierte man offene Fragen, wie „Welchen Wert hat Bildung für die Gesellschaft, für die Wirtschaft und kommende Generationen?", aber auch „An welcher Stelle müssen wir Bildung ‚neu denken' und wo können neue Strukturen und Partnerschaften Vorteile bieten?". Aus den daraus gewonnen Erkenntnissen sind in einem zweiten Schritt nutzerorientierte Maßnahmen entwickelt worden, um die bestehenden Bildungsmöglichkeiten zu stärken als auch neue Möglichkeiten der Bildung zu schaffen (vgl. GEMEINDE TARP: 4).

Die Gemeinde Tarp ist ein zentraler Ort mit der Funktion als Unterzentrum. Damit obliegt der Gemeinde unter anderem eine überörtliche Versorgungsfunktion. Die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen oder auch Angeboten ist nur ein Beispiel ihrer Aufgaben (vgl. GEMEINDE TARP: 4). Mit den Versorgungseinrichtungen wird ein breites, facettenreiches Angebot abgedeckt. Derzeit besteht jedoch keine gebündelte koordinierte Ausrichtung der Bildungsangebote und somit keine einheitliche Organisationsstruktur. Das Konzept des „Bildungscampus Tarp"

zielt auf die räumliche Nähe der Institutionen zueinander ab, um inhaltliche Verknüpfungen durch eine kooperative Zusammenarbeit herzustellen (vgl. GEMEINDE TARP: 5). Zentrale Bausteine, um das Projekt auf den Weg zu bringen, sind unter anderem der Bildungsausschuss, Geschäftsführer, eine gemeinsame Identifikation und einheitliche Formalia beziehungsweise Rahmenbedingungen, ohne Aufgabe der Eigenständigkeit der Unternehmen. Der Bildungsausschuss soll hierbei eine Art Gremium bilden, in dem sich die Bildungsträger in einem regelmäßigen Abstand treffen, um sich auszutauschen und neue Ideen zu entwickeln. Dem Geschäftsführer hingegen obliegt die Aufgabe die Verwaltung des Zusammenschlusses zu übernehmen, die Pressearbeit zu koordinieren und als Ansprechpartner zu dienen. Unter einer gemeinsamen Identifikation versteht man ein gemeinsames Motto, welches durch eine Internetpräsenz unterstützt und den Bildungscampus in die öffentliche Wahrnehmung rücken soll. Die einheitlichen Rahmenbedingungen sollen es den Nutzern ermöglichen ohne große Probleme Angebote und Räumlichkeiten einer anderen Institution zu nutzen.

Vergleicht man das Referenzbeispiel Tarp mit der Stadt Garding finden sich in beiden Gemeinden strukturelle Parallelen. Neben einer guten Grundversorgung in allen Bereichen, besteht eine hohe Kooperationsbereitschaft, um eine Entwicklung der Gemeinden voranzutreiben und somit ein gutes Angebot für die Region zu schaffen.

7.2. MELANIE

Das saarländische Ministerium für Umwelt begegnet der demographischen Entwicklung mit dem Leitprogramm "Melanie". Dabei stellt "Melanie" die Abkürzung von dem "Modellvorhaben zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch innerörtliche Entwicklung" dar. Eine Stärkung der Ortskerne steht bei diesem Modellprojekt im Vordergrund. Durch das Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft werden innovative Ansätze und kreative Lösungen gefördert. So sollen Vorbilder und Leitprojekte auch für andere Dörfer und Gemeinden geschaffen

werden. Das bürgerschaftliche Engagement und die Kooperation mit den Gemeinden gelten als essentielle Grundpfeiler erfolgreicher Bemühungen und werden daher gezielt angesprochen. Zahlreiche Kommunen werden bereits durch das Programm "Melanie" unterstützt. Darunter finden sich unter anderem innovative Konzepte wie "Pink - Projekt zur Integration Jugendlicher auf der Kommunalebene", bei dem Kinder und Jugendliche in die Weiterentwicklung ihres Lebensraumes eingebunden werden. So soll erreicht werden, dass eine verwurzelnde Identifizierung mit dem Geburtsort geschaffen wird, um eine langfristige Bindung aufzubauen. Auch Public-Private-Partnership Projekte, Vereinsentwicklungskonzepte und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit leerstehenden öffentlichen Gebäuden sind von dem Leitprojekt "Melanie" initialisiert worden (ARGUS CONCEPT GMBH 2011, MINISTERIUM FÜR UMWELT SAARLAND 2007).

7.3 Netzwerk Freisen

Das Modellprojekt "Netzwerk Freisen" stellt eine weitere Referenz dar. Die Gemeinde Freisen hat dieses Projekt beauftragt und eine Förderung durch das saarländische Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen des Leitprojektes "Melanie" erwirken können. Der demographische Wandel stellt auch innnerhlab dieswer Region den Anlass zu dem Handlungsbedarf dar. In diesem Falle beziehen sich die Bemühungen vor allem auf kleinere Gemeinden im Saarland. Das Projekt "Netzwerk Freisen" versucht lokale Netzwerke innerhalb der Gemeinde zu bilden, die sich den aus dem Wandel resultierenden Herausforderungen stellen soll. Neue Entwicklungsimpulse für eine nachhaltige und zukunftstorientierte Gemeindeentwicklung sollen so gesetzt werden. Bestehende Dorf- und Vereinsstrukturen sollen helfen eine enge und unbürokratische Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt, örtlichen Unternehmern, der Verwaltung, Bevölkerung sowie den Bildungsträgern zu fördern und auszubauen. Als Oberziel des Projektes wird die Festigung und Entwicklung des Status als attraktive Gemeinde im ländlichen Raum genannt. Hierfür wurden vier Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen thematischen

Ausrichtungen gegründet. Eine ständige Begleitung durch ein Fachbüro und einem Vertreter der Gemeindeverwaltung galt als Voraussetzung. Ein dokumentierender Internetauftritt war Teil der begleitenden umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit, die ebenso regelmäßige Zeitungs- und TV-Berichte beinhaltete. Das Projekt wurde von einer Lenkungsgruppe begleitet, die sich aus Vertretern des Umweltministeriums, der Gemeindeverwaltung, des Planungsbüros und den Sprechern der Arbeitsgruppen zusammensetzte. Die Laufdauer des Projektes war zunächst auf zwei Jahre angelegt, wurde jedoch bald um ein weiteres Jahr bis 2009 verlängert.

Die Gemeinde Freisen hat laut eigenen Angaben wesentliche Impulse durch das große bürgerschaftliche Engagement setzen können und gilt als eines der erfolgreichsten Referenzprojekte. Auch heute noch werden in der Gemeinde Freisen kreative Projekte unter großer Beteiligung aus der Bevölkerung entwickelt (ARGUS CONCEPT GMBH 2011, MINISTERIUM FÜR UMWELT SAARLAND 2007).

8. Zwischenfazit

Das Projekt beschäftigt sich bis zu diesem Punkt des Projektberichtes mit ländlichen Strukturen sowie mit der Problematik des Strukturwandels. Betrachtet wurden der Strukturwandel und dessen Auswirkungen auf die Lebensqualität im ländlichen Raum. Der Strukturwandel hinterlässt in vielen Bereichen markante Veränderungen. Davon betroffen sind besonders die Bereiche Nahversorgung, Mobilität und Bildung. Speziell im ländlichen Raum führt dies zu Versorgungslücken und maßgeblichen Problemen.
In diesem Zusammenhang wurde die Region Eiderstedt untersucht. Im Hinblick auf das Konzept wurde die Struktur der gesamten Region sowie die der Stadt Garding analysiert, um somit die Stärken und Schwächen herauszufiltern. Diese Stärken-Schwächen-Analyse hatte den Zweck die Probleme sowie die möglichen Potenziale aufzuzeigen und sie ins Konzept aufzunehmen, um gezielte Handlungsempfehlungen zu formulieren.

Ein besonders sichtbares Problem ist die Verschiebung der Altersstrukturzusammensetzung. Das bedeutet, dass die Anzahl der älteren Menschen in der Bevölkerung Eiderstedts zunimmt, während die Menschen im erwerbsfähigen Alter aufgrund von fehlenden Arbeitsplätzen aus der Region abwandern. Mit abnehmenden Bevölkerungszahlen entstehen Lücken im Versorgungsnetz. Davon sind besonders die kleinen Gemeinden auf Eiderstedt betroffen. Schulen müssen fusionieren um weiter existieren zu können, Zwangsmobilität nimmt zu und in den Gemeinden fehlt es an sozialer Infrastruktur. Folglich veröden die Dörfer zu Schlafstätten.
Die genannten Probleme finden sich nicht nur auf der Halbinsel Eiderstedt, sondern lassen sich auf den gesamten ländlichen Raum beziehen. Aus diesem Grund gibt es bereits verschiedene Förderprogramme und Konzepte die sich mit diesen Problemen auseinandersetzen. Mit einigen dieser Programme und Konzepte wurde sich innerhalb des Projektes befasst. Teilbereiche dieser Programme werden auf die Region Eiderstedt bezogen und dienen als Ansatz für die Konzepterstellung.
Der Fokus der Projektarbeit liegt auf der Stadt Garding. Die vorangegangene Analyse zeigt, dass die Stadt Garding trotz der beschriebenen Probleme und Folgen des Strukturwandels, eine relativ strukturstarke Stadt ist. Garding verfügt über eine ärztliche Grundversorgung, ein ausreichendes Angebot an Einzelhandels- und Bildungseinrichtungen sowie über eine gut ausgebaute Infrastruktur bezüglich der Altenpflege und der Betreuung behinderter Menschen. Hier liegt ein Potenzial, welches im folgenden Verlauf der Projektarbeit zu nutzen ist.
Die Ergebnisse der Analyse zeigen die Probleme und Potenziale, die für das Konzept aufgegriffen werden müssen und bieten einen Ausblick auf das nachfolgende Konzept.
Schlussfolgernd soll das Konzept auf diese Strukturen aufbauen. Grundlage des Konzeptes ist somit die Erhaltung und Stärkung der sozialen Infrastruktur im Forschungsgebiet Garding. Der Gedanke, dem das Konzept folgen soll, ist, durch Verknüpfung der einzelnen Institutionen, das Fortbestehen und den Erhalt der vorhandenen Institutionen zu sichern. Die Stärkung des sozialen Angebotes soll sich positiv auf die Lebensqualität der Bewohner Gardings als auch der Region auswirken. Ausgehend von Garding soll sich diese Entwicklung und Verknüpfung in die gesamte Region Eiderstedt erstrecken.

9. Erste Projektidee - "Campus Garding"

Während im vorangegangenen Teil des Projektberichtes das Forschungsgebiet analysiert wurde, werden im Folgenden die ersten Ansätze, der Anlass, die Vorstellung, Akteure sowie Bedürfnisse und Erwartungen des Amtes Eiderstedt bezüglich des Projektes "Campus Garding" präsentiert. Anzumerken ist, dass diese Inhalte die Ideen des Amtes Eiderstedt darstellen und nicht von der Studierendengruppe erarbeitet wurden.
Diese Daten und Informationen bilden die Grundlage für die Weiterentwicklung des Projektes "Campus Garding" zu dem Studienprojekt "das Regionale Kooperationsprojekt". Aufgrund dessen wird ausschließlich in dem Abschnitt "Erste Projektidee - "Campus Garding"" der Arbeitstitel "Campus Garding" verwendet. Im übrigen Projektbericht wird das Projekt mit dem Begriff des "Regionalen Kooperationsprojektes" bezeichnet.

9.1 Anlass

Der Anlass für die Entstehung der Idee „Campus Garding" lässt sich in zwei Kategorien einteilen, ortsspezifisch und strukturell.

Unter Letzterem versteht man Aspekte wie Nahversorgung, Daseinsvorsorge, Mobilität und demographischer Wandel. Wie bereits im Vorwege ausführlich dargestellt, bringt der demographische Wandel eine Vielzahl von strukturellen Veränderungen, besonders im ländlichen Raum, mit sich. Auf diese Veränderungen wird versucht zu reagieren. Ein Versuch der Reaktion auf die Veränderungen ist das Projekt „Campus Garding", welches Aspekte wie Nahversorgung und Daseinsvorsorge aufgreifen möchte (vgl. BIERMANN; LORENZEN 2010).

Ein weiterer Anlass, der direkt ausschlaggebend für die Entstehung der „Campus-Idee" verantwortlich ist, ist das Drogenproblem der Gardinger Jugend. Unter den Jugendlichen der

Gemeinde Garding findet ein Konsum von Drogen statt, das heißt ein Verkauf und Einkauf von Drogen im Stadtpark Gardings, der zwar bekannt war, gegen den jedoch bislang nicht vorgegangen wurde. Dieses Drogenproblem veranlasste eine Reaktion der Stadtverwaltung, die folglich in einer Präventionsrunde mündete. In dieser Runde fand eine offene Analyse und Aufdeckung sowie eine direkte Benennung der Verantwortlichen für die Drogenverbreitung statt. Ziel der Runde war die Erkenntnis darüber: Wer macht was? Wie macht er es? Wann macht er es? Wo macht er es? Das Ergebnis sollte eine Zusammentragung von Daten sein sowie die Antwort auf die Frage: Wie können wir uns selbst stärken?

Die Idee „Campus Garding" ergab sich folglich als eine Ableitung aus der Präventionsrunde, da man gemerkt hat, dass man durch eine Zusammenarbeit und Vernetzung viel mehr erreichen und gezielter vorgehen kann. Dieser Nutzen, der daraus gezogen wurde, war der Anstoß für das Kooperationsprojekt „Campus Garding" (vgl. BIERMANN; LORENZEN 2010).

9.2 Vorstellung

Das Projekt „Campus Garding" charakterisiert sich durch einen Zusammenschluss von sozialen und kulturellen Einrichtungen, die in der Stadt Garding bereits vorhanden sind. Unter dem Arbeitstitel „Campus Garding" soll eine Zusammenarbeit und Vernetzung der bestehenden Liegenschaften, die sich in unmittelbarer Nähe zueinander befinden, entwickelt und gestärkt werden. „Campus Garding" bildet Treffpunkte für alle Generationen der Gemeinde beziehungsweise der Region Eiderstedt (vgl. AMT EIDERSTEDT 2010).
Grundlage der Projektidee ist ein Vier-Stufen-Modell. Die erste Stufe des Modells beinhaltet zunächst den gemeinsamen Wiedererkennungswert wie auch die Identifizierung mit dem Projekt. Im nächsten Schritt folgt die Vernetzung der einzelnen sozialen Netzwerke. Elementar hierfür ist eine qualifizierte Datengrundlage. Die dritte Stufe beschäftigt sich mit der Nachnutzung bestehender Liegenschaften sowie der Revitalisierung von Flächen wie

beispielsweise dem Gardinger Stadtpark. Die Zusammensetzung dieser Stufen soll letztendlich in einer vierten Stufe münden. Diese vierte und letzte Stufe stellt die Umsetzung der Idee in einem professionellen Verantwortungsbereich dar (vgl. AMT EIDERSTEDT 2010).

Anhand dieses Modells sollte die Projektidee des Amtes Eiderstedt ausgearbeitet und realisiert werden. Durch die unterschiedlichen Arbeitsphasen lässt sich die Projektarbeit gut strukturieren und somit auch kontrollieren.

9.3 Akteure

Das Projekt "Campus Garding" zeichnet sich in erster Linie durch die Arbeit und das Engagement der Akteure und Institutionen aus. Eine Zusammenfassung und kurze Vorstellung der einzelnen Akteure folgt in diesem Abschnitt.

Das Amt Eiderstedt ist eine Gebietskörperschaft, mit Sitz in der Stadt Garding. Zu den Kunden des Amtes zählen die Bürgerinnen und Bürger der Region Eiderstedt. Das Amt beschäftigt um die 45 Leute. In allen 16 amtsangehörigen Gemeinden sowie der Stadt Tönning finden sich ca. 300 Mitglieder. Zu den Aufgaben des Amtes zählt die Erbringung sämtlicher Verwaltungsleistungen für die Gemeinden wie auch die Koordinierung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Zusätzlich verfügt das Amt Eiderstedt über einen Sitzungssaal, der im Hinblick auf das Projekt als

Abbildung 29: Amt Eiderstedt

Veranstaltungsräumlichkeit genutzt werden könnte. Aufgrund seiner Funktion stellt das Amt Eiderstedt einen wichtigen Akteur und Kooperationspartner im Rahmen von "Campus Garding" dar (vgl. ANDRESEN 2011).

Die Stadt Garding ist nicht nur Kooperationspartner, sondern auch die Gründungsstätte des Projektes. Als Ausgangsort einer regionalen Zusammenarbeit wird die Stadt von ihrem Bürgermeister Ranjet Biermann vertreten.

Abbildung 30: Stadt Garding

Der Schulverband Eiderstedt entstand 2009 aus dem Zusammenschluss der Gemeinden des Schulverbandes Garding und der Gemeinden St. Peter-Ording, Tating und Tümlauer-Koog und umfasst damit 13 der 16 Gemeinden des Amtes Eiderstedt. Der Schulverband Eiderstedt ist Träger der Grundschule in Tetenbüll, der Theodor-Mommsen-Schule in Garding, sowie der Utholmschule und der Nordseeschule - Gymnasium mit Regionalschulteil - in Sankt Peter-Ording. Dem Schulverband unterliegen somit etwa 1200 Schüler. Aufgabe des Verbandes ist die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen, die Organisation der Schülerbeförderung wie auch die Trägerschaft für die offene Ganztagsschule. Eine besonders schwierige Aufgabe ist die Schulentwicklungsplanung, die aus den demographischen Entwicklung auf Eiderstedt resultiert (vgl. AMT EIDERSTEDT | 4).

Die Theodor-Mommsen-Schule ist eine in Garding liegende Realschule mit Grund- und Hauptschulteil. Die Schülerinnen und Schüler kommen aus der Stadt Garding und den umliegenden Gemeinden. Ziel der Schule ist die vielfältige Förderung aller Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung ihrer individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten. Geprägt wird das Bild der Theodor-Mommsen-Schule insbesondere durch ein vielfältiges

Angebot außerschulischer Aktivitäten im sportlichen und berufsfördernden Bereich. Seit ungefähr drei Jahren gibt es an der Theodor-Mommsen-Schule das Programm „Insel", deren Träger ist der Schulverband Eiderstedt. Im Rahmen dieses Programmes wurde eine pädagogische Fachkraft eingestellt, die sich schwerpunktmäßig um Schülerinnen und Schüler kümmert, die störend im Regelunterricht auffallen. Finanziert wird das Programm über den Kreis Nordfriesland, die Institution Kompass gGmbH und den Schulverband. Zusätzliche Unterstützung erfährt die Schule durch den Förderverein der Theodor-Mommsen-Schule Garding e.V. (vgl. THEODOR-MOMMSEN-SCHULE GARDING).

Abbildung 31: Theodor-Mommsen Schule Garding

Die Kompass gGmbH ist ein Tochterunternehmen des Diakonie-Verbundes Eisenach GmbH und wurde 1999 gegründet. Das "g" im Namen steht für "gemeinnützig". Die Firma ist zudem Mitglied im Diakonischen Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen e.V. Das Angebot der Kompass gGmbH besteht unter anderem aus Suchtberatung, ambulant betreutem Wohnen und Tagespflege (vgl. KOMPASS GGMBH).

Die Bücherei Garding gehört zu der Theodor-Mommsen Schule und ist ebenfalls ein Mitglied des Projektes.

Der Evangelische Kindergarten Garding ist Akteur des Projektes und liegt unmittelbar zwischen der Theodor-Mommsen Schule und dem Marienstift Garding. Zwischen dem Marienstift und dem Kindergarten besteht bereits eine Kooperation. Die Kinder nehmen ihr Mittagessen in der Einrichtung des Marienstift zu sich, was den Kindern die Kontaktaufnahme mit den Bewohnern des Marienstifts ermöglicht und so eventuelle Barrieren schon frühzeitig abgebaut werden (vgl. CONRAD 2010).

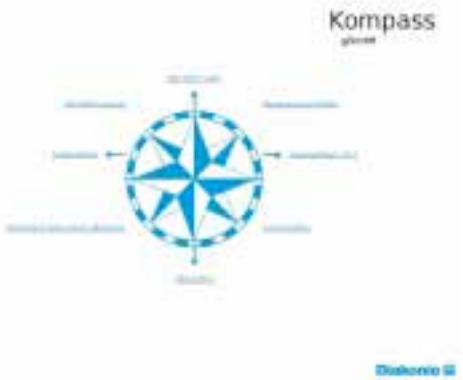


Abbildung 32: Logo der Kompass gGmbH

Das Alten- und Pflegeheim Martje-Flohrs Haus Garding sowie das Marienstift Garding sind soziale Einrichtungen der Sankt Christian Diakonie Eiderstedt. Gegründet wurde die Gesellschaft im Jahre 2003 von der Stiftung Diakoniewerk Kropp und dem Kirchenkreis Eiderstedt. Ziel ist die Sicherung diakonischer Angebote als Profilelement der Kirche auf Eiderstedt. Sankt Christian vereinigt verschiedene Einrichtungen, die sich, je nach Spezialisierung, auf die stationäre und ambulante Pflege konzentrieren. Darunter das Martje-Flohrs-Haus mit 48 stationären Plätzen, eingebunden in Hausgemeinschaften, und das Marienstift mit 30 stationären Plätzen für geistig und körperlich behinderte Menschen (vgl. STIFTUNG DIAKONIEWERK KROPP).

Abbildung 33: Marienstift Garding

Abbildung 34: Martje-Flohrs Haus Garding

Die Kirche beziehungsweise die Kirchengemeinde St. Christian ist ein weiterer Akteur des Kooperationsprojektes. Die Kirche liegt auf der höchsten Erhebung der Landschaft Eiderstedts und befindet im Zentrum der Stadt Garding. Das etwa im Jahre 1109 erbaute Gebäude bildet den Mittelpunkt Gardings und ist ein touristischer Anlaufpunkt. Die Kirchengemeinde St. Christian besitzt ein vielfältiges Angebot an Aktivitäten. Eines dieser Angebote ist die Kirchenmusik St. Christian, darunter der Kirchenchor St. Christian Garding, der derzeit 34 Mitglieder unterschiedlichen Alters zählt (vgl. TOURISMUS ZENTRALE EIDERSTEDT E.V.).

Abbildung 35: St. Christian Kirche Garding

Das Jugendzentrum Garding ist eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche aus Garding sowie aus den umliegenden Gemeinden. Träger der Einrichtung ist die Stadt Garding. Finanziert wird das Jugendzentrum über die Stadt Garding und über acht Umlandgemeinden. Genutzt wird die Einrichtung von Kindern und Jugendlichen ab 7 Jahren. Insgesamt beschäftigt sind dort ein Haupt- und ein Ehrenamtlicher, der Bedarf nach ehrenamtlichen Mitarbeitern besteht. Aufgabe der Mitarbeiter ist die offene Jugendarbeit und die Durchführung kleiner Projekte für die Kinder. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Förderung sozialer Kompetenzen. Die Einrichtung

bietet den Kindern und Jugendlichen einen Platz zum Entspannen, gemeinsamen Spielen und Reden. Das Jugendzentrum verfügt über eine Fläche von rund 145 Quadratmetern sowie über einen Sportplatz. Es bestehen bereits Kooperationen mit der Theodor-Mommsen Schule und dem Kindergarten beziehungsweise dem Hort. Die bestehenden Kooperationen könnten im Rahmen des Kooperationsprojektes weiter ausgebaut werden (vgl. FRÖHLICH 2011).

9.4 Bedürfnisse und Erwartungen

Ziel des Projektes ist es vor allem, einen gewissen Mehrwert für die Stadt Garding selbst zu schaffen, aber auch für die gesamte Region Eiderstedt. Das heißt, das Projekt soll der gesamten Region nutzen und einen positiven Einfluss auf andere Gemeinden haben, sodass diese ebenfalls einen Vorteil durch ein solches Projekt erhalten. Da man den sich bereits vollziehenden Strukturwandel im ländlichen Raum nicht aufhalten kann, soll das Projekt dazu dienen, diesen positiv zu gestalten sowie gleichzeitig die Lebensqualität in der Region zu erhalten und auch zukünftig zu sichern, sodass das Leben auf dem Land weiterhin attraktiv bleibt. Das Projekt soll die vorhandenen Strukturen Gardings wie auch der Region stärken und gegebenenfalls im Hinblick auf die Zukunft weiterentwickeln (vgl. BIERMANN/ LORENZEN 2010).

Es soll ein Entwicklungsprozess angetrieben werden, der bewirkt, dass das Projekt dauerhaft personell tragbar und finanzierbar bleibt. Zudem sollen, durch eine vielfältigere und durchmischte Nutzung der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten, Synergieeffekte hervorgerufen werden, die folglich eine mögliche Senkung bestimmter Kosten nach sich ziehen. Des Weiteren soll das Projekt neue Angebote für die Bevölkerung schaffen und somit das „Wir-Gefühl" der Gemeinde stärken (vgl. BIERMANN/ LORENZEN 2010).

Eine Erwartung an das Projekt ist die Wahrnehmung und Vernetzung unterschiedlicher Institutionen und Einrichtungen. Ein Angebot an vielfältiger Beratung, sozialer Kompetenz und

Kommunikation soll einen großen Beitrag zur Bereicherung des Alltags der Bewohner leisten. Gewünscht ist eine reger Austausch und damit die Entstehung eines starken Sozialgefüges. Die Vision hinter dem Projekt„Campus Garding“, ist die Schaffung eines generationsübergreifenden Treffpunktes und durch Interaktion der bestehenden Institutionen (vgl. BIERMANN/ LORENZEN 2010).

Zudem sieht die Projektidee die Nutzung vorhandener Liegenschaften vor, beispielsweise die des Schulverbandes Eiderstedt oder der Stadt Garding. Vorhandene Ressourcen sollen entdeckt und genutzt werden.

An die genannten Erwartungen knüpft sich das Bedürfniss einer selbsständigen Organisationsstruktur. Dazu zählt unter anderem die Schaffung einer eigens beauftragten, professionellen Projektstelle. Die Idee hinter einer solchen Stelle ist die Vernetzung und Begleitung der beteiligten Akteure und Institutionen. Zusammenfassend soll eine selbsttragende Struktur und eine funktionierende Arbeitsebene entstehen, die das Projekt nachhaltig und dauerhaft trägt (vgl. BIERMANN/ LORENZEN 2010).

Zusätzlich bedarf das Projekt einer Corporate Identity. Damit soll der Wunsch nach einer gemeinsamen Identität und Vebundenheit sowie nach einem Zusammenhalt auch sichtbar verwirklicht werden. In diesem Zusammenhang bedarf es zudem der Überlegung, ob der Name “Campus Garding” einen passenden Arbeitstitel darstellt und ob er den Gedanken verdeutlicht, der hinter dem Namen steht.

Im Verlauf der studentischen Projektarbeit soll geklärt werden, wie derartige soziale und kulturelle Infrastrukturen im ländlichen Raum gesichert und weiterentwickelt werden können sowie inwieweit die Erwartungen der Akteure an das Projekt realisierbar sind.

10. Arbeit vor Ort

Da man im bisherigen Projektverlauf ausschließlich mit dem Akteur Amt Eiderstedt kooperierte, ist es jetzt daran, die übrigen Akteure des "Regionalen Kooperationsprojektes" sowie die zukünftigen Nutzer, die Bewohner Eiderstedts, kennen zu lernen. Anhand unterschiedlicher Kommunikationskanäle und Methoden sollen die Erwartungen und Wünsche der einzelnen Mitglieder in Erfahrung gebracht werden.

10.1 Bürgerbefragungen

Im Rahmen einer Ortsbesichtigung der projektrelevanten Ortschaften in der Region Eiderstedt, hat die Projektgruppe eine Bürgerbefragung durchgeführt. Ziel der Bürgerbefragung war es nicht, eine quantitative Erhebung zu erstellen, vielmehr sollte zunächst ein Eindruck über die Funktionen und Probleme der einzelnen Orte gesammelt werden. Die Befragungen wurden im Dezember 2010 durchgeführt, zu dieser Zeit herrschten hohe Minusgrade, daher waren wenige Personen in den Orten anzutreffen. Trotz der schlechten Witterungsverhältnisse konnte die Projektgruppe 15 Personen befragen. Die Interviews dauerten zwischen fünf und zehn Minuten. Einige Befragte zeigten großes Interesse und haben umfangreich auf die Fragestellungen geantwortet.

Die erste Frage sollte beantworten, ob die Befragten in Garding oder der Umgebung wohnen und ob sie einheimisch oder hinzugezogen sind. Alle Befragten waren einheimisch oder schon vor über 20 Jahren hinzugezogen.

In einer weiteren Frage sollten die befragten Personen beschreiben, was sie mit Garding und der Region Eiderstedt verbinden. Die Antworten auf diese Frage waren überwiegend positiver Natur. Die meisten Befragten benannten die schöne Landschaft und Natur, die Nähe zum Meer und die Qualitäten als Freizeit und Erholungsstandort.

Zudem sollten die Teilnehmer der Befragung erläutern, ob es Defizite in Garding gibt und, ob ihnen etwas fehlt. Auf diese Frage hin wurde mehrfach ein Mangel an Fachärzten benannt. Weitere Nennungen waren fehlende Ausbildungsmöglichkeiten, Einrichtungen für Jugendliche sowie ein unzureichendes Angebot an Textilwaren.

Des Weiteren sollten die Befragten den öffentlichen Personennahverkehr in der Region Eiderstedt bewerten. Die Befragten nutzen überwiegend einen PKW und sind somit nicht auf den ÖPNV angewiesen, dennoch wurde eine geringe Taktung bemängelt. Insbesondere für Kinder und Jugendliche ist die geringe Taktung ein Problem, da sie auf den ÖPNV als Verkehrsmittel angewiesen sind, um zu den Schulstandorten zu gelangen. Zusätzlich sind die Bahnen morgens sehr stark überfüllt. Weiterhin ging aus den Befragungen hervor, dass einige Orte nur mangelhaft mit dem ÖPNV erschlossen sind.

In dem nächsten Schritt sollten Eindrücke zu den Auswirkungen des Strukturwandels geschildert werden, in Bezug auf Defizite in der Nahversorgung, ausreichendes Ausbildungsangebot sowie der Ersichtlichkeit der Altersstrukturveränderung. Auf die Fragestellung wurde mehrfach geantwortet, dass es ein Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten gibt. Nach Abschluss der Schule gäbe es kaum berufliche Perspektiven innerhalb der Region. Aufgrund dieser Gegebenheit wandern viele junge Menschen ab und eine immer älter werdende Bevölkerung bleibt zurück.

Als letztes sollten die Befragten beantworten, ob Garding als regionales Zentrum dient. Die Antworten haben ergeben, dass Garding nicht allein als Zentrum fungiert. Neben Garding sind St. Peter Ording und Tönning ebenfalls als wichtige Orte benannt worden.

10.2 Akteursinterviews

Im Zuge der Projektwoche besuchte die P3 Gruppe vom 15. bis 16. Dezember 2010 die Stadt Garding. Der Besuch diente der persönlichen intensiven Kommunikation und des Austauschens

mit dem Amt Eiderstedt, den Akteuren sowie den Bürgern. Die Terminabsprachen mit vier Initiatoren des "Regionalen Kooperationsprojektes" übernahm das Amt Eiderstedt im Vorfeld des Besuches. Es wurden Fragenkataloge, ähnlich wie bei den Interviews mit den Bürgern, erstellt.
Einige Wochen zuvor gab es bereits ein Kennenlern-Treffen mit persöhnlichen Rundgängen durch die jeweiligen Räume der Institutionen. Somit wurde nun die intensive Arbeitsphase mit den Akteuren begonnen.

Die Fragen zielten darauf ab in Erfahrung zu bringen, welche Ansprüche und Anforderungen die jeweiligen Institutionen an das Projekt haben und welchen Beitrag sie dazu beisteuern können. Die Klärung der Organisationsstruktur sowie die Ausgestaltung der einzelnen Kooperationen zwischen den Institutionen waren von großer Bedeutung. Die Definition von möglichen Aufgaben der einzelnen Akteure sollte besprochen werden. Zudem sollte die Angemessenheit des vormaligen Arbeitstitels "Campus Garding" diskutiert werden.

Das Jugendzentrum, unter der Leitung von Frau Ute Fröhlich, ist die einzige soziale Einrichtung für Jugendliche in Garding. Die Einrichtung betreut Jugendliche im Alter von 8-17 Jahren. Sie bietet Freizeitangebote wie Kickerturniere und die Filmenacht an. Des Weiteren stehen verhaltensauffällige Jugendliche unter pädagogischer Betreuung. Es bestehen Vernetzungen mit dem Hort und der Grundschule aus Garding. Durch den Wegfall der Sekundarstufe 1 und der Umsetzung der Schüler nach St. Peter-Ording ist die tägliche Erreichbarkeit für ältere Jugendliche erschwert und fordert aufwendigere Anfahrten zum Jugendzentrum (vgl. FRÖHLICH 2010).

In Bezug auf die Frage möglicher Kooperationen äußert Frau Fröhlich die Idee, das Jugendzentrum mit dem Altenheim, dem Martje-Flohrs-Haus, zu verbinden. Dabei könnte ein Generationsaustausch stattfinden und beispielsweise Spielenachmittage mit Kindern und Senioren organisiert werden.

Organisationstechnisch müsse das Jugendzentrum eng mit dem Gelände des Kooperationsprojektes vernetzt werden. Die Einrichtungen sollen mit den etwaigen Flächen wie dem Obstgarten, der Basketballplatz, der Sportplatz, die Reit- und Sporthalle verbunden werden.
Der Musikverein mit seinen regelmäßigen Festen, wie dem Weihnachts- oder Sommerfest, könne als Ort für die Öffentlichkeitsarbeit dienen. Des Weiteren wäre es erstrebenswert, die Streetworker landesweit zu vernetzen, um Erfahrungsberichte auszutauschen (vgl. FRÖHLICH 2010).

Die Kirchengemeinde um Pastor Knippenberg stellt eine wichtige Institution im Raum Garding dar. Die Kirche fungiert teilweise als Finanzgeber des Behindertenheims St. Marienstift, in dem circa 40 Schwerbehinderte und nicht werkstattfähige Menschen unter einer Vollzeitbetreuung leben. Das Einzugsgebiet des Behindertenheims und der Kirche geht über mehrere Gemeinden hinaus.
Zur Organisation des Projektes erwähnt der Pastor die Schwierigkeit der Finanzierung der Koordinationsstelle. Die "Insel" in der Schule könne die Initiativstelle bilden, die die „Fäden in der Hand hält".
Der Kindergarten und das St. Marienstift seien ein positives Beispiel, bei dem Kinder und Heimbewohner täglich gemeinsam Mittag essen. Diese bereits bestehenden Kooperationen müssten verstärkt werden.
Der Arbeitstitel „Campus Garding" sei durch den Aspekt der Bildung geprägt. Das Wesentliche des Projektes sei das "voneinander partizipieren". Bezüglich des Namens lassen sich jedoch keine Rückschlüsse auf die Bedeutung des Partizipierens ziehen. Der Name sei eine erste Idee gewesen und käme schnell über die Lippen. „E-Werk" wäre ebenfalls eine geeignete Bezeichnung für das Projekt, so Herr Knippenberg abschließend (vgl. KNIPPENBERG 2010).

Die Theodor-Mommsen-Schule im Zentrum Gardings ist eine Haupt- und Realschule mit Grundschule. Allerdings läuft die Sekundarstufe am Ende dieses Schuljahres aus, weil die

landesweit vorgeschriebenen Schülerzahlen für Sekundarstufen unterschritten wurden. Die Mindestanzahl an Schüler wird zukünftig nicht mehr erreicht werden, weshalb nun die Gardinger Schüler die nächstgelegenen Haupt- und Realschulen in St. Peter-Ording und Tönning besuchen.

Der Schulleiter, Herr Birkenbach, gibt zu Protokoll, dass Kooperationen seitens der Schule stattfinden könnten. Dabei könne man gemeinsame Aktivitäten im Bereich Musik und Lesen in anderen Einrichtungen organisieren. Das fördere den soziokulturellen Austausch zwischen den Menschen im Ort und schaffe Berührungspunkte. Herr Birkenbach ist von einer Organisationsform überzeugt, die Dinge auf eine einfache Art koordiniert. Es solle eine einfache Kontaktaufnahme möglich sein, feste Ansprechpartner und direkte Kommunikationswege vorhanden sein. Der Arbeitstitel „Campus Garding" sei bereits weit verbreitet und stelle eine Werbung für das Projekt dar. Es beinhalte im Kern das, was es aussage. Eine Verwechslung mit einem Universitätscampus werde nicht geschehen, da man Garding den Bau einer Universität nicht zutraue (vgl. BIRKENBACH 2010).

Der Kindergarten unter der Leitung von Frau Conrad ist ein weiterer Akteur des "Regionalen Kooperationsprojektes". Kooperationen könne es mit der Schule und dem St. Marienstift geben. Diese könnten gemeinsames Kochen und Singen beinhalten. Es solle ein gut ausgewähltes Angebot gewährleistet werden. Die Kommunikation untereinander müsse vereinfacht und verbessert werden. Eine Organisationsstruktur müsse einfach sein mit wenigen bürokratischen Hindernissen.

Es bestehe Zweifel, ob der bestehende Name richtig verstanden werde. Aber der Begriff sei ein Selbstläufer und habe sich in den Köpfen der Leute bereits festgesetzt. Eine nachträgliche Umbenennung des Projekts sei deshalb marketingtechnisch schwierig (vgl. CONRAD 2010).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Kernakteure und Gründer des Projektes großes Interesse an der Realisierung des Konzeptes haben. Vielmehr noch, sie setzen große Hoffnungen auf ein soziales Netzwerk, von dem die Menschen im Ort profitieren können. Sie sind sich

den Schwierigkeiten bewusst und wissen nicht, wie sie strukturell diese Projektentwicklung vorantreiben können. Die Errichtung einer Koordinationsstelle und einer Dachorganisation überfordert die Akteure und bedarf daher einer Unterstützung Dritter. Bezüglich der Namensgebung waren die Akteure unterschiedlicher Meinung. Eine endgültige Klärung des Namens wurde vorerst verschoben.

10.3 Bürgermeisterrunde

Nachdem die Initiatoren des "Regionalen Kooperationsprojektes" besucht und interviewt wurden, beschloss die P3-Gruppe an einer der monatlichen Bürgermeisterrunden teilzunehmen, um weitere Meinungsbilder einzuholen. An diesen Treffen nehmen alle Bürgermeister der Eiderstedter Gemeinden teil und sie dienen der Kommunikation zwischen den einzelnen Bürgermeistern und dem Amt Eiderstedt.

Die Teilnahme diente zum einen dem Zweck des Informierens der Bürgermeister bezüglich des Studienprojektes und zum anderen des Austausches zwischen der P3-Gruppe und den zukünftig Betroffenen des Projektes. Im Vorfeld der Bürgermeisterrunde erarbeitete die P3-Gruppe einen Fragenkatalog. Mithilfe dieses Kataloges sollte den Bürgermeistern auf den „Zahn" gefühlt werden.

Welche Stellung beziehen sie zu dem Projekt?,
Besteht ein Interesse der Kooperation mit Campus Garding?,
Wie kann diese Kooperation aussehen?.

Beginnend mit einer Präsentation wurde den Anwesenden das "Regionale Kooperationsprojekt" vorgestellt. Unter anderem wurden die Ziele des Projektes erklärt und die bisherigen Erkenntnisse aufgezeigt. Im Anschluss daran folgte die Diskussions- und Fragerunde. Die

Leitung der Diskussionsrunde übernahm ein Mitglied der Studentengruppe als Moderator, zwei Protokollanten notierten Wichtiges.

Gleich zu Beginn der Diskussionsrunde wurde deutlich, dass es wesentliche Verständnisschwierigkeiten in Bezug auf das Projekt gab. Viele der Bürgermeister hinterfragten den Sinn des Projektes und sahen keine Möglichkeit der Schaffung eines Mehrwertes für die Region Eiderstedt. Im Gegenteil, sie fühlten die Infrastrukturen ihrer Gemeinde durch das Projekt bedroht. Es wurde durch die Präsentation nicht deutlich genug, dass das Überleben kleinerer Dörfer nur in Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden gewährleistet werden kann. Die, in Folge des Bevölkerungsrückganges unterbesetzten sozialen Einrichtungen, drohen aufgegeben werden zu müssen. Deshalb müssen diese regional mit den Einrichtungen anderer Gemeinden, die ebenfalls wenig ausgelastet sind, gebündelt werden. Zudem stellte sich im Gespräch mit den Bürgermeistern heraus, dass sie über Wissen des Struktur- und demographischen Wandels und deren Auswirkungen im ländlichen Raum verfügen. Gleichwohl haben sie kein ausgeprägtes Problembewusstsein und akzeptieren keine Veränderungen auf ihrem Gemeindegebiet. Das „Kirchturmdenken" ist immer noch vorherrschend. Dieses Denken beschreibt eine Politik, die eine bestimmte Gruppe bevorzugt, in diesem Fall die eigene Gemeinde. Es existieren Befürchtungen, dass derartige regional angedachte Projekte eigene Ressourcen schwächen könnten. Deshalb stand der Großteil der Bürgermeister dem Projekt skeptisch gegenüber. Der Verwirklichung eines solchen Kooperationsprojektes in ihrer eigenen Kommune, konnten sich hingegen viele Bürgermeister vorstellen (vgl. BÜRGERMEISTERRUNDE 2011).

Des Weiteren sahen viele Anwesende ein Problem in den schlechten öffentlichen Verkehrsanbindungen im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Einrichtungen für immobile Jugendliche und Senioren. Zudem wurde angemerkt, dass in den größeren Gemeinden Daseinsvorsorge-Einrichtungen genügend vorhanden seien und funktionierten, sodass der Sinn des Projektes für diese Gemeinden hinterfragt wurde (vgl. BÜRGERMEISTERRUNDE 2011).

Zuletzt wurde diskutiert unter welchen Bedingungen einige Bürgermeister einer Kooperation zustimmen würden. Man stehe einer Zusammenarbeit nicht gänzlich negativ gegenüber, aber eine Kooperation um jeden Preis werde nicht zustande kommen. Wichtig bei der Realisierung des Projektes sei ein langsames und behutsames Vorgehen. Die Öffentlichkeit müsse über das Ziel und den Nutzen des Projektes informiert werden, um einen Erfolg des Konzeptes zu sichern (vgl. BÜRGERMEISTERRUNDE 2011).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Treffen mit den Bürgermeistern Eiderstedts zu Beginn etwas „holprig" verlief. Dies lag zum einen an den Verständnisschwierigkeiten bezüglich des "Regionalen Kooperationsprojektes" und zum anderen an den verfestigten und zum Teil konservativen Denkweisen und Einstellungen vieler Bürgermeister. Je weiter jedoch die Diskussion fortschritt, umso besser verlief das Gespräch.
Da das Projekt einen regionalen Bezug haben soll, wird es auch zukünftig von großer Bedeutung sein, die zuständigen Bürgermeister und Institutionen in das Vorgehen zu involvieren. Eine verbesserte Zusammenarbeit ist daher erstrebenswert.

10.4 Akteursworkshop

Nachdem die Projektgruppe anhand der Akteursinterviews, der Bürgerbefragungen und der Bürgermeisterrunde eine Reihe von Informationen, Anforderungen sowie Wünsche und Bedenken in Bezug auf das Kooperationsprojekt in Erfahrung gebracht hatte, sollte im Anschluss daran, mithilfe eines Akteursworkshops, den beteiligten Akteuren die bisherigen Ergebnisse der Projektarbeit vorgestellt und diskutiert werden. Zudem sollte das Treffen dazu dienen, wichtige Informationen zu sammeln und neue Ideen zu entwickeln.

Im Vorfeld des Workshops versendete die Projektgruppe Einladungen an alle Akteure. Neben dem formalen Einladungsschreiben, enthielt die Nachricht den vorläufigen Ablaufplan des

Workshops und einen Steckbrief. Ziel des Steckbriefes war es, allgemeine Informationen bezüglich der Institutionen zu sammeln, die für die Projektentwicklung von Bedeutung sein könnten.

Der Fokus, des am 05. April 2011 stattgefundenen Akteursworkshops, lag in der Mobilisierung und Mitwirkung der Akteure am Kooperationsprojekt. Damit ein koordiniertes Arbeiten gesichert werden konnte, erstellte die Projektgruppe einen Ablaufplan.

Abbildung 36: Akteursworkshop

Nach der Begrüßung aller Akteure stellte der Moderator, ein Mitglied der Studentengruppe, den Ablaufplan und danach die Wünsche und Erwartungen der beteiligten Akteure bezüglich des Kooperationsprojektes vor. Grundlage dafür waren die Akteursinterviews aus der P3-Projektwoche vom 15. bis 16. Dezember 2010. Nachfolgend stellte die Projektgruppe den bisherigen Erkenntnisstand der Projektarbeit vor. Inhalt dieser Präsentation waren die Vorstellung der forschungsleitenden Frage, die bisherigen Erkenntnisse zur Region Eiderstedt, zur Stadt Garding und zu dem Kooperationsprojekt sowie die Vorstellung der gewonnenen

Eindrücke von der Bürgermeisterrunde. Des Weiteren wurde die Organisationsstruktur des Kooperationsprojektes präsentiert, die zu dem Zeitpunkt noch nicht ausgearbeitet war, vielmehr waren dies erste Ideen der Projektgruppe. Darunter zählten der Steuerungsbeirat, die Koordinationsstelle, das Corporate Design und die Homepage. Zudem wurde den Akteuren das Förderprogramm „Bildungslandschaft Zwischen den Meeren 2.0“ dargestellt, das für die Finanzierung des Kooperationsprojektes in Frage kommt.

Nach einer kurzen Pause, in der man sich mit frischem Kaffee und Brötchen stärken konnte, begann die Ideenwerkstatt. Als Methodik für das Sammeln von Projektideen, wurde das Speed-Dating ausgewählt. Dafür hatte die Projektgruppe, für die insgesamt drei Durchläufe, im Vorfeld entschieden, welche zwei Akteure, stellvertretend für zwei Institutionen, sich im Speed-Dating gegenüber sitzen sollten, um gemeinsam Projektideen und Vernetzungsbeispiele für ihre Institutionen zu entwickeln.

Abbildung 37: Festlegung der Speed – Dating – Paare im Vorfeld

Dadurch sollten Unklarheiten beseitigt und ein Durcheinander während der Durchgänge vermieden werden. Ein einzelner Durchlauf dauerte drei Minuten und jedes Speed-Dating-Paar erhielt pro Durchlauf kleine Kärtchen, auf denen sie ihre Ideen niederschreiben konnten.

Abbildung 38: Speed – Dating 1

Abbildung 39: Speed – Dating 2

Die Kärtchen wurden anschließend an eine Matrix angebracht, sodass jeder sie bildlich vor Augen hatte. Nachdem alle drei Durchgänge abgeschlossen waren, wurden die einzelnen Karten der Speed-Datings noch einmal gemeinsam besprochen, um Unklarheiten zu beheben.

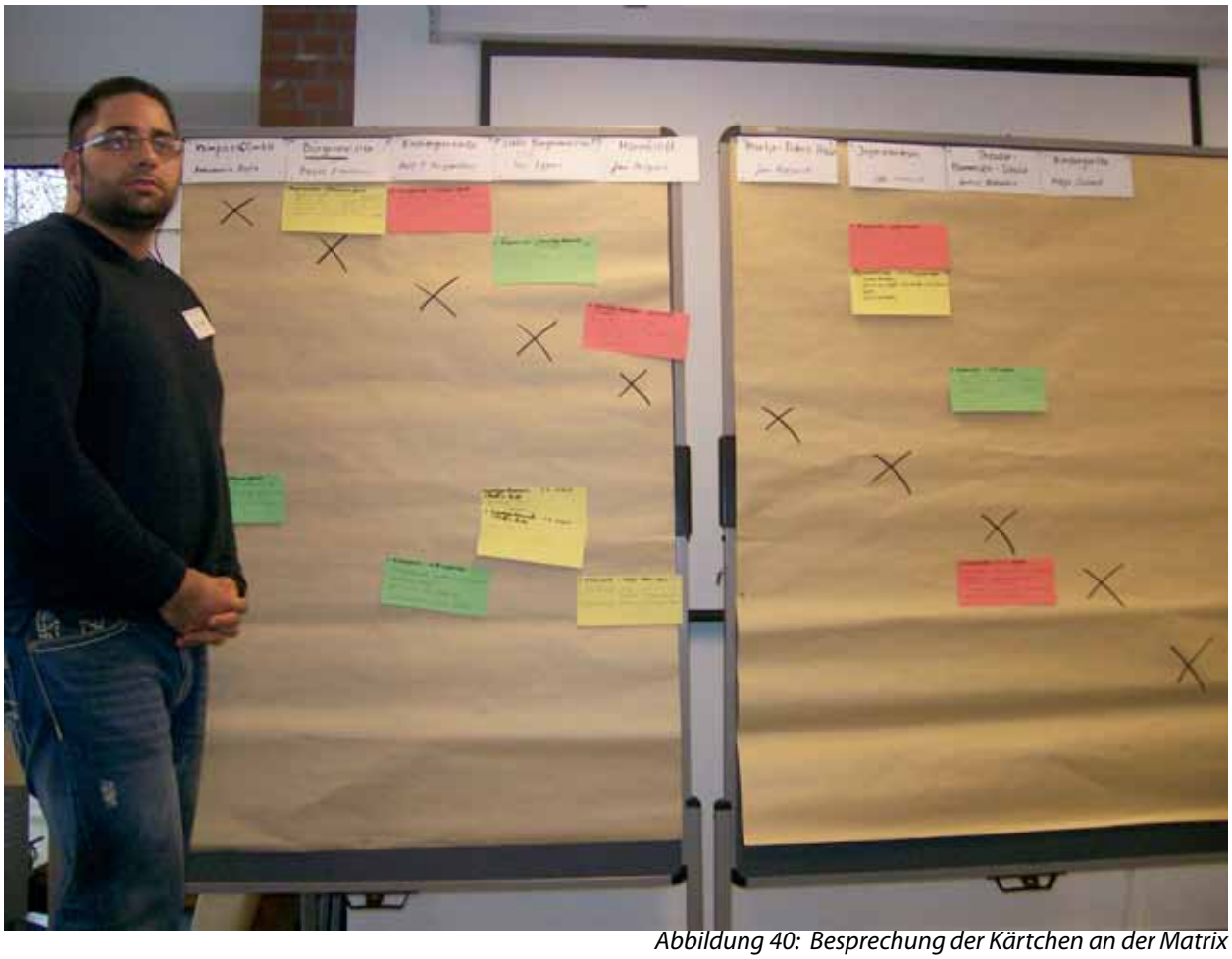


Abbildung 40: Besprechung der Kärtchen an der Matrix

Ziel der Ideenwerkstatt war, die Akteure in die Projektarbeit zu integrieren und nicht an den Wünschen dieser vorbei zu planen, sondern in Zusammenarbeit mit Ihnen das Projekt weiter zu entwickeln.

Mit einer Danksagung für das zahlreiche Erscheinen und Mitarbeiten der Akteure endete der Akteursworkshop. Die durch den Workshop neu gewonnenen Erkenntnisse wurden anschließend von der Projektgruppe diskutiert, analysiert und wenn möglich in den Entwicklungsprozess des Projektes aufgenommen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Akteursworkshop sehr erfolgreich war. Zum einen bestand ein reger Austausch zwischen der Projektgruppe und den geladenen Akteuren während des gesamten Treffens, sodass zu allen vorgestellten Themen die Gruppe ein Feedback erhielt, dass in die Weiterentwicklung des Projektes aufgenommen wurde. Zum anderen brachte insbesondere die Ideenwerkstatt viele neue Projektideen und Vernetzungsvorschläge hervor. Da die Akteure erstmals einen Einblick in die Projektarbeit erhielten, hatten viele anknüpfend an den Workshop den Eindruck, dass „nun endlich was geschieht". Insbesondere das Förderprogramm „Bildungslandschaft Zwischen den Meeren 2.0", wodurch das Kooperationsprojekt für einen begrenzten Zeitraum finanziert werden könnte, schaffte bei den Akteuren Hoffnung.

Für die Projektgruppe war das Treffen ebenfalls von großer Bedeutung, da durch den Workshop die Zufriedenheit oder auch Unzufriedenheit der Akteure mit den Projektergebnissen festgestellt wurde und durch die vielen neuen Ideen und Anmerkungen eine gute Grundlage geschaffen wurde, auf der die Projektgruppe weiterarbeiten konnte.

10.5 Eiderstedter Messe

Am 7. und 8. Mai 2011 fand in der Gardinger Dreilandenhalle die fünfte Ausgabe der Eiderstedt Messe statt. Diese Regionalmesse bietet alle drei Jahre Eiderstedter Betrieben aus den Bereichen Handel, Handwerk und Dienstleistung die Möglichkeit sich zu präsentieren. In diesem Jahr hatte der seit 1861 bestehende Gardinger Gewerbeverein das Motto „Bauen-Wohnen-Leben" ausgerufen. Auf insgesamt 2.900 Quadratmetern überdachter Standfläche boten 73 Aussteller ihre Waren und Dienstleistungen an. Ein Rahmenprogramm, bestehend vor allem aus verschiedenen Chören und Bands, sorgte für Unterhaltung während circa 8.000 Besucher Kontakte knüpfen und auffrischen konnten (shz 1, 2011; shz 2, 2011).

Als die Projektgruppe von der Messe erfuhr, fiel die Entscheidung mit einem eigenen Stand vor Ort präsent zu sein. Das Amt Eiderstedt bot finanzielle und sachliche Hilfe an. So konnten,

durch die Aufteilung eines gemeinsamen großen Messestandes, die Schnellwände des Amtes mitbenutzt werden. Es wurden Flyer und Fragebögen sowie drei verschiedene Plakate, um das Interesse der Messebesucher zu wecken, entworfen. Zusätzlich sollten Interessenten aktiv in den Dialog eingebunden werden. Durch eine Drehscheibe, die verschiedene Faktoren des Strukturwandels aufzeigte, und verschiedene Fragebögen, wurde die Möglichkeit, aus passiven Betrachtern Gesprächspartner zu machen, geschaffen.

Die Eiderstedt Messe bot der Projektgruppe die Möglichkeit in der Öffentlichkeit für das Projekt zu werben. Neben einer Erwähnung in einer der Erföffnungsreden fand die Studierendengruppe auch in der lokalen Presse Nennung. In vielen Dialogen mit Messebesuchern wurden Stimmungsbilder eingefangen und Befragungen durchgeführt. So konnte wichtige Feedbacks gewonnen werden. Es stellte sich heraus, dass das Bewusstsein für die Folgen des demographischen Wandels und des Strukturwandels in der Bevölkerung groß ist. Ebenso ist die Bereitschaft vieler Gesprächspartner, sich am weiteren Verlauf der Projektarbeit zu engagieren, groß. Ferner war der Austausch mit potentiell zukünftigen Akteuren von Wert. Ein Bildungszentrum und ein Kindergarten fanden auf diese Weise Erwähnung in den Handlungsempfehlungen.

KONZEPT

[Eigene Darstellung]

Nach einer ortsspezifischen Analyse des Forschungsgebietes und der Auseinandersetzung mit den lokalen Akteuren und Nutzern, wird anschließend die konzeptionelle Phase eingeleitet. Basierend auf ersten Projektideen des Amtes Eiderstedt, folgt die studentische Ausarbeitung des "Regionalen Kooperationsprojektes". Das Konzept setzt sich aus Handlungsempfehlungen zusammen, die unterschiedliche Themenbereiche abdecken. Ausgesprochen werden Maßnahmen bezüglich der Trägerschaft sowie Organisationsstruktur und des Öffentlichkeitsauftrittes des Projektes. Des Weiteren beinhaltet das Konzept einzelne Projekte, die in die Leitthemen Mobilität, Bildung, Freizeit und Gesundheit gegliedert sind. Weiterführend werden zusätzliche lokale als auch regionale Kooperationspartner vorgestellt, die potenzielle zukünftige Mitglieder des Projektes darstellen. Abschließend werden Handlungsempfehlungen für mögliche investive und strukturelle Förderprogramme aufgezeigt, die eine Finanzierung des Projektes gewährleisten sollen.

1. Das Regionale Kooperationsprojekt

Aufbauend auf die erste Projektidee des Amtes Eiderstedt wird im Folgenden die finale Projektidee der P3-Projektgruppe, das "Regionale Kooperationsprojekt", vorgestellt. Zudem werden die Zielgruppen sowie Voraussetzungen für das Gelingen einer solchen regionalen Zusammenarbeit beschrieben.

1.1 Finale Projektidee

Nach Abschluss der Analysephase inklusive der aufschlussreichen Dialoge mit den Institutionen sowie potentiellen Nutzern folgte nun die Konkretisierung der Projektidee. Die Studierendengruppe entschloss sich dazu explizite Handlungsempfehlungen zu entwickeln und dabei das Hauptaugenmerk auf die Benennung langfristig selbsttragender Strukturen zu

legen. Ein Dachverein erschien als die geeigneteste Organisatonsform für das Projekt, da diese rechtliche Trägerstruktur mit den Zielen der Projektidee am besten vereinbar ist. Die Vernetzung verschiedener Institutionen unter Verwendung eines einheitlichen Erscheinungsbildes und die Bewerbung einer gemeinsamen Kommunikationsplattform sind hierbei grundlegend. Die in der Analysephase entdeckten Potenziale galt es zu aktivieren. Die Basis dafür ist die Verknüpfung der Akteure untereinander durch einzelne Kooperationsprojekte.

Die Bereitschaft zur Beteiligung und die geäußerten Erwartungshaltungen von Seiten der Bürger motivierten die Projektgruppe, das "Regionale Kooperationsprojekt" zu entwickeln und somit einen Beitrag zur positiven Gestaltung des Strukturwandels im ländlichen Raum zu leisten.

Entsprechend dem Leitbild eines "aktivierenden Staates", aus dem in der Vergangenheit Förderprogramme wie die "Soziale Stadt" hervorgegangen sind, könnte man in diesem Zusammenhang von einer "aktivierenden Kommune" sprechen, die lokale Akteure dabei unterstützt, sich zu dem "Regionalen Kooperationsprojekt" zusammenzufinden. Die Rolle der Studierenden sollte dabei die eines Ratgebers sein.

1.2 Zielgruppen

Zur Bestimmung der weiteren Vorgehensweise ist eine Definition der Zielgruppen unerlässlich. Obgleich die Allgemeinheit von einem Kooperationsprojekt zur Stärkung einer Region profitiert, gibt es bestimmte Zielgruppen, die verstärkt von den angestrebten Verbesserungen profitieren. Anzumerken ist, dass das "Regionale Kooperationsprojekt" alle Bevölkerungsgruppen als Zielgruppen definiert. Es werden lediglich spezifische Angebote aufgeführt, die auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten sind. Unter anderem ist hierbei die ältere Generation, aufgrund der demographischen Altersstrukturverschiebung, bezüglich des Angebotes zu

berücksichtigen. Zudem einzubeziehen sind die junge Bevölkerung und Jugendliche. Bedingt durch das geringe Freizeitangebot soll im Rahmen des "Regionalen Kooperationsprojektes" der Angebotsknappheit entgegengewirkt werden. Neben diesen primären Zielgruppen eignen sich viele Angebote für alle Teile der Bevölkerung. Angebote im Bereich der Bildung und Mobilität seien hier als Beispiele genannt.

1.3 Voraussetzungen

Als Voraussetzung für das Gelingen eines langfristig angelegten "Regionalen Kooperationsprojektes" gilt es vor allem, die Beteiligung und Mitwirkung der Akteure zu sichern. Nicht nur die partizipierenden Institutionen, sondern auch sämtliche Akteure innerhalb der Organisation müssen bezüglich des Projektes zusätzliche Aufgaben ausüben. Ein erhebliches Maß an zivilgesellschaftichem Engagement ist dabei unerlässlich. Zivilgesellschaftliches Engagement beschreibt hierbei eine freiwillige Einsatzbereitschaft, die keine ökonomischen oder politischen Interessen verfolgt. Eine verstärkte Mündigkeit der Bürger, die verbesserte Einbeziehung von Randgruppen und eine Entlastung der staatlichen Hand sind weitere prägende Merkmale (BIHLER 2004:29). Indem die Bürger und Bürgerinnen aktiv als Mitgestalter und „Koproduzenten" ihres Wohn- und Wirkungsortes agieren und sich damit stärker als zuvor mit dem Gemeinwesen identifizieren, werden die lokale Demokratie und das Gemeinwohl dauerhaft gestärkt. Die Zivilgesellschaft eröffnet neben den klassischen Strukturen von Vereinigungen, Verbänden oder Parteimitgliedschaften bessere Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe jedes Einzelnen. Besonders in einer Region, die durch den Strukturwandel stark betroffen ist, sollten die Bürger das ihnen mögliche Maß an Mitverantwortung für das eigene Lebensumfeld übernehmen und dieses aktiv mitgestalten.

2. Handlungsempfehlung: Organisationsstruktur

2. 1 Trägerschaft - Verein

Soll ein bestimmtes Ziel erreicht werden, so wird dies erleichtert, indem sich Gleichgesinnte zusammenschließen und dieses Ziel gemeinschaftlich verfolgen. Ein Zusammenschluss von mehreren Personen erfordert jedoch Regeln und Gesetze, welche die Angelegenheiten und Beziehungen der Personen untereinander sowie das Auftreten dieser Gemeinschaft nach außen hin festlegen und ordnen. Einen solchen Zusammenschluss von Personen mit einem gemeinsamen Ziel, stellt das im Rahmen der Projektarbeit vorgestellte Kooperationsprojekt dar. Um das Kooperationsprojekt zu verankern und rechtlich zu festigen, muss ein Rechtsrahmen geschaffen werden. Dieser rechtliche Rahmen wird hier in Form eines Vereins gebildet. Die Mitgliedschaft des Vereins soll sich dabei aus den einzelnen Akteuren des Projektes zusammensetzen. Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet über 550.000 eingetragene Vereine im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Vereine leisten einen elementaren Beitrag für die Gemeinnützigkeit und das Allgemeinwohl der Menschen und bedürfen daher einer ehrenamtlichen Teilnahme und Unterstützung (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 3). Die Gründung eines Vereins für das "Regionale Kooperationsprojekt" beruht auf einem solchen ehrenamtlichen Engagement sowie einem Interesse an einer Entwicklung, die dem Allgemeinwohl dienen soll.

Die häufigste Form eines Vereins stellt der Idealverein dar. Charakteristisch für einen solchen Idealverein ist der Zusammenschluss von mehreren Personen. Dieser freiwillige Zusammenschluss ist dabei für eine gewisse Dauer sowie unter einem gemeinsamen, ideellen Zweck festgelegt. Die Mitglieder des Vereins finden sich unter einem gemeinsamen Namen zusammen. Für die Vertretung des Vereins ist ein Vorstand zuständig. Zudem zeichnet sich der Idealverein durch eine körperschaftliche Organisation aus, sodass das Fortleben des Vereins

unabhängig ist vom Wechsel seiner Mitglieder ist (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 7). Eine weitere Möglichkeit wäre die Gründung eines Dachverbandes. Ein Dachverband stellt eine Organisation dar, die aus mehreren Unterorganisationen oder Institutionen besteht, die thematisch-fachliche oder regionale Zusammengehörigkeit aufweisen. Der Dachverband kennzeichnet sich dadurch aus, dass seine Mitglieder im Allgemeinen keine natürlichen, sondern nur juristische Personen sind (vgl. WIKIPEDIA, DIE FREIE ENZYKLOPÄDIE 2011). Im Rahmen des "Regionalen Kooperationsprojektes" würde sich die Gründung eines solchen Dachverbandes eignen, da die Akteure des Projektes einzelne, eigenständige Institutionen darstellen. Der Dachverband würde so alle Akteure einschließen. Da die Wissengrundlage über die Rechtlichkeiten eines Dachverbandes vonseiten der Studierendengruppe als unzureichend bewertet wird, wird im Folgenden lediglich auf die Form des Idealvereins Bezug genommen.

Zu Beginn einer Vereinsgründung soll zunächst überlegt werden, ob der Verein in das Vereinsregister eingetragen werden soll. Wird der Verein eingetragen, so spricht man von einem rechtsfähigen Verein (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 9). Soll ein Verein gegründet werden, so müssen sich mindestens zwei Personen an der Vereinsgründung beteiligen. Eine Eintragung in das Vereinsregister ist jedoch nur möglich, wenn sich der Verein aus mindestens sieben Mitgliedern zusammensetzt (§ 59 Abs. 3 BGB). Gründungsmitglieder des Vereins können alle natürlichen und rechtlichen Personen sein, zudem aber auch Stadtgemeinden und Landkreise.

Des Weiteren erforderlich ist eine Geschäftsfähigkeit aller Gründungsmitglieder, da der Gründungsakt einen Vertrag darstellt (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 10). Der Gründungsakt besteht dabei aus der Einigung der Mitglieder über die Errichtung des Vereins sowie über seine Satzung. Der Inhalt der Satzung besteht unter anderem aus einem „Muss-Inhalt" sowie einem „Soll-Inhalt" der Vereinssatzung. Dabei muss die Satzung eines eingetragenen Vereins Angaben enthalten wie den Vereinszweck- sowie den Namen, den Sitz des Vereins und eine Aussage darüber, dass der Verein in das Vereinsregister eingetragen werden soll (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 12).

An dieser Stelle soll auch festgelegt werden, ob der Verein eine Rechtsfähigkeit erhalten soll. Zudem wird der erste Vorstand gewählt. Aus wie vielen Personen der Vorstand letztendlich bestehen soll, wird in der Satzung festgelegt. All diese getroffenen Vereinbarungen werden abschließend in einem Gründungsprotokoll aufgenommen werden, das von allen Gründungsmitgliedern unterschrieben werden muss (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 11).

Die beschriebene Vereinsstruktur lässt sich ideal auf das Kooperationsprojekt übertragen. Die einzelnen Projektteilnehmer, sprich die einzelnen Einrichtungen, schließen sich unter einem gemeinschaftlichen Zweck und einem gemeinsamen Namen zu einem Verein zusammen. Zweck dieses Zusammenschlusses ist die geregelte und rechtlich verankerte Organisation eines kollektiven Projektes. Eine solche vorgegebene Organisationsstruktur soll die Kooperation erleichtern und zugleich fördern. Der Vorstand des Vereins soll sich dabei aus einer begrenzten Anzahl an Vertretern der Einrichtungen zusammensetzen. Die körperschaftliche Organisation erlaubt es, dass die Zusammensetzung der Vorstandsmitglieder reibungslos umgestellt werden kann. Diese Struktur kann sich als vorteilhaft erweisen, sobald der Kreis der Kooperationspartner beziehungsweise der Vereinsmitglieder erweitert wird. Ein weiteres Vereinsorgan bildet die Geschäftsführung, die neben dem Vereinsvorstand als Schnitt- und Koordinierungsstelle fungiert. Eine Zusammenfassung des Vereinsaufbaus, der Vereinsmitglieder sowie deren Beziehungen zueinander zeigt das nachfolgende Diagramm. Näheres zur Geschäftsführung und zum Vereinsvorstand wir im Nachfolgenden beschrieben.

Unter Berücksichtigung aller Aspekte kommt man zu der Schlussfolgerung, dass mittels eines Vereins beziehungsweise eines Dachverbandes die Anforderungen an die Organisationsstruktur erfüllt werden. Genannt wurden die Anforderungen und Ziele an das Projekt und dessen Organisationsstruktur bereits im Rahmen der Analysephase. Abschließend lässt sich sagen, dass die Vereinsgründung einen geeigneten rechtlichen Rahmen für das "Regionale Kooperationsprojekt" darstellt und dem Projekt damit ein tragfähiges, übersichtlich

gegliedertes und zukunftsfähiges Gerüst verleiht.

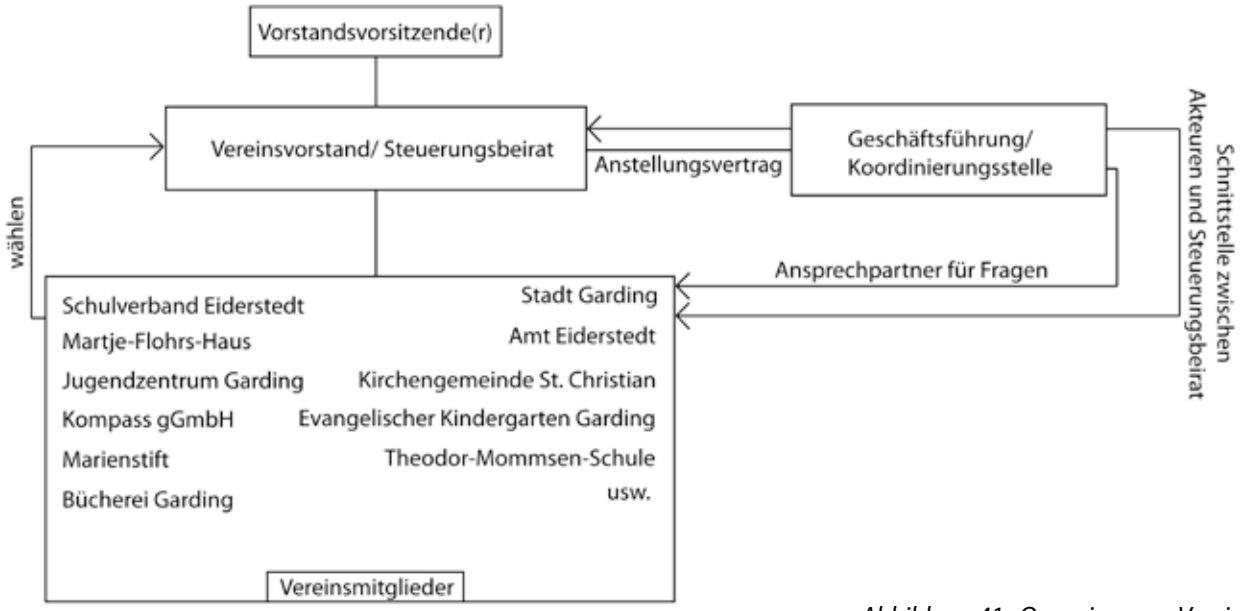


Abbildung 41: Organigramm Verein

2.2 Vereinsvorstand

Damit ein Verein rechtskräftig handeln kann, wird ein Vereinsvorstand benötigt. Dieser kann sich aus einer oder auch aus mehreren Personen zusammensetzen. In vielen Fällen wird der Vereinsvorstand jedoch von mehreren Personen besetzt, da dadurch eine gegenseitige Prüfung und Beratung gewährleistet wird (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 31).

Der Vereinsvorstand bildet das Geschäftsführungsorgan eines Vereins und ist für die Aufgaben zuständig, die die Unterstützung des Vereinszweckes zum Ziel haben. Des Weiteren ist der Vorstand das Vertretungsorgan eines Vereins und repräsentiert den Verein nach außen sowie vor Gericht. Zudem obliegen dem Vorstand die Anmeldung des Vereins in dem Vereinsregister, die Bekanntgabe von Satzungs- und Vorstandsänderungen und der Bescheid über die Vereinsmitgliederzahlen (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 32, 33).

Die Position eines Vorstandsmitgliedes wird durch die sogenannte „Bestellung“ vergeben, die durch die Mitgliederversammlung stattfindet. Die Bestellung ist dabei in zwei Verfahrensschritte unterteilt die Wahl des Bestellungsorgans und die Bestellungserklärung.

Die Wahl des Bestellungsorgans resultiert aus einem Bestellungsbeschluss der Mitgliederversammlung; derjenige, der die meisten Stimmen erhält, wird für das Amt vorgeschlagen. Anschließend muss der Gewählte die Bestellungserklärung annehmen, erst dann ist die Bestellung abgeschlossen und ein neues Vorstandsmitglied gewählt (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 34).
Wissenswert ist außerdem, dass nicht nur Vereinsmitglieder, sondern auch Außenstehende das Amt eines Vorstandsmitgliedes übernehmen können.

Soll ein Vorstandsmitglied für seine Tätigkeit entlohnt werden, so ist der Verein außerdem in der Lage einen Anstellungsvertrag abzuschließen, was in den Aufgabenbereich der Mitgliederversammlung fällt. Die Mitgliederversammlung hat entweder die Möglichkeit einen Ausschuss für die Abwicklung des Vertrages zu benennen oder sie betraut andere Vorstandsmitglieder mit der Durchführung dieser Aufgabe. Der Anstellungsvertrag ist ein Dienstvertrag, der keine besonderen Formangaben beinhaltet, der aber dennoch schriftlich ausgeführt werden sollte. Anzumerken ist, dass die Bestellung und der Anstellungsvertrag mit einem Vorstandsmitglied voneinander unabhängige Aspekte sind. So bedeutet die Aufhebung der Bestellung nicht zeitgleich die Entlassung aus dem Anstellungsvertrag (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 35).

Aufgrund der Bestellung sind die Vorstandsmitglieder angewiesen ihre Aufgaben ordnungsgemäß durchzuführen. Dabei sind sie von den Instruktionen der Mitgliederversammlung abhängig. Des Weiteren ist es erforderlich, dass sie dem Verein Auskunft über alle Geschehnisse erteilen (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 36).
Die Amtsdauer eines Vorstandsmitgliedes ist nicht gesetzlich vorgeschrieben. In der Regel erlischt die Tätigkeit des Vorstandsmitgliedes mit dem enden der geplanten Amtszeit (vgl. BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ 2009: 38).

Im Hinblick auf das Kooperationsprojekt bedeutet das, dass alle beteiligten Institutionen und Akteure dem Dachverein als Vereinsmitglieder beitreten sollen. Zusätzlich ist die Bildung eines Vereinsvorstandes nötig. Dabei ist es empfehlenswert eine ungerade Anzahl an Vorstandsmitgliedern festzulegen, da bei einer geraden Anzahl die Gefahr besteht, keine mehrheitsfähigen Entscheidungen bestimmen zu können. Sinnvoll erscheint eine Anzahl von fünf Vorstandmitgliedern. Dadurch wird gewährleistet, dass mehrheitsfähige Entscheidungen getroffen werden können, die Aufgaben und Pflichten nicht durch einen kleiner besetzten Vorstand bewältigt werden müssen und trotz der relativ hohen Anzahl an Vorstandsmitgliedern eine Entscheidungsfindung gewährleistet ist. Dabei sollten diejenigen Akteure in den Vereinsvorstand gewählt werden, die sich überdurchschnittlich für das Kooperationsprojekt engagieren und einsetzen sowie ein großes Interesse an der Durchsetzung und Fortführung des Projektes haben.

Das Amt des Vorstandsvorsitzenden sollte eine Person übernehmen, die in weiten Kreisen der Region Respekt genießt, geschätzt wird und integrierend wirkt, sodass der Verein durch eine repräsentative Persönlichkeit vertreten wird. Dabei ist es nicht dringend notwendig, dass diese Person ein teilnehmender Akteur am Kooperationsprojekt ist; wie bereits erwähnt, kann das Amt kann durchaus durch einen Externen besetzt werden.

Zusätzlich zu den herkömmlichen Pflichten und Anforderungen übernimmt der Vereinsvorstand die Tätigkeiten eines Steuerungsbeirates. Zweck und Aufgabe des Beirates sind die Organisation und Planung des Kooperationsprojektes. In regelmäßig stattfindenden Sitzungen werden alle Belange, die das Projekt betreffen besprochen, Probleme identifiziert und neue Aktivitäten beschlossen. Die getroffenen Beschlüsse, sonstige Ergebnisse oder die Festlegung neuer Events werden durch den Vereinsvorstand an die Geschäftsführung weitergeleitet. Diese gibt die neuen Informationen etwa über die Homepage öffentlich bekannt und ist Ansprechpartner für jegliche Fragen.

2.3 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist für das Erledigen operativer Aufgaben zuständig, wie die Beantragung von Fördermitteln, die Buchführung oder auch die Konfliktlösung. Dabei folgt die Geschäftsführung den Weisungen des Vereinsvorstandes. Zudem übernimmt die Geschäftsführung die Aufgaben der Koordinierungsstelle. Eine Koordinierungsstelle ist notwendig, um kurze und direkte Kommunikationswege zu sichern und einen unmittelbaren Ansprechpartner für die Personen aus der Öffentlichkeit und für die Akteure zu schaffen. Ferner bildet die Koordinierungsstelle die Schnittstelle zwischen den Kooperationsakteuren und dem Steuerungsbeirat. Damit das Projekt langfristig Bestand hat, sind ein ansprechendes Marketing und eine regionale Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich. Dazu zählt unter anderem auch die Pflege des Corporate Designs, was zudem in den Aufgabenbereich der Geschäftsführung fällt.

Die Projektgruppe spricht sich bezüglich der Besetzung der Geschäftsführung für einen externen Experten aus, da eine solche Person die gewünschte Neutralität beinhaltet und so objektiv das Projekt, ohne persönliche Präferenzen, koordinieren, leiten und steuern kann. Aufgrund dessen, dass die Aufgaben und Tätigkeiten der Geschäftsführung sehr umfangreich sowie zeitintensiv sein werden, ist eine Entlohnung notwendig. Mittels eines Anstellungsvertrages zwischen der Geschäftsführung und dem Dachverein wird die rechtliche Basis dafür geschaffen.
Infolgedessen, dass im Vorfeld der Projektrealisierung nicht vollends der Umfang der Geschäftsführungstätigkeiten abschätzbar ist, empfiehlt die Projektgruppe die Besetzung vorerst mit einer halben Stelle. Sind im Laufe der Zeit Anpassungsmaßnahmen in Bezug auf das Arbeitsverhältnis notwendig, können diese jederzeit durchgeführt werden.

Durch die Kombinationen des Vereinsvorstandes mit dem Steuerungsbeirat sowie der Geschäftsführung mit der Koordinierungsstelle, wird eine optimale Deckung und Auslastung aller Tätigkeitsbereiche geschaffen. Mithilfe der vernetzten und dennoch einfachen sowie klaren Strukturen wird eine übersichtliche Organisationsstruktur geschaffen, die kurze und direkte Kommunikationswege, ohne viel Bürokratie ermöglichen. Zudem stellt der Dachverein

eine Trägerschaft dar, die die Integrierung aller Ansprüche gewährleistet und einen rechtlichen Rahmen für die Realisierung des Projektes schafft.

3. Handlungsempfehlung: Name

Da der vormalige Projektname "Campus Garding" mehrmals auf Widerstand stoß und die Studierendengruppe diesem unentschlossen gegenüber steht, werden in diesem Abschnitt Handlungsempfehlungen in Bezug auf einen alternativen Namen ausgesprochen.

3.1 Campus Garding

Der Name "Campus Garding" diente zunächst als Arbeitstitel des regionalen Kooperationsprojektes. Bereits im frühen Projektverlauf der P3-Projektgruppe wurde deutlich, dass der Name als nicht optimal bewertet wurde. Grund dafür ist der Begriff "Campus", der für das Universitätsgelände steht und mit diesem assoziiert werden könnte (vgl. DUDENVERLAG | 1). Des Weiteren befürchtete man, dass der Name bei der älteren Bevölkerung auf Unklarheit stoßen würde, da es sich hierbei um ein Fremdwort handelt (vgl. DUDENVERLAG | 1). Aufgrund dessen wurde das Meinungsbild der Akteure hinsichtlich des Namens eingeholt. Aus diesem Meinungsbild resultierte zum einen ein Missfallen, zum anderen bestand die Gefahr einer bereits vorhandenen Festigung des Namens bei der informierten Bevölkerung. Auch unter den Bürgermeistern der Region Eiderstdt besteht ein großes Ablehnen gegenüber dem Namen "Campus Garding". Die Ablehnung bezog sich auf die explizite Nennung der Stadt Garding, wodurch der regionale Gedanke des Projektes verloren geht und der Fokus auf der Stadt Garding liegt. Bei der Namensfindung ist zu beachten, dass der Name zwar durchaus eine Verortung enthalten kann, jedoch sollte sich diese nicht lediglich auf die Stadt Garding beziehen.

3.2 FriesenNetz

Das "FriesenNetz" ist ein von der P3-Projektgruppe vorgeschlagener Name. Dieser setzt sich aus der gewünschten Komponente Verortung, als auch dem sozialen Aspekt zusammen. Der erste Teil „Friesen" deutet auf die Zugehörigkeit Eiderstedts zu dem südlichen Nordfriesland, hat jedoch keine allumfassende Bezeichnung. Er appelliert an das "Wir-Gefühl" der Einwohner der Halbinsel sowie an die Überwindung des Kirchturmdenkens. Der Begriff „Netz" weist auf die Verwebung der sozialen und kulturellen Einrichtungen hin. Zudem wird die Assoziation eines Spinnennetzes hervorgerufen, welches durch die Kooperation der einzelnen Akteure entsteht.

3.3 EiderNet(t)

Der Namensvorschlag „EiderNet(t)" setzt sich aus drei Aspekten zusammen. Einerseits beinhaltet dieser Name den Bezug zu der Region Eiderstedt. Die Region Eiderstedt hat, wie bereits erwähnt, eine sehr spezielle Geschichte und aufgrund des Halbinsel-Daseins eine besondere Stellung in Nordfriesland und in ganz Schleswig-Holstein. Andererseits besteht eine hohe Identifikation der Eiderstedter mit der Halbinsel. Aufgrunddessen soll der Name der Region Eiderstedt in Form von „Eider" in dem Namen des Projektes aufgenommen werden. Da es sich bei dem Projekt um ein soziales sowie um ein regionales Kooperationsprojekt handelt, soll ebenso die regionale Vernetzung in dem Namen enthalten sein. „Net" steht dabei für „Netzwerk" – das Netzwerk der sozialen Kooperationen, das die gesamte Region verbindet. Der zusätzliche Buchstabe „(t)" bildet das Adjektiv "nett", welches einen positiven und sozialen Eindruck des Projektes vermitteln soll. Worauf sich die Wortkombination „Net(t)" bezieht, ob auf die nette Region, deren nette Bewohner, die netten sozialen Einrichtungen oder die netten Kooperationenpartner, sei dem Leser selbst überlassen.

3.4 Everschop Treff

Neben den bereits genannten Vorschlägen fand auch der Everschop Treff Anklang in der P3-Projektgruppe. Der Begriff Everschop steht für eine der drei Inseln, aus denen durch Aufschüttung, die heutige Halbinsel Eiderstedt entstand. Das Gebiet der Insel Everschop umfasste die Stadt Garding, den Ausgangsort des "Regionalen Kooperationsprojektes" sowie die umliegenden Gemeinden. Everschop deutet somit auf die regionale Ausdehnung sowie den historischen Bezug zur Region Eiderstedt hin. Der Begriff "Treff" steht für die Zusammenkunft, einen Ort der Begegnung (vgl. DUDENVERLAG | 2). Das "Regionale Kooperationsprojekt" stellt durch die Projekte und Kooperationen, welche Jung und Alt zusammenführen sollen, einen generationsübergreifenden Treff dar. Die Kombination dieser beiden Begriffe umfasst somit die Vision des "Regionalen Kooperationsprojektes".

4.Handlungsempfehlung: Öffentlichkeitsauftritt

4.1 Corporate Design

Der Begriff des Branding wurde ursprünglich für die Brandmarkung von Tieren verwendet. Der zunehmend an Bedeutung gewinnende Begriff des Corporate Branding, bezeichnet alle Maßnahmen zur Gestaltung eines Angebotes, die eine eindeutige Zuordnung zu einer konkreten Marke ermöglichen. Dadurch wird ein Abheben des Angebotes von anderen Waren ermöglicht. Dies kann vor allem durch die Gestaltung eines Markennamens, eines Markenzeichens, einer Angebotsgestaltung und durch sonstige Corporate Design Elemente wie Formen und Farben geschehen. Markenbild und Markenname sollten dabei im Zuge eines abgestimmten Prozesses gemeinsam entwickelt werden (vgl. ESCH, TOMCZAK, KERNSTOCK, LANGNER 2006). Im Zuge der Projektarbeit war dies nicht möglich, da der Vorschlag eines Markenbildes, wie auch jener der Namensgebung, lediglich als Handlungsempfehlung zu

werten und somit nicht bindend ist. Dennoch soll ein Vorschlag für ein Corporate Design des "Regionalen Kooperationsprojektes" geschaffen werden.

Die Gestaltung einer Marke bedarf zunächst einer Festlegung der beabsichtigten Identität. Die Attribute der Markenidentität mit der größten Relevanz bilden dabei den Input. Es wird dabei angestrebt, dass die Marke sich im Bewusstsein der Zielgruppe gut verankern kann und sich gleichzeitig möglichst stark von konkurrierenden Angeboten differenziert, um der Konkurrenz vorgezogen zu werden. Bei der Gestaltung des Markenbildes ist auf eine konkrete Darstellung zu achten, um einen möglichst hohen Wiedererkennungswert zu erreichen. Auch der Form- und Farbcode ist ein sensibles Fragment, aus einem stark vernetzten System an Einzelelementen, die das Corporate Design bilden (vgl. ESCH, TOMCZAK, KERNSTOCK, LANGNER 2006: 111ff.).

Um dem "Regionalen Kooperationsprojekt" eine visuelle Identität zu geben, wurde zunächst hinterfragt, woraus die Identität der Region Eiderstedt und der Stadt Garding besteht. Charakteristika, Qualitäten, Werte und ähnliche Merkmale der Region wurden hierbei innerhalb der Projektgruppe gesammelt. Das Corporate Design soll die wesentlichen Werte Eiderstedts reflektieren sowie einen Wiedererkennungswert schaffen.

Das gruppeninterne Brainstorming brachte zahlreiche Schlüsselbegriffe als Ergebnis hervor. Prägend für die Region Eiderstedt sind eine unverwechselbare Kulturlandschaft wie etwa das Nordsee Wattenmeer, eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt sowie ein vielfältiges Tourismusangebot.

Letzlich entschied sich die Gruppe für drei Wattvögel, die das Corporate Design darstellen sollen. Die drei Vögel unterscheiden sich nach Größe und Farbe. Dabei soll jeweils ein Vogel repräsentativ für eine Zielgruppe stehen. Man differenziert hierbei drei Altersklassen, die junge, mittlere und alte Generation. Die junge Zielgruppe wird durch den kleinsten und gelben, die mittlere durch den etwas größeren und grünen und die alte durch den größten und blauen

Wattvogel dargestellt. Je nachdem welche Altersgruppe von der Institution angesprochen werden soll, muss der jeweilige Vogel an der Institution farblich hervorgehoben werden. Die Zugehörigkeit zum "Regionalen Kooperationsprojekt" soll durch die drei Vögel auf einem Pfahl, welcher vor jeder Einrichtung installiert wird, verdeutlicht werden. Zudem sollen auf dem Boden aufgeklebte Vogelfußabdrücke die einzelnen Institutionen des Projektes visuell miteinander verbinden. So kann eine optische Verknüpfung und Identität mit einem hohen Wiedererkennungswert für das "Regionale Kooperationsprojekt" und seine Akteure geschaffen werden.

4.2 Homepage

Die Bedeutung des WorldWideWeb als alltägliches Medium wächst (vgl. OEHMICHEN, SCHRÖTER 2001: 1). Das Informationsverhalten der Menschen hat sich verändert, im Wesentlichen stellt man heute komplementäre oder ergänzende Nutzung des Mediums fest (vgl. OEHMICHEN, SCHRÖTER 2001: 1). Spielten früher klassischen Medien wie Hörfunk, Fernsehen sowie Zeitungen und Zeitschriften eine wesentliche Rolle, übernimmt heute das WorldWideWeb die Aufgabe als Plattform für Information und Präsentation der unterschiedlichster Sachverhalte.

Um auf die neuen Bedürfnisse der Informationsbeschaffung der Menschen einzugehen, empfiehlt die P3-Projektgruppe im Rahmen des "Regionalen Kooperationsprojektes", eine Internetpräsenz zu schaffen, um dort über das Kooperationsprojekt zu informieren. Des Weiteren soll die Homepage als Dokumentationsstelle der bereits absolvierten und künftigen Projekte sowie als Plattform des Austausches für gewünschte Projekte dienen. Zudem soll die Möglichkeit einer internen Abstimmung der Akteure innerhalb eines Forums der Homepage gewährleistet werden.

Im Zuge der Akteursinterviews wurde deutlich, dass sich die beteiligten Personen einfache Strukturen und unkomplexe Wege der Kommunikation wünschen. Eine Möglichkeit die Homepage einfach zu gestalten, bietet Typo3. Dabei handelt es sich um ein kostenlos erhältliches Open Source Content Management System, zugeschnitten auf die Bedürfnisse von Unternehmen für das Internet, Intranet und Extranet (vgl. TYPO3 ASSOCIATION). Das System ähnelt einem Baukastenmodell, in dem man relativ einfach ohne große Vorkenntnisse Informationen eingeben und anschließend präsentieren kann.

Laut Torsten Richter, dem Öffentlichkeitsbeauftragten des Amtes Eiderstedt, und Carolin Kühn, der Stadtmaketingbeauftragten der Stadt Garding, bestehe die Möglichkeit, den für die Homepage benötigten Webspace der Stadt oder des Amtes Eiderstedt zu nutzen. Der Vorteil hierbei ist, dass keine weiteren Kosten anfallen. Darüber hinaus biete sich die Integrierung des "Regionalen Kooperationsprojektes" in die Internetpräsenz der Stadt Garding an. Eine solche Integrierung würde eine zu starke Bindung an die Stadt Garding signalisieren. Zu beachten wäre, dass ein solcher Fokus auf die Stadt Garding im Vorwege bereits Kritik erfahren hat. Alternativ bestehe die Möglichkeit ein Meta-Kit zur Verfügung gestellt zu bekommen. Auch hier bestehe der Vorteil in einer Kosteneinsparung. Zusätzlich besteht jederzeit die Option, die administrativen Aufgaben an einen externen Angestellten zu übertragen.

4.3 City2Click

Ein weiteres Mittel zur Etablierung des "Regionalen Kooperationsprojektes" in der Öffentlichkeit, stellt die Plattform City2Click dar. City2Click ist ein mobiles Stadt- Informationssystem für das eigene Mobiltelefon und wird bereits in vielen Regionen eingesetzt. Die Technik basiert dabei auf einem sogenannten 2D-Code-Reader, welcher die City2Click-Codes mit Hilfe der Kamera des Mobiltelefons abfotografiert (DEUTSCHE STADTMARKETING GESELLSCHAFT MBH | 1). Kurz darauf werden Informationen über den Standort auf das Mobiltelefon gesendet. Dabei

erstrecken sich die Informationen von allgemeinem Wissen über die sogenannten „Spots“ bis hin zu der Umgebung. Dabei erstrecken sich die Informationen von allgemeinem Wissen über die sogenannten „Spots“ bis hin zu der Umgebung. Gerade die zunehmend technikbegeisterten und -versierten Kinder und Jugendliche könnten über das mobile Stadt- und Informationssystem spielerisch Informationen in Erfahrung bringen.

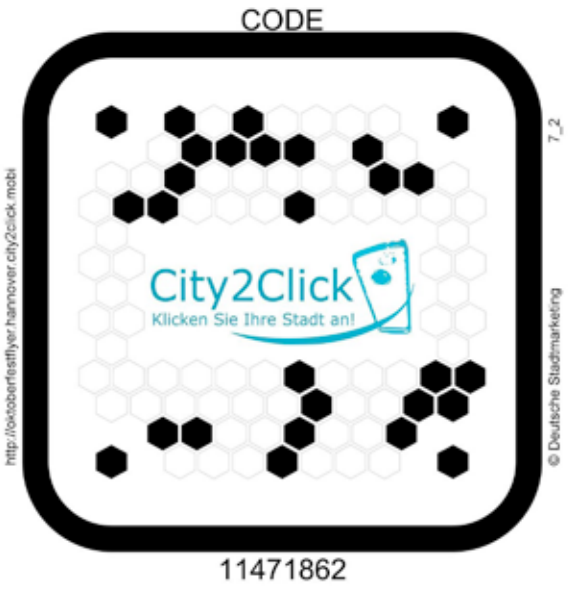


Abbildung 42: CodeFlyer

In Bezug auf das “Regionale Kooperationsprojekt” ermöglicht City2Click Auskünfte über die jeweilige Einrichtung abzurufen. Darüber hinaus werden allgemeine Informationen über die Vernetzungsstruktur sowie zeitnahe Ereignisse, wie Feste und Projekte vor Ort übermittelt. Zudem könnte ein Umgebungsplan realisiert werden, der Inhalte über weitere Kooperationspartner als auch angesprochene Zielgruppen enthält. Diese Software spricht jedoch nicht nur die Kinder und Jugendlichen vor Ort an, sondern kann auch die Funktion eines Stadtführers für Touristen übernehmen. Jede abgerufene Seite mit Informationen kann man zusätzlich über Kopfhörer mittels der Vorlesefunktion abhören. (vgl. DEUTSCHE STADTMARKETING GESELLSCHAFT MBH | 2)

Die Dienste von City2Click sind kostenlos und sowohl mit als auch ohne Registrierung nutzbar. Dem Nutzer stehen auch ohne Registrierung Dienste wie Informationen zum aktuellen Standort, die Vorlesefunktion, ein Stadtplan, eine Straßensuche, ein Routing für Fußgänger und den motorisierten Individualverkehr, eine Suche nach Sehenswürdigkeiten, bestimmten Anbietern oder öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Themen-Touren durch die Stadt oder den Ort abzurufen, die nächste ÖPNV Haltestelle und das Wetter vor Ort anzeigen zu lassen. Dem registrierten Nutzer dagegen wird die Teilnahme an

Gewinnspielen und die Nutzung von Social Network Funktionen ermöglicht (vgl. DEUTSCHE STADTMARKETING GESELLSCHAFT MBH | 2).

Die Etablierung dieses System ist für die Stadt Garding bereits vorgesehen. Die Daten des "Regionalen Kooperationsprojektes" können problemlos in das System übernommen werden, laut Torsten Richter, Amt Eiderstedt. Das Angebot stellt für das "Regionale Kooperationsprojekt" eine kostengünstige Möglichkeit dar, über die Projekttätigkeiten zu informieren und das Projekt regional bekannt zu machen.

4.4 Facebook

Das Social Network Facebook wächst zunehmend, allein in Deutschland betrug der Zuwachs in dem Jahr 2010 150 Prozent. Rund 14 Millionen Menschen und somit jeder sechste Bürger der Bundesrepublik sind Teil der virtuellen Welt (vgl. ALLFACEBOOK). Vor allem die jüngere Generation nutzt die Community zur Selbstdarstellung sowie zum kommunikativen Austausch und zur Informationsbeschaffung (vgl. ALLFACEBOOK). Weltweit besitzt die Online Community rund 580 Millionen Mitglieder und bildet somit eine attraktive Plattform, um sich mittels der Facebook Fanseiten im WorldWideWeb zu präsentieren.

Die sogenannten Fanseiten bieten außerdem den Unternehmen, Organisationen und Institutionen die Möglichkeit sich vorzustellen. Das Social Network Facebook stellt neben der Homepage eine zusätzliche kostenlose Möglichkeit zur öffentlichen digitalen Repräsentierung des "Regionalen Kooperationprojektes" dar. Eine solche Fanseite ist leicht erstellbar und kann kontinuierlich angepasst werden. Darüber hinaus könnte man die "Fans" über Facebook stets auf dem Laufenden bezüglich der anstehenden Termine und Kooperationen halten. Die Kommentare der "Fans" geben eine Resonanz bezüglich des "Regionalen Kooperationsprojektes".

4.5 Lokale Medien

Neben den an Bedeutung gewinnenden digitalen Medien, spielen die klassischen Medien wie der Rundfunk und die Druckpresse immer noch eine große Rolle. Speziell der ländliche Raum und seine Bewohner greifen noch oft zu den traditionellen Informationsmedien. Dies liegt zum einen an den dortigen Bewohnergruppen. Die Mehrzahl der Landbewohner sind ältere Menschen, die keine Erfahrung im Umgang mit dem WorldWideWeb haben, während die heutige Jugend die Handhabung der Computer und des Internets schon in der Schule erlernen. Zum anderen sind dort nur unzureichend ausgebaute Breitbandverbindung vorhanden, die elementar für den Internetzugriff sind.

Um das Projekt für alle Zielgruppen zugänglich zu machen und da die Informierung der Nutzer über möglichst viele Medien erfolgen soll, stellt der Öffentlichkeitsauftritt in der lokalen Presse eine weitere Handlungsempfehlung dar. Dabei stützt sich die Projektgruppe auf die Formen und Verfahren für die Kommunikation in Planungs- und Entwicklungsprozessen von Klaus Selle.

Abbildung 43: Eiderstedter Zeitung - Strandpost

Der Aspekt der lokalen Medien dient der Übermittlung der

Information ohne eine Reaktionserfasssung zu erhalten. Diese Methode soll die Bewohner Eiderstedts über laufende Prozesse informieren und somit Themen von allgemeinem Interesse öffentlich bekannt geben. Dies bezieht sich auf die Veröffentlichung auf den Lokalseiten der örtlichen Tageszeitung, Leserbriefe, lokalen Werbeblättern, Stadtzeitung sowie in den lokalen Radiosendern und dem regionalen Fernsehen. Diese Art der Öffentlichkeitbekanntmachung bedarf einer möglichst frühzeitigen Durchführung, sollte nicht auf einen Anlass beschränkt sein und dient als eine längerfristige Kommunikationsstrategie. Eine Kooperation mit anderen Akteuren ist zu befürworten (vgl. BISCHOFF; SELLE; SINNING 2007: 79-81).

4.6 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Eine weitere Methode zur Informierung der Bewohner Eiderstedts, sind Vorträge und Diskussionsveranstaltungen. Diese Methode der Öffentlichkeitsarbeit bietet dem Verein und somit den agierenden Akteuren, die Möglichkeit, in Form von einer dialogischen Kommunikation

Abbildung 44: Vortragsveranstaltung

die Einwohner persönlich über Veränderungen oder Veranstaltungen zu informieren. Mittels dieser Form der Bürgerbeteiligung werden neben den Kindern und Jugendlichen, deren Informationsbeschaffung hauptsächlich über das Internet geschieht, weitere Zielgruppen des "Regionalen Kooperationsprojektes" angesprochen. Dies bietet dem Verein nicht nur die Chance direkte Reaktionen zu erhalten, sondern auch den Eiderstedtern die Gelegenheit, Vorschläge einzubringen, sodass kreative Ideen aufgenommen werden können.

Des Weiteren besitzt die Abhaltung einer Veranstaltung unverbindlichen, informierenden als auch qualifizierenden Charakter. Die Themen können den Zielgruppen angepasst, die Anzahl der Veranstaltungen verändert werden und die Gestaltung der Veranstaltung kann variieren. Verwandte Formen sind Foren, Konferenzen, Symposien und Tagungen, die in möglichen künftigen Ideenwerkstätten Anwendung finden können. Für die Durchführung einer solchen Veranstaltung ist eine gute Vorbereitung, Strukturierung und Ankündigung von großer Relevanz, ebenso wie eine verständliche Aufbereitung der Themen (vgl. BISCHOFF; SELLE; SINNING 2007: 90-92).

4.7 Flyer / Wurfsendungen

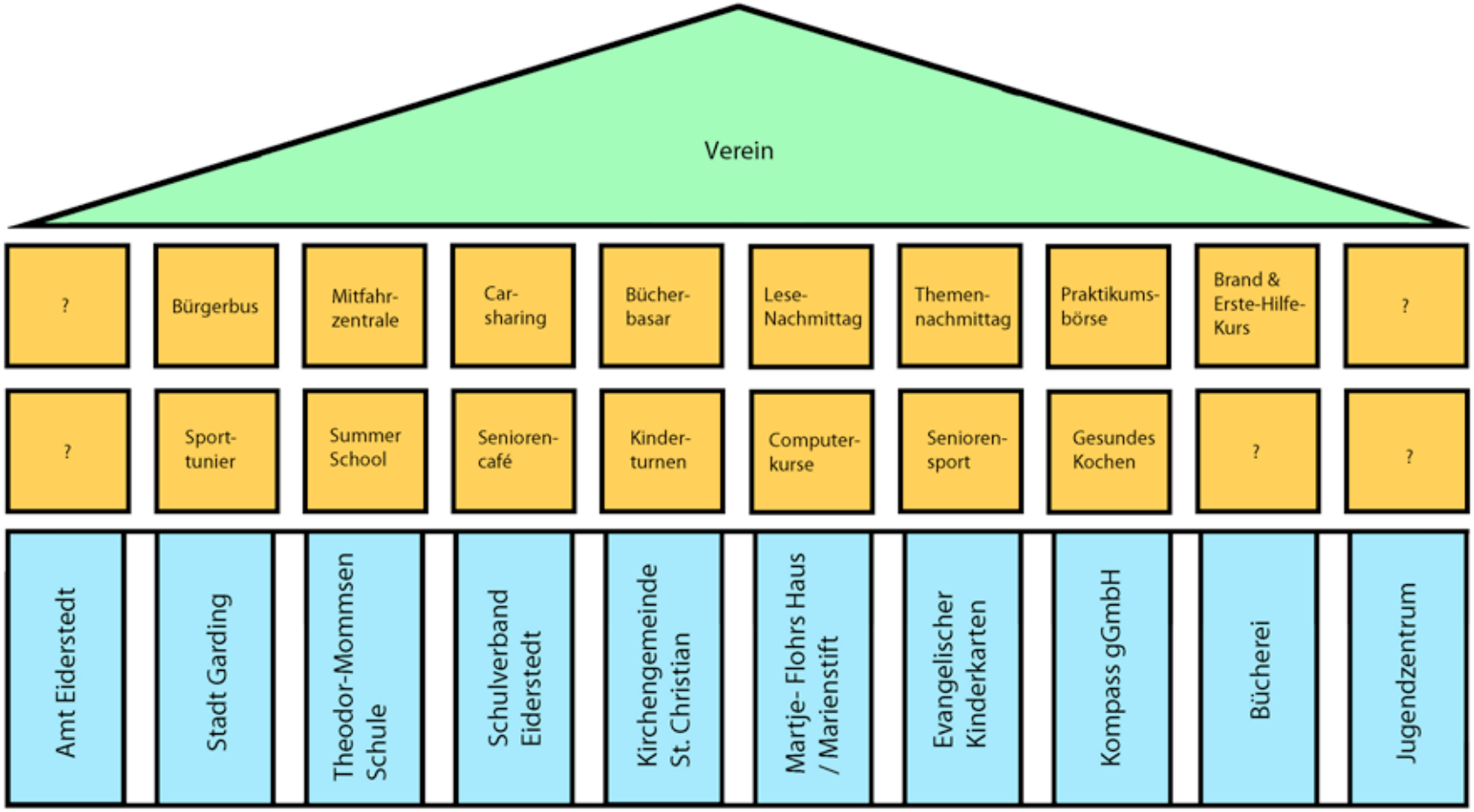
Ergänzend zu den lokalen Medien und den Veranstaltungen, die die Bewohner persönlich wahrnehmen müssen, um Informationen zu erhalten, gibt es die Informationsmethode des Aushanges, der Beilage oder der sogenannten Wurfsendung. Dies ist ebenfalls eine Möglichkeit über aktuelle Themen und Vorhaben zu informieren. Diese Methode des Informierens ist prädestiniert für ältere Menschen in Bezug auf das "Regionale

Abbildung 45: Wurfsendungen

Kooperationsprojekt". Allerdings erfasst man auch hierbei keine Reaktionen der Nutzer. Außerdem ist der Verteilungs- und somit der Kostenaufwand relativ hoch. Dieses Medium dient eher sehr kurzen Informationen, die die Bewohner möglichst schnell erreichen sollen. Mittels Wurfsendungen können zielgenaue Orte und Gruppen informiert werden. Der Inhalt muss kurz, präzise und leicht verständlich sein (vgl. BISCHOFF; SELLE; SINNING 2007: 73-75).

5. Handlungsempfehlung: Konkrete Projekte

Ein weiterer Bestandteil des Konzeptes ist die Aufführung einzelner Projekte. Es handelt sich hierbei um Projekte, die den vier Oberthemen Mobilität, Bildung, Freizeit und Gesundheit untergeordnet sind. Die jeweiligen Projekte gehen aus den einzelnen Kooperationen zwischen verschiedenen Einrichtungen beziehungsweise Institutionen hervor. Die Basis für die Entwicklung der konkreten Projekte ist der Akteursworkshop. In Zusammenarbeit mit den Akteuren beziehungsweise Vertretern der Einrichtungen entstanden erste Projektideen. Zudem wurden die Wünsche und Anregungen der Teilnehmer aufgenommen und verarbeitet. Diese Ergebnisse werden im Folgenden in Form von ausgearbeiteten Kooperationsprojekten dargestellt. Inhalt eines jeden Projektes sind die Kooperationspartner, Projektbeschreibung, Zielgruppe sowie Ziel und Zweck der Zusammenarbeit. Dabei bildet jedes Projekt eine Kooperation von meistens zwei Institutionen. Die Gesamtheit der vorgestellten Projekte stellt eine Handlungsempfehlung an das "Regionale Kooperationsprojekt" dar. Das Kooperationsnetzwerk ist so aufgebaut, dass die Aufnahme und Weiterentwicklung weiterer Projekte möglich ist.



Eigene Darstellung

5.1 Mobilität

Infolge des Strukturwandels ist der Mobilitätsbedarf gestiegen. Kleinräumige Versorgungsstrukturen in dem Dorf nehmen ab und gleichzeitig entstehen Versorgungsnetze mit großen Zwischenräumen. Aufgrund dieser Entwicklung müssen Bewohner des ländlichen Raumes längere Strecken zurücklegen, um Angebote nutzen zu können, die im eigenen Ort nicht beziehungsweise nicht mehr vorhanden sind.

Obwohl ein Bedarf an öffentlichen Verkehrsmitteln besteht, ist die Gewährleistung dessen, aufgrund der stark zersiedelten Landschaft und der daraus resultierenden zu hohen Kosten für ein gut ausgebautes Infrastrukturnetz, nicht möglich. Die Folge ist eine unzureichende Versorgung des ländlichen Raumes mit dem öffentlichen Personenenahverkehr. Dieser Umstand beeinträchtigt insbesondere Menschen ohne Auto wie etwa Senioren, Kinder und Jugendliche.

Im Hinblick auf die Erreichbarkeit des "Regionalen Kooperationsprojektes" ist der Aspekt der Mobilität von großer Bedeutung. Gerade Jugendliche, Kinder und Senioren ohne Fahrerlaubnis sollen die Möglichkeit haben, die Angebote des Kooperationsprojektes zu nutzen. Deshalb werden anschließend Handlungsempfehlungen in dem Bereich Mobilität zur Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs aufgestllt, wie der Bürgerbus, die Mitfahrzentrale oder das Carsharing.

5.1.1 Bürgerbus

Der Bürgerbus ist eine Maßnahme, der den lückenhaften öffentlichen Personennahverkehr in zersiedelten Gebieten unterstützt und alternativ zum herkömmlichen Linienverkehr eingesetzt wird. Mit dem Begriff Bürgerbus eng verwoben sind das "Anruf-Sammel-Taxi" oder der "Ruf-Bus". Jedoch unterscheiden sich diese Angebote vom Bürgerbus, der auf anderen Voraussetzungen basiert und für seinen Einsatzzweck ein besonders attraktives Mobilitätsangebot darstellt (vgl. PRO BÜRGERBUS NRW).

Der Grundgedanke hinter dem Projekt des Bürgerbusses lautet: „Bürger fahren für Bürger". Voraussetzung für die Bildung eines Bürgerbusses ist das Gründen eines eingetragenen Vereins durch ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger, die selbst als Fahrerinnen und Fahrer agieren. Der Verein ist anschließend der Betreiber der öffentlichen Buslinie mit einem eigenen Bus, der meist aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Im Rahmen des Projektes Bürgerbus wird durch bürgerschaftliches Engagement der Mobilitätsbedarf gedeckt, der durch den regulären und lokalen öffentlichen Personennahverkehr nicht mehr gesichert werden und erhalten bleiben kann. Dadurch wird eine neue Qualität für Regionen geschaffen, die auf eine konventionelle Busanbindung verzichten müssen (vgl. BÜRGERBUSSE IM VERKEHRSBUND BERLIN-BRANDENBURG: 8).

Ebenso wie der herkömmliche Linienverkehr verfügt der Bürgerbus über eine konzessionierte Linie mit Fahrplan, Haltestellen und einem genehmigten Tarif. Der rechtliche Rahmen wird hierbei von einem Verkehrsunternehmen abgesichert. Der Unterschied zum öffentlichen Nahverkehr besteht darin, dass der Bürgerbus von ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern betrieben wird. Der Bürgerbus soll keine Konkurrenz zum Linienverkehr des öffentlichen Personennahverkehrs darstellen. Daher wird er in Bereichen und Zeiten eingesetzt, in denen eine konventionelle Buslinie wirtschaftlich nicht mehr tragbar ist (vgl. PRO BÜRGERBUS NRW).

Die primäre Funktion des Bürgerbusses besteht darin, Lücken im öffentlichen Verkehrsnetz zu schließen. Dies wird gewährleistet, indem der Bürgerbus als Zubringer zu anderen öffentlichen Buslinien und Bahnverbindungen fungiert. Primär richtet sich der Bürgerbus an Nutzer, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind. Die Hauptzielgruppen sind hierbei Schüler oder Senioren ohne Fahrerlaubnis, aber auch Bewohner abgelegener Ortschaften. Durch das Angebot des Bürgerbusses können Schüler auch Freizeitaktivitäten außerhalb ihres Wohnortes warnehmen, das gleiche trifft auf die Zielgruppe der Senioren zu. Hinzu kommt, dass der Bürgerbus als Transportmittel für Einkäufe oder Arztbesuche genutzt werden kann (vgl. BÜRGERBUSSE IM VERKEHRSBUND BERLIN-BRANDENBURG: 8).

Neben der Funktion der Mobilitätsverbesserung bietet der Bürgerbus eine Möglichkeit sich ehrenamtlich für seine Region zu engagieren. Da das Konzept auf freiwillige Fahrer angewiesen ist, ist ein attraktives Vereinsleben eine wichtige Grundlage zur Aufrechterhaltung des Projektes. (vgl. BÜRGERBUSSE IM VERKEHRSBUND BERLIN-BRANDENBURG: 9).

Abbildung 46: Bürgerbus

Der Bürgerbus verfolgt das Ziel, dass Personen ohne einen Personenkraftwagen die Angebote des "Regionalen Kooperationsprojektes" innerhalb der gesamten Region Eiderstedt nutzen können. Das Angebot stellt eine Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs dar.

5.1.2 Mitfahrzentrale

Eine Mitfahrzentrale ist eine Institution, über die Mitfahrgelegenheiten angeboten und vermittelt werden. Hierbei werden zwei Optionen der Vermittlung unterschieden. Zum einen gibt es eine stationäre Zentrale, die Mitfahrgelegenheiten vor Ort oder telefonisch übermittelt und zum anderen besteht die Möglichkeit Mitfahrgelegenheiten über eine Internetplattform anzubieten. Im Rahmen der mobilitätsverbessernden Maßnahmen würde sich die Vermittlung über eine

Internetplattform anbieten, da bereits eine eigenständige Internetseite für das "Regionale Kooperationsprojekt" angelegt werden soll. Des Weiteren ist diese Form kostengünstiger, da nach Einrichtung der Internetplattform weniger Personal benötigt wird, als bei einer konventionellen stationären Vermittlungszentrale. Eine stationäre Vermittlungszentrale würde eine eigenständige Arbeitskraft benötigen, während die Internetplattform von der selben Arbeitskraft gepflegt werden würde, die auch die Internetseite betreut.

Über die Vermittlungsplattform können die Nutzer Anfragen aufgeben, für welche Strecke sie potentielle Fahrer beziehungsweise Mitfahrer suchen. Als zusätzliches Kriterium geben die Nutzer das Datum und die Uhrzeit der gewünschten Fahrt an. Gibt es eine Übereinstimmung einer gemeinsam nachgefragten Fahrt, kann der Kontakt zwischen Fahrer und Mitfahrer über die Mitfahrzentrale hergestellt werden. Die anfallenden Fahrtkosten werden dann zwischen Fahrer und Mitfahrer aufgeteilt. Ein Beispiel für eine Online-Mitfahrzentrale ist "Mitfahrgelegenheit.de". Hier können Nutzer Mitfahrangebote und Gesuche erstellen. Die eingestellten Gesuche beziehungsweise Angebote können dann über eine Suchmaske abgefragt werden. (vgl. MITFAHRGELEGENHEIT.DE)

Die auf diese Weise entstehenden gemeinsamen Fahrten von Personen, die sich in der Regel nicht kennen, ergeben unterschiedliche positive Effekte. Für den Mitfahrer wird eine kostengünstige Alternative zum öffentlichen Nahverkehr geschaffen und für den Fahrer reduzieren sich die Fahrtkosten. Zusätzlich wird ein positiver Beitrag zum Schutz der Umwelt geleistet, da der Besetzungsgrad innerhalb des Automobils gesteigert und die Anzahl der Einzelfahrten gesenkt wird.

Die Mitfahrzentrale verfolgt ebenfalls das Ziel, die verkehrliche Erreichbarkeit in der Region zu verbessern. Somit soll sichergestellt werden, dass die einzelnen Einrichtungen des "Regionalen Kooperationsprojektes" von allen Nutzern innerhalb der Region erreicht werden können.

5.1.3 Car-Sharing

Das sogenannte Car-Sharing, also das "Auto-Teilen", ist eine weitere Möglichkeit der Mobilitätssteigerung in dem ländlichen Raum. Professionelle Anbieter, aber auch ehrenamtlich geführte Car-Sharing-Vereine erlangen deutschlandweit zunehmend an Popularität. Über 100 Car-Sharing-Organisationen in über 250 Städten und Gemeinden wurden 2008 gezählt; von 2006 bis 2007 wurde ein Anstieg um 15 Prozent beobachtet. Die meisten Car-Sharing-Organisationen sind über den Bundesverband Car-Sharing e.V. organisiert. Über deren Homepage sind Informationen zu diesem Thema zu beziehen (vgl. BÖTTCHER; SACHSE 2008: 107).

Die Idee des organisierten Car-Sharing entstand in den späten 80er Jahren in der Ökologiebewegung. Heute ist das "Auto-Teilen" auch für große Konzerne wirtschaftlich interessant und scheint eine große Zukunft vor sich zu haben. Die nachweisliche Kosteneffizienz, aber auch der gesellschaftliche Wandel lösen das Bild des Besitzes eines Autos als Statussymbol mehr und mehr auf. Die organisierte, gemeinschaftliche Nutzung von Kraftfahrzeugen setzt eine gültige Fahrerlaubnis und den Abschluss eines entsprechenden Rahmenvertrages voraus. Erfahrungsgemäß werden bei Car-Sharing-Anbietern, die innerstädtisch oder im Stadt-Umland angesiedelt sind, circa 70 Prozent Kleinwagen nachgefragt (CHRIST 2009: 135 ff.)

Ob das Car-Sharing in der Region Eiderstedt ebenso großen Anklang finden wird, bleibt abzuwarten. Ziel des Car-Sharings innerhalb des "Regionalen Kooperationsprojektes" ist die Bereitstellung eines gemeinsamen Automobils, das gemeinschaftlich von den Akteuren genutzt werden kann. Dadurch sollen Kosten eingespart werden und Synnergieeffekte entstehen. Zudem dient das Car-Sharing dem Transport der Nutzer des Kooperationsprojektes zu Veranstaltungsorten und initiierten Projekten. Gelegentliche Einkaufsfahrten oder größere Besorgungen der teilnehmenden Akteure bedürfen unter Umständen Kombifahrzeuge oder Kleintransporter, die mittels des Car-Sharings zur Verfügung gestellt werden.

5.2 Bildung

Der zweite Handlungsschwerpunkt setzt den Fokus auf den Bereich der Bildung. Gerade im Hinblick auf den demographischen- und wirtschaftlichen Wandel steht auch der Bildungssektor auf dem Lande vor räumlichen sowie strukturellen Veränderungen. Kleinräumige Strukturen auf dem Dorf werden oftmals aufgegeben und großräumige Bildungszentren in größeren Städten entstehen.

Aus diesen Gründen hat die P3-Projektgruppe bezüglich des "Regionalen Kooperationsprojektes" sechs Projektvorschläge für den Bereich der Bildung erarbeitet, die das schon bestehende Angebot innerhalb Gardings erweitern könnten. Die unterschiedlichen Projekte sprechen dabei verschiedene Ziel- und Altersgruppen an.

5.2.1 Bücherbasar

Ein Projektvorschlag für den Sektor Bildung ist der Bücherbasar. Das Projekt könnte durch Kooperation zwischen der Schule und dem Kindergarten mit der ansässigen Bücherei durchgeführt werden. Mittels des bereits erwähnten Bürgerbusses gelangen Kinder und Erwachsene aus der Region nach Garding, um dort an dem Basar teilnehmen zu können. Nach Möglichkeit könnte die Schule Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, um dort den Basar abhalten zu können. Zusätzlich ist die Ausrichtung eines Flohmarktes, bei dem die Bewohner Gardings und der Region ihre Bücher verkaufen können, empfehlenswert.

Des Weiteren wären Führungen für die Grundschulkinder durch die Bücherei sinnvoll, sodass die Schulanfänger bereits früh lernen, wie sie ein bestimmtes Buch schnell finden können und welche Bücher die Bücherei insgesamt anbietet. Dieses Wissen kann für die Kinder innerhalb ihrer Schulausbildung durchaus hilfreich sein. Außerdem könnte eine Leseecke eingerichtet

werden, wo die Bücher vor Ort eingesehen werden können. Zudem ist eine Entleihung der Bücher gegen Entgelt möglich.

Dieses Projekt ist für all diejenigen, die gerne neue und alte Geschichten lesen oder die Bücherei kennenlernen und das Lesen für sich entdecken wollen. Der Bücherbasar könnte bei Interesse alle drei Monate stattfinden.

Abbildung 47: Bücherflohmarkt

5.2.2 Lese-Nachmittag

Der Lese-Nachmittag ist ein Projekt, welches durch eine Kooperation von der Schule und dem Kindergarten mit dem Seniorenheim Martje-Flohrs-Haus durchgeführt werden könnte. Dieses Projekt beinhaltet den Transport von Kindern aus der Region nach Garding in das Seniorenheim mit dem Bürgerbus.

Der Lese-Nachmittag soll in den Räumlichkeiten des Seniorenheimes stattfinden, während die Senioren den Kindern Geschichten erzählen oder aus ihren Lieblingsbüchern vorlesen.

Dabei können Geschichten einer Gruppe als auch einzeln vorgelesen werden. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, Schriftsteller aus der Region zu den Lese-Nachmittagen einzuladen, sodass diese den Kindern und Jugendlichen vorlesen.

Dieses Projekt soll zum einen die Senioren ansprechen, die sich gerne mit Kindern beschäftigen und zum anderen die Kinder aus Garding und der Region, die einen Nachmittag voller Märchen und Abenteuer genießen wollen. Somit haben die Senioren eine abwechslungsreiche Aufgabe

Abbildung 48: Vorlesestunde

Abbildung 49: Vorlesestunde in der Gruppe

und die Kinder werden an das Lesen herangeführt. Die offiziellen Lesungen sind auch für Erwachsene der Region zu empfehlen.

Der Lese-Nachmittag könnte bei Interesse alle 14 Tage stattfinden.

5.2.3 Themennachmittag

Ein weiteres Projekt ist der Themennachmittag. Dieser soll durch eine Kooperation von der Schule und der Bücherei gewährleistet werden. Dieses Projekt soll in den Räumlichkeiten der Theodor-Mommsen-Schule stattfinden. Sinn und Zweck dieses Projektes ist, die Kinder neben der Schule auf aktuelle Themen der Welt aufmerksam zu machen und sie dafür zu interessieren. Dabei ist die Themenwahl sehr flexibel. Es können derzeit diskutierte Themen, wie das des Klimawandels, aber auch Themen aus den Bereichen Wirtschaft und Politik sein. Hauptanliegen soll es sein, das große Themen der kleinen Bevölkerung nahe gebracht werden und die wichtigsten Informationen übermittelt werden. Ein besonders interessantes Thema wäre auch der demographische Wandel. Denn auch die Lebenskultur auf dem Land und die Wichtigkeit der Landwirtschaft sind Themen über die man mit den Kindern sprechen kann und muss. Dieses Projekt, kann neben einer reinen Vortragsveranstaltung auch in Form eines "Kinder-Aktions-Tag" durchgeführt werden.

Abbildung 50: Kindernachmittag

Dieses Projekt ist für die Kinder der Region, die wissbegierig sind und einen Nachmittag voller Neuigkeiten und interessanter Themen erleben wollen. Somit werden die Kinder spielerisch an aktuellen Geschehnisse in der Welt herangeführt. Da jedes Mal ein anderes Thema im Fokus steht, ist es sehr vielseitig und spricht sicherlich viele verschiedene Leute an. Dieser Themennachmittag könnte bei Interesse wöchentlich stattfinden.

5.2.4 Computer-Kurse

Die Computer-Kurse sollen ein fortlaufendes Kursangebot darstellen welches mehrmals im Jahr in Blöcken angeboten wird. Hierbei können unterschiedliche Akteure zu der Realisierung beitragen. Denkbar wären die Kompass g GmbH, die Theodor-Mommsen-Schule, der Evangelische Kindergarten und das Jugendzentrum. Ziel des Projektes, bzw. des Kursangebotes soll sein den unterschiedlichen Altersgruppen, insbesondere den Kindern, aber auch Erwachsenen und Senioren den sicheren Umgang mit dem Computer und Internet beizubringen und ihnen versierte Grundkenntnisse im Bereich der Elektronischen Datenverarbeitung zu vermitteln. Es wäre denkbar dazu unterschiedliche Themenschwerpunkte in die unterschiedlichen Kursblöcke aufzunehmen, wie z.B. ein Lehrangebot im Bereich Office 2010, HTML, Surfen im Internet. Der PC und dessen Nutzung werden heute zunehmend elementarer im Beruf und Alltag, so wäre es Wünschenswert wenn allen Altersgruppen ein einfacher Zugang zu diesem Bereich ermöglicht wird ob nun als Kind welches spielerisch in Maßen mit dem Computer heranwächst oder für die Senioren welche Beispielswiese den Computer als neue Möglichkeit entdecken Einkäufe auf dem Land zu tätigen oder um mit ihren Enkelkindern welche für die Ausbildung, das Studium in die Großstadt gezogen sind Kontakt zu halten. Leiten könnten diese Kurse engagierte Ehrenamtliche Privatpersonen, gestelltes Personal der Kompass g GmbH oder aber man tritt mit dem Weiterbildungsverband bzw. der Volkshochschule in Kontakt um sich deren bestehende Strukturen zu nutzen zu machen.

5.2.5 Brandaufklärung und Erste - Hilfe - Kurs

Die Feuerwehr hat im ländlichen Raum eine hohe Tradition und so wäre es sehr wünschenswert wenn man diese in Kooperation mit der Schule, den Einrichtungen der Kirche und Diakonie noch mehr verknüpft und einbringt. Der Gedanke ist das Kurse speziell auf die Altersgruppe in Brandaufklärung, aber auch Erste-Hilfe angeboten werden. Gerade auf dem Land wo die

Zeit bis Hilfe naht durchaus länger als in der Stadt betragen kann, zählt jede Minute. Durch eine umfangreiche spielerische, aber mit dem richtigen Ernst verbundene Aufklärung über das Verhalten, die Vorgänge beim Brandfall könnten somit Leben gerettet werden. In vielen Regionen der USA ist es Alltäglich das Maßnahmen zum Schutz vor Naturkatastrophen einstudiert und geprobt werden. Diesen Gedanken sollte man auf die Gegebenheiten vor Ort, wie eben Brandfälle oder auch Überflutung übertragen. Abgestimmt sollten die Kurse auf die Belange der Kinder, Beeinträchtigte und Senioren werden, da jene jeweils in der Basis zwar die gleichen Informationen erhalten sollen, aber im Notfall andere Reaktionen erbringen können. Die Kurse sollen aber nicht nur das Verhalten und Gefahren im Notfall aufzeigen sondern auch vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung darstellen. Geleitet sollte der Kurs von der Freiwilligen Feuerwehr in Zusammenarbeit mit Lehrern, Pflegern und Ärzten werden.

5.2.6 Praktikumsbörse

Für eine Praktikumsbörse kooperiert die Theodor-Mommsen-Schule mit dem Amt Eiderstedt. Das Amt Eiderstedt sammelt Praktika und Ferienjob Angebote innerhalb der Region Eiderstedt, die dann auf der Internetseite des Amtes für die Schüler zur Verfügung gestellt werden. Durch Ferienjobs und Praktika haben die Schüler die Möglichkeit Betriebe innerhalb der Region kennen zu lernen. Die Ferienjobs bzw. Praktika können natürlich auch das Interesse wecken eine Ausbildung im selbigen Betrieb nach dem Schulabschluss anzutreten. Somit können die regionalen Betriebe neue Arbeitskräfte gewinnen und die Abwanderung der jungen Bevölkerung könnte reduziert werden.

5.3 Freizeit

Unter dem Thema Freizeit werden drei Kooperationsprojekte vorgestellt. In Bezug auf die Verbesserung der Lebensqualität auf dem Land hat das Freizeitangebot einen wesentlichen Stellenwert. Die infrastrukturellen Gegebenheiten des ländlichen Raumes bieten ein relativ geringes Angebot an freizeitlichen Aktivitäten. Umso relevanter ist die Erweiterung und Verbesserung des vorhandenen Freizeitangebotes. In Anbetracht der demographischen Entwicklungen bieten die hier vorgestellten Projektideen ein Angebot für alle Alstergruppen der Eiderstedter Bevölkerung.

5.3.1 Summer School

Die Summer School ist ein Projekt, das jedes Jahr in der Zeit der Sommerferien stattfindet. Kooperationspartner hierbei sind die Theodor-Mommsen-Schule, das Jugendzentrum sowie die Kirchengemeinde. Ziel des Projektes ist es, den Kindern auch in den Ferien ein buntes Angebot an Freizeitspaß zu bieten. Angeboten werden könnten Tagesausflüge, Tanz- oder

Abbildung 51: Summer School

Theaterkurse und gemeinsame Fahrradtouren. Im weiteren Sinne könnte die Summer School ebenfalls von den Kindern der Ferienurlaubern genutzt werden und so das Tourismusangebot Gardings bzw. Eiderstedt erweitern und stärken. Das Projekt würde so nicht nur den Kindern Gardings, sondern zudem dem Eiderstedter Tourismus zu Gute kommen. Für die Leitung bzw. die Aufsicht und Betreuung der Kinder sollte eine Hilfskraft eingestellt werden, für eine genau festgelegte Dauer. Zu überlegen wäre, ob das benötigte Personal über die Kompass gGmbH zur Verfügung gestellt werden könnte.

5.3.2 Sportturnier

Als weitere Handlungsmaßnahme könnte ein Sportturnier in Eiderstedt eingeführt werden. Seien es traditionell starke Sportarten wie Hand- oder Fußball, lokale Sportarten wie das Boßeln

Abbildung 52: Sporttunier

oder Trendsportarten, die, aufgrund ihrer geringen Verbreitung, bislang vor allem überregionale Besucher anziehen, einen Mehrwert für die Region schaffen. Vorhandene Kapazitäten könnten durch eine vereinsübergreifende Kommunikation zusammengelegt werden, um Sportstätten und Schlafplätze zu benennen. Die Eiderstedter Bevölkerung könnte sich als Helfer engagieren, um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren. In regelmäßigen Abständen könnten so alle Altersschichten einen sportlichen aber auch menschlichen Austausch mit überregionalen und gar internationalen Gästen pflegen.

5.3.3 Seniorencafé

Das Projekt Seniorencafé kann durch eine Kooperation zwischen der Kirchengemeinde Garding und dem Martje-Flohrs-Haus initiiert werden. Es kann wöchentlich ein geselliges Beisammensein unter dem Titel Seniorencafé stattfinden. Hierfür könnte als Veranstaltungsort das Gemeindehaus der Kirchengemeinde Garding genutzt werden. Ehrenamtliche Senioren der Kirchengemeinde Garding oder aus der Region bieten dort selbstgebackenen Kuchen und Kaffee an, der Erlös kann als Spende der Kirchengemeinde sowie dem "Regionalen Kooperationsprojekt" zugeführt werden. Bei geselliger Atmosphäre mit Kaffee und Kuchen können sich Senioren der Kirchengemeinde und des Seniorenheimes über aktuelle Themen oder vergangene Tage austauschen. Dieses Angebot muss sich jedoch nicht auf die Mitglieder der Kirche oder des Seniorenheimes beschränken. Mit diesem Projekt soll die Zielgruppe der Senioren aus der gesamten Region

Abbildung 53: Seniorencafé

angesprochen werden. Auf diese Weise wird ein regionales Freizeitangebot für die Senioren geschaffen.

5.4 Gesundheit

Die Schwerpunktprojekte des Bereiches der Gesundheit, sollen nicht auf die mangelnde Gesundheitsversorgung des ländlichen Raumes in Form von fehlenden Facharztpraxen reagieren, sondern vielmehr eine medizinische Prophylaxe durch ein vielseitiges Sportangebot und kompetenter Ernährungsberatung schon in Kindergärten und Schulen bis hin zum Seniorenwohnheim gewährleisten.

Dabei gilt es, den Herausforderungen der Zukunft, wie beispielsweise dem demographischen Wandel und einem Auseinanderdriften der Gesellschaft, bestmöglich zu begegnen und die Konsequenzen für die Menschen verträglich und gleichzeitig zukunftssichernd zu gestalten. Da die Menschen immer älter werden, gilt es, ihre körperliche Mobilität zu erhalten und sie nicht von dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen. Zudem muss das Engagement der Bürger durch Vorsorgen, Aktivieren und Fördern immer wieder neu gestärkt werden.

Im Rahmen des „Regionalen Kooperationsprojektes“ werden drei Projekte unter dem Aspekt der Gesundheit vorgestellt, die zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum beitragen sollen. Neben dem Stellenwert als Freizeitaktivität, dienen die Sportprojekte sowie die Ernährungshilfe dem Gemeinwesen in Eiderstedt.

5.4.1 Seniorensport

Das Projekt "Seniorensport" stellt eine Kooperation zwischen dem Gardinger TSV 1865 e.V. sowie dem Martje-Flohrs-Haus, Alten- und Pflegeheim Garding, dar. Die Zielgruppe, die mit diesem Projekt angsprochen wird, ist die ältere Generation, sprich die Bewohner des Alten- und Pflegeheimes Garding oder weitere ältere Bewohner Gardings. Im Rahmen des Projektes sollen Sportstunden beziehungsweise Bewegungsmöglichkeiten für Senioren angeboten werden. Sinn und Zweck ist es, die wachsende ältere Bevölkerung mit einfachen Übungen körperlich gesund zu halten und ihnen so Abwechslung zu bieten, auch im Hinblick auf den demographischen Wandel. Um ihren Zweck zu erfüllen, sollten die Sportkurse wöchentlich stattfinden. Die Idee ist es, dass der Gardinger TSV geeignete Räume zur Verfügung stellt. Durchgeführt werden könnten die Kurse von einem TSV-Mitglied auf ehrenamtlicher Basis. Es besteht auch die Möglichkeit einer Kooperation zwischen dem Gardinger TSV und dem Marienstift. Allerdings ist zu beachten, dass das Bewegungsangebot auf die Bewohner des Marienstiftes anzupassen wären.

Abbildung 54: Seniorensport

5.4.2 Kinderturnen

Der Gardinger TSV 1865 e.V. kooperiert mit der Theodor-Mommsen-Schule beziehungsweise mit dem Evangelischen Kindergarten Garding. Bei der angesprochenen Zielgruppe handelt es sich hierbei um die Kinder der Gemeinde Garding. Zweck des Projektes ist die regelmäßige Bewegung der Kinder, die zusätzlich und außerhalb des Schulsports stattfinden soll. Die Kinder sollen die Möglichkeit haben Nachmittags unter Aufsicht zu turnen. Gleichzeitig wird damit ein Freizeitangebot geschaffen. Der Gardinger TSV oder die Schule stellen im Zuge dessen eine Sporthalle oder dafür geeignete Räume zur Verfügung. Die Aufsicht und Betreuung übernimmt eine Sportlehrer, Mitglied des Gardinger TSV oder ein freiwilliger, sportbegeisterter Elternteil. Das Kinderturnen soll, gleich dem Seniorensport, wöchentlich stattfinden, wahlweise alle zwei Wochen.

Abbildung 55: Kinderturnen

5.4.3 Gesundes Kochen

Das Martje-Flohrs-Haus beziehungsweise die Senioren kooperieren mit der Theodor-Mommsen-Schule. Zielgruppe sind in erster Linie die Kinder als auch die Senioren. Ziel und Zweck des Projektes ist das Erlernen des Umgangs mit gesunden Lebensmitteln und die Vermittlung von gesunden Ernährungsgewohnheiten. Damit soll ein Beitrag zur Gesundheit der Kinder geleistet werden. Zudem soll das Projekt generationsübergreifende Begegnungen schaffen und so die Beziehungen zwischen den Generationen stärken. Die Kinder lernen so im frühen Alter einen rücksichtsvollen und respektvollen Umgang mit älteren Menschen. Zudem soll die Identität, insbesondere der Kinder, mit der Region gestärkt werden, indem typisch Eiderstedter Gerichte nachgekocht werden. Das gesunde Kochen könnte jeden Monat stattfinden. Zur Durchführung des Projektes könnte die Gemeinschaftsküche des Martje-Flohrs-Hauses genutzt werden. Zu bedenken wäre hier die Finanzierung der gebrauchten Lebensmittel.

Abbildung 56: Gesundes Kochen

6. Handlungsempfehlung: Finanzierungsmöglichkeiten

6.1 Fördermittel der EU

Die Aktivierung lokaler und regionaler Potenziale gilt als der zentrale Ansatz ländlicher Entwicklungspolitik, um über den Sektor Landwirtschaft hinausgehend und unabhängig von zufälligen externen Investitionen einen eigenständigen Entwicklungspfad einzuschlagen. Um ein wirtschaftlich und sozial stabiles Europa zu schaffen, verfolgt die Europäische Union das Ziel, Ungleichheiten zwischen den Regionen zu verringern und allen Bürgern der Union zu vergleichbaren Lebenschancen zu verhelfen. Die Entwicklungspolitik der ländlichen Regionen findet ihre politischen Vorgaben in den strategischen Grundsätzen der Europäischen Union. Dies ist zunächst die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung aus dem Jahre 2000, welche die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt transformieren soll (vgl. DEUTSCHE VERNETZUNGSSTELLE LÄNDLICHER RÄUME 2010; HAHNE 2011).

Zu den wichtigsten Förderprogrammen der Europäischen Strukturfonds zählt der Europäische Sozialfonds, der die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Ausbildung und Qualifizierung der Menschen unterstützt. Der Europäische Sozialfond gilt als Hauptinstrument der europäischen Beschäftigungsstrategie. Als wichtige Methode der Regionalpolitik stärkt der Europäische Fonds für regionale Entwicklung die wirtschaftliche und soziale Kohäsion. So erhalten wirtschaftlich und strukturell benachteiligte Regionen Hilfen, um die eigenen Ressourcen und Potenziale effektiver zu nutzen.

In der Förderperiode 2007 bis 2013 hat die Europäische Union erstmals einen eigenen Fonds zur Entwicklung der ländlichen Räume bewilligt. Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums begünstigt die Landwirtschaft und die Entwicklung

der ländlichen Räume. In das Programm wurde der LEADER-Ansatz, wie bereits in der Analyse erläutert, als spezifischer methodischer Ansatzpunkt aufgenommen (vgl. HAHNE 2011). Der Leader-Ansatz findet in Schleswig-Holstein durch das Förderprogramm "AktivRegionen" Anwendung. Hier werden ausgearbeitete Programmansätze mit Fördermitteln bedacht (siehe auch 6.3 Fördermittel der AktivRegion) (vgl. MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME 2009).

Das Programm „Kultur 2007-2013" unterstützt Kulturakteure und will den interkulturellen Dialog in Europa fördern. Das Programm „Lebenslanges Lernen" zeichnet sich durch die Kooperationen mit Bildungsträgern aus. Das demokratische Engagement und die Solidarität unter jungen Menschen werden durch das Programm „Jugend in Aktion" gestärkt. Ein „Forschungsrahmenprogramm" stellt finanzielle Hilfen für Forschungsmaßnahmen bereit und fördert die internationale Wettbewerbsfähigkeit (vgl. DEUTSCHE VERNETZUNGSSTELLE LÄNDLICHER RÄUME 2010). Die Akquise von Fördergeldern stellt einen wichtigen Faktor in Fragen der Realisierbarkeit einzelner Projekte dar. Die Möglichkeit Förderungen zu erlangen sollte daher regelmäßig geprüft werden. Professionelle Hilfe, zB eines Regionalmangagers, kann hier von großem Nutzen sein.

6.2 Fördermittel des Bundes

Die ländlichen Räume Deutschlands werden auf Bundesebene vor allem über die beiden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" gefördert. Bund und Länder verfolgen in Zusammenarbeit mittels der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz das Ziel, die Land- und Forstwirtschaft auf zukünftige Anforderungen vorzubereiten und für den europäischen Markt wettbewerbsfähig zu machen. Ebenso soll der Küstenschutz verbessert werden. Die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur entstammt der

Regionalpolitik des Bundes und dient der nachhaltigen Erhöhung des regionalen Wachstums. So sollen strukturschwache Regionen bei der Umsetzung eigener, zielgerichteter Projekte unterstützt werden (vgl. DEUTSCHE VERNETZUNGSSTELLE LÄNDLICHER RÄUME 2010).

Über das Instrument der Städtebauförderung gewährt der Bund den Ländern zusätzliche Finanzhilfen, um nachhaltige städtebauliche Strukturen herzustellen, Innenstädte und Ortszentren zu stärken oder soziale Missstände zu beheben. Das jüngste Städtebauförderprogramm mit dem Namen „Förderung kleinerer Städte und Gemeinden – Zusammenarbeit und Netzwerke" hat die Stärkung überörtlicher Kooperationen zum Ziel und wurde im Jahre 2010 installiert (vgl. DEUTSCHE VERNETZUNGSSTELLE LÄNDLICHER RÄUME 2010).

Die Gemeinschaftsaufgaben und die Städtebauförderung werden jeweils auf Bundesländerebene in Förderprojekten umgesetzt. Zahlreiche weitere Fördermöglichkeiten werden durch die Bundesländer angeboten. Eine Auflistung ist aufgrund der Vielzahl und Unterschiede jedoch nicht zuträglich.

Ebenso ist Deutschland mit einer umfassenden Förderlandschaft gesegnet, 15.400 Stiftungen kennt der Deutsche Stiftungsverband. Auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau kann mit zinsgünstigen Krediten, die teilweise vom Bund subventioniert werden, Förderungen vergeben. Die Landwirtschaftliche Rentenbank offeriert mehrere Programme, die sich dem Leben auf dem Land und räumlichen Infrastrukturmaßnahmen zuwenden (vgl. DEUTSCHE VERNETZUNGSSTELLE LÄNDLICHER RÄUME, 2010). Auch in diesem Bereich empfiehlt es sich dringend, sich konkretisierende Projekte auf mögliche Unterstützungen hin zu prüfen, und gegebenenfalls zu bewerben.

6.3 Fördermittel der AktivRegion

Die AktivRegion ist eine Förderinitiative des Landes Schleswig-Holstein und setzt, wie bereits im Projektabschnitt "Förderprogramme für den ländlichen Raum" erläutert, auf die Potenziale der Region. Das Konzept der AktivRegion ist ein innovativer Ansatz, um das EU-Förderprogramm, Leader, in den Regionen umzusetzen (vgl. MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME 2009).

Das Förderkonzept "Zukunftprogramm ländlicher Raum" ist in vier Schwerpunkte unterteilt.
Zu den Themen zählen die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, die Verbesserung der Kulturlandschaft durch die Umwelt und der Landschaft, der Erhalt der Lebensqualität im ländlichen Raum und die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft sowie, als methodischer Schwerpunkt, die AktivRegion und die Umsetzung des Leader-Konzeptes (vgl. ZUKUNFTSPROGRAMM LÄNDLICHER RAUM 2007).

Innerhalb des Schwerpunktthemas des Erhaltes der Lebensqualität im ländlichen Raum und der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft, finden sich Förderungen, die eine mögliche künftige Unterstützung des "Regionale Kooperationsprojektes" gewährleisten könnten.

Eines der Förderthemen ist "Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung". Ziel dieser Förderung ist die Sicherung und Weiterentwicklung der Nahversorgung zur Verbesserung der Lebensqualität für die dörfliche Bevölkerung. In dem Zusammenhang werden Investitionen in dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen, zum Beispiel Markt-Treffs, inklusive Vorarbeiten gefördert. Dies betrifft Gemeinden und Gemeindeverbände, Teilnehmergemeinschaften und deren Zusammenschlüsse, Wasser- und Bodenverbände sowie ähnliche Rechtspersonen. Die nachfolgenden Förderungen können ebenfalls von diesen Akteuren beansprucht werden. Die Form der Förderung beläuft sich auf einen Zuschuss bis zu 75 Prozent. Die Maßnahme wird nicht in Orten mit mehr als 10.000 Einwohnern durchgeführt und kann ab 2010

grundsätzlich nur noch über eine Lokale Aktionsgruppe der AktivRegion umgesetzt werden (vgl. ZUKUNFTSPROGRAMM LÄNDLICHER RAUM 2007).

Ein weiterer Aspekt ist die Dorferneuerung und -entwicklung. Ziel dieser Förderung ist die Erhaltung und Gestaltung der Dörfer zur Steigerung der Lebensqualität für die lokale Bevölkerung sowie zur Verbesserung der touristischen Attraktivität der ländlichen Regionen. In dem Zusammenhang werden investive Maßnahmen zur Dorferneuerung und -entwicklung ländlich geprägter Orte einschließlich Vorarbeiten, wie Untersuchungen und Erhebungen, Dorfentwicklungskonzepte sowie Betreuung der Zuwendungsempfänger, unterstützt. Der Förderzuschuss kann hierbei zusätzlich von natürlichen Personen und Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts in Anspruch genommen werden. Die Form der Förderung beläuft sich auf einen Zuschuss bis zu 75 Prozent bei Gemeinden, Gemeindeverbänden, Teilnehmergemeinschaften, ihren Zusammenschlüssen, Wasser- und Bodenverbänden und ähnlichen Rechtspersonen sowie bis zu 45 Prozent bei natürlichen Personen und Personengesellschaften sowie juristischen Personen des privaten Rechts. Ebenso wie bei der oben ausgeführten Förderung können auch diese Maßnahmen nicht in Orten mit mehr als 10.000 Einwohnern durchgeführt und ab 2010 grundsätzlich nur noch über eine Lokale Aktionsgruppe der AktivRegion umgesetzt werden (vgl. ZUKUNFTSPROGRAMM LÄNDLICHER RAUM 2007).

Des Weiteren sind Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung und Förderveranstaltungen relevant. Ziel dieser Förderung ist die Unterstützung bei der Erarbeitung und kompetenten Umsetzungsbegleitung integrierter Entwicklungsstrategien. Dies ist die Grundlage zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsräume. In diesem Zusammenhang werden Studien, wie die Erarbeitung integrierter Entwicklungsstrategien und das Regionalmanagement zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung von ländlichen Entwicklungsprozessen, gefördert. Die finanzielle Unterstützung gilt hierbei zusätzlich für Zusammenschlüsse von verschiedenen Akteuren

im ländlichen Raum mit eigener Rechtspersönlichkeit unter Einschluss von Gemeinden oder Gemeindeverbänden. Die Form der Förderung beläuft sich auf einen Zuschuss für Konzepte bis zu 75 Prozent, einmalig bis höchstens 50.000 Euro je Konzept. Für das Regionalmanagement werden bis zu 70 Prozent, jedoch höchstens 75.000 Euro jährlich für einen Zeitraum von maximal fünf Jahren, übernommen. Die Bevölkerung und relevante regionale Akteure sind einzubeziehen. Die Bezuschussung eines Regionalmanagements erfordert eine Einwohnerzahl von 50.000. Die Maßnahme kann ab 2010 grundsätzlich nur noch über eine Lokale Aktionsgruppe der AktivRegion umgesetzt werden (vgl. ZUKUNFTSPROGRAMM LÄNDLICHER RAUM 2007).

Insgesamt stehen für den Förderzeitraum für alle vier Förderschwerpunkte circa 240 Millionen Euro zur Verfügung. Die Förderinitiative AktivRegion kommt mit der Umsetzung des vierten methodischen Schwerpunktes eine bedeutende Rolle zu. Eine wirksame Verbindung unterschiedlicher Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten kann mit der Vernetzung von Gesellschaft und Wirtschaft, also durch die AktivRegion, leichter erreicht werden (vgl. MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME 2009).

Einen Überblick über die rechtlichen, formellen Grundlagen und den inhaltlichen Kriterien bieten die Rahmenbedingungen für die Projektförderung durch die AktivRegion Südliches Nordfriesland.

Das Förderbudget der AktivRegion umfasst eine Höhe von 250.000 Euro. Öffentliche Projekte können eine maximale EU-Förderung von 55 Prozent der förderfähigen Nettokosten beantragen und private Projekte eine maximale Förderung in Höhe von 45 Prozent der Nettokosten, inklusive öffentlichem Eigenanteil, erhalten. Die Entscheidung über die eingereichten Projekte und die Vergabe der Mittel trifft der Vorstand der Lokalen Aktionsgruppe der AktivRegion (vgl. LAG AKTIVREGION SÜDLICHES NORDFRIESLAND E.V. 2010).

Der Vorstand der Lokalen Aktionsgruppe hat einen Handlungsleitfaden zur Projektförderung

erlassen. Dieser enthält formelle und inhaltliche Rahmenbedingungen und Auswahlkriterien zur Projektförderung.

Zu den inhaltlichen Kriterien zählen, der Nutzen des Projektes für die AktivRegion, der Mehrwert für die Region als auch, dass das Projekt modellhaft und übertragbar ist. Zudem sollen Ziele, Inhalte, Partner und Wirkungen des Projektes nachvollziehbar dargestellt sein und mindestens 15, der maximal 43 möglichen Punkte müssen im Rahmen der Projektbewertung durch den Vorstand erreicht werden. Für einen positiven Projektschluss sind die Grundvoraussetzungen, dass das Projekt die regionale Entwicklungsstrategie unterstützt, die Projektfinanzierung gesichert und die Nachhaltigkeit des Projektes nachvollziehbar dargestellt ist (vgl. LAG AKTIVREGION SÜDLICHES NORDFRIESLAND E.V. 2010).

Die formellen Rahmenbedingungen beinhalten beispielsweise, dass das Projekt in Übereinstimmung mit den Regeln des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum sowie der Gesetzgebung der Europäischen Union und der Bundesrepublik stehen muss. Zusätzlich gelten die Richtlinie der "Integrierten ländlichen Entwicklung". Publizitätsvorschriften und das Vergaberecht müssen beachtet werden. Außerdem besteht kein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde, aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und der einschlägigen Bestimmungen der Europäischen Union, der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz und der "Integrierten ländlichen Entwicklungs"-Richtlinie über die Vergabe der Finanzierungsmittel.
Des Weiteren darf das Projekt keine andere europäische Förderung oder gleichzeitige Finanzierung mit anderen Mitteln des Landeshaushaltes für dieselben Projektaktivitäten enrhalten, da ein Kumulierungsverbot besteht. Das Projekt muss prüffähig sein, die Zweckbindungsfristen nach Abschluss des Projektes sind einzuhalten, die Eignung als Leuchtturmprojekt sowie andere Fördermöglichkeiten sind vorrangig zu prüfen. Primär obliegt es dem Projektträger, auf die korrekte und fristgerechte Projektumsetzung und -abrechnung zu achten (vgl. LAG AKTIVREGION SÜDLICHES NORDFRIESLAND E.V. 2010).

6.4 Förderprogramm "Zwischen den Meeren 2.0"

Das Förderprogramm, „Bildungslandschaften zwischen den Meeren 2.0 - Beteiligungskulturen entwickeln!", wurde von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung sowie dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein ausgeschrieben und gefördert. Das Ziel des Programmes ist eine Verbesserung der ganzheitlichen und chancengerechten Bildung aller Kinder und Jugendlichen. Durch den Aufbau lokal verantwortlicher Bildungsnetzwerke von Schulen, Kindertagesstätten, außerschulischen Kooperationspartnern als auch mitverantwortlichen Menschen aller Generationen, Institutionen, Organisationen und Initiativen soll dies gewährleistet werden (vgl. SERVICEAGENTUR „GANZTÄGIG LERNEN" SCHLESWIG-HOLSTEIN).

Die Unterstützung der Kommunen soll im Folgenden durch professionelle Prozessbegleitung bei dem Aufbau geeigneter Netzwerk- und Kommunikationsstrukturen sowie der Entwicklung gemeinsamer Vorhaben und Veranstaltungen vor Ort erfolgen. Eine Vernetzung, ein Austausch und eine gemeinsame Qualifizierung zu zentralen Aspekten von Bildungslandschaften und zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung soll ebenfalls erfolgen (vgl. SERVICEAGENTUR „GANZTÄGIG LERNEN" SCHLESWIG-HOLSTEIN).

Bewerben konnten sich alle kreisangehörigen Kommunen in Schleswig-Holstein. Bevorzugt wurden dabei Kommunen mit Ganztagsschulen, Einrichtungen der Jugendhilfe und weiteren Bildungsangeboten. Voraussetzungen für die Bezuschussung der Gemeinden sind ein grundlegendes Interesse an einer Bildungsvernetzung, einer Entwicklung der Bildungskultur als auch einer Benennung konkreter Vorhaben (vgl. SERVICEAGENTUR „GANZTÄGIG LERNEN" SCHLESWIG-HOLSTEIN).

Der Einsendeschluss der Bewerbung für das Förderprogramm war der 15. April 2011. Die P3-Projektgruppe stellte den Kooperationsakteuren während des Akteursworkshops, als

Handlungsempfehlung, das Förderprogramm "Bildungslandschaften zwischen den Meeren 2.0 - Beteiligungskulturen entwickeln!" vor und empfahl eine Bewerbung zur Förderung des "Regionalen Kooperationsprojektes". Dieser Vorschlag traf bei den Akteuren auf großes Interesse. Gemeinsam mit der P3-Projektgruppe wurde schließlich eine umfassende Bewerbung erstellt und an die Serviceagentur „Ganztägig lernen" Schleswig-Holstein entsendet. Die Bezuschussung des "Regionalen Kooperationsprojektes" wurde jedoch abgelehnt.

Insgesamt hatten sich zehn Kommunen beworben, von denen drei für die Teilnahme an dem Programm ausgewählt wurden. Neben den, in dem Bewerbungsformular abgestimmten Kriterien, spielten Faktoren wie die unterschiedliche Größe und Regionalverteilung, aber auch die Ziele der Kommune, die Darstellung und Präzision der Vorhaben, eine bedeutende Rolle.

6.5 Stiftungspreis 2011

Eine weitere Förderinitiative stellt der Stiftungspreis 2011 der Stiftung „Lebendige Stadt" dar. Die Bewerbung der Stadt Garding hinsichtlich dieses Förderprogrammes wurde bereits eingereicht.

Die Stiftung „Lebendige Stadt" ist eine gemeinnützige Stiftung, in der seit dem Jahr 2000 Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien zusammenarbeiten, um die kulturelle Vielfalt und Lebendigkeit europäischer Städte zu fördern (vgl. LEBENDIGE STADT | 1). Im Rahmen des Stiftungspreises sucht die Organisation die „unverwechselbare Stadt". Die Stiftung fordert alle europäischen Städte und Gemeinden auf, sich mit Konzepten und Projekten zu bewerben, die ihrer Stadt oder Kommune beziehungsweise ihren Stadtteilen, Quartieren und größeren Teilgebieten eine eigene, unverwechselbare Identität verleihen (vgl. LEBENDIGE STADT | 2).

Die Konzepte beziehungsweise Projekte sollen bei den Bürgern ein hohes Maß an Identifikation schaffen und ihnen ein Gefühl von Heimat vermitteln. Eine weitere Vorgabe ist die bereits vollzogene Realisierung der Vorhaben oder eine Umsetzung dieser in naher Zukunft. Des Weiteren sollen sich die Vorhaben möglichst am Grundgedanken der Stiftung orientieren. Das bedeutet, dass die Beispiele gefördert werden, die von anderen Kommunen als Vorbild genutzt werden können (vgl. LEBENDIGE STADT | 2).

Der Stiftungspreis „Lebendige Stadt" 2011 ist auf 15.000 Euro dotiert, die Preisverleihung erfolgt am 9. November 2011.

7. Handlungsempfehlung: Weitere Kooperationspartner

7.1 Lokale Kooperationspartner

Das "Regionale Kooperationsprojekt" umfasst derzeit zehn Akteure, welche aus der Präventionsrunde der Stadt Garding hervor gehen. Jene Akteure bilden den Grundstein mit dem man das "Regionale Kooperationsprojekt" beginnen möchte. Langfristig ist es jedoch durchaus empfehlenswert die Kooperationen auszuweiten. Diesbezüglich empfiehlt die P3-Projektgruppe weitere lokale Akteure aus der Stadt Garding, die miteinbezogen werden können. Im Einzelnen handelt es sich dabei um den Dänischen Kindergarten, dem Wald- und Wattkindergarten, dem Weiterbildungsverbund Nordfriesland, die Volkshochschule und den Seidenhof.

Der Dänische Kindergarten und der Wald- und Wattkindergarten wurden in Gesprächen der P3-Projektgruppe mit Besuchern der Eiderstedter Messe als wichtiger Bestandteil der Stadt bezeichnet und ebenso wurde eine Aufnahme dieser Institutionen als weitere

Kooperationspartner gewünscht. Durch die spezielle Ausrichtung der Kindergärten wären gemeinsame Feste und Ausflüge eine Bereicherung für alle Beteiligten.

Der Weiterbildungsverbund Nordfriesland dient den Bürgerinnen und Bürgern als Beratungsstelle und als Netzwerk der Weiterbildungsanbieter der Region (vgl. KREIS NORDFIRESLAND). Der Weiterbildungsverbund kann mit seinem Know-How positiv zu der Vernetzung der einzelnen Institutionen beitragen und auch wertvolle Kontakte bereitstellen. In einem Gespräch mit Frau Andrea Müller, eine Vertreterin des Weiterbildungsverbundes auf der Eiderstedter Messe, bekundete sie großes Interesse an dem "Regionalen Kooperationsprojekt" teilzunehmen und es zu unterstützen.

Die Volkshochschule bietet bereits jetzt ein umfangreiches Angebot an Kursen in der Stadt Garding an. Einige dieser Kurse finden in den Räumlichkeiten der Theodor-Mommsen-Schule statt und somit sind erste Verbindungen zu einer Kooperation bereits getroffen. Es wäre wünschenswert diese zu stärken und in Zukunft weitere Kursangebote abgestimmt auf die Bedürfnisse vor Ort hinsichtlich des "Regionalen Kooperationsprojektes" auszurichten.

Der Seidenhof ist ein Senioren-Wohnpark, der derzeit in Garding erbaut wird. Zukünftig soll es den Senioren dort möglich sein ihren Lebensabend in betreuten Wohnungen zu verleben (vgl. TERAGO GMBH). Dabei hat sich der Seidenhof den Leitgedanken „In Zeiten, in denen jeder nur an sich denkt, ist es gut jemanden zu haben, der immer für einen da ist" angenommen (vgl. SEIDENHOF GMBH & CO KG). Im Hinblick darauf, dass bereits das Alten- und Pflegeheim, Martje-Flohrs-Haus, ein Kooperationspartner ist, ist die Aufnahme des Seidenhofes als Akteur in dem "Regionalen Kooperationsprojekt" wünschenswert. Dadurch bestünde die Möglichkeit einer Kooperation zwischen den beiden Einrichtungen und damit die Schaffung eines Treffpunktes für die ältere Generation.
Jeder dieser einzelnen Akteure würde eine positive Addition zu dem "Regionalen Kooperationsprojekt" darstellen.

Abbildung 57: Verortung lokale Kooperationspartner

7.2 Regionale Kooperationspartner

Das "Regionale Kooperationsprojekt" soll zunächst in Garding initiiert werden und dort seinen Ausgangsort finden. Ist eine Basis mit selbsttragenden Strukturen geschaffen, soll sich das Kooperationsnetz über die gesamte Region Eiderstedt ausweiten und soziale Infrastrukturen innerhalb der Region miteinander verknüpfen und somit stärken.

Einrichtungen, die sich aufgrund ihrer sozialen oder kulturellen Arbeitsfelder beziehungsweise Angebote gut in das "Regionale Kooperationsprojekt" einfügen könnten, werden anschließend aufgezeigt. Die nachfolgenden Institutionen stellen jedoch ausschließlich eine Handlungsempfehlung regionaler Kooperationspartner zur Erweiterung des Projektes dar und sind keine festgelegten Akteure des "Regionalen Kooperationsprojektes".

In St. Peter Ording kommen das Seniorenheim, die Grund- und Realschule, das Jugendzentrum sowie der Kirchenverein als regionale Kooperationspartner in Frage.

Zusätzlich verfügt Tetenbüll über ein Seniorenheim und eine Grundschule, die in das Projekt integriert werden könnten.

Oldenswort beheimatet den Förderverein – Grundschule als auch ein Seniorenheim, welche sich ebenfalls an dem Kooperationsprojekt beteiligen könnten.

Abschließend empfiehlt die Projektgruppe die Aufnahme des St. Christian Diakoniewerks Eiderstedt, der Pflegeeinrichtung – Haus Einertrede, des Klinikums Tönning sowie der Haupt- und Realschule der Stadt Tönning.

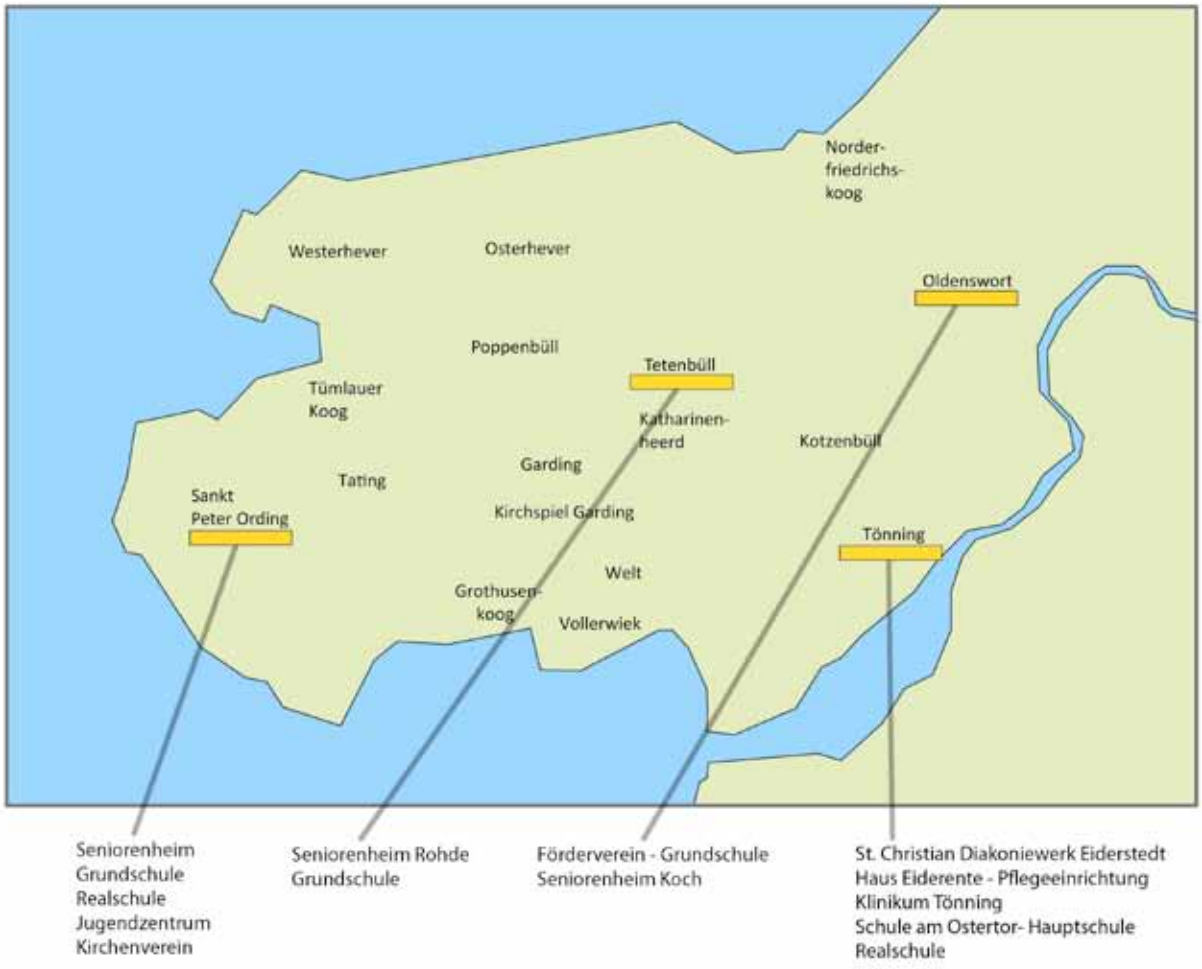
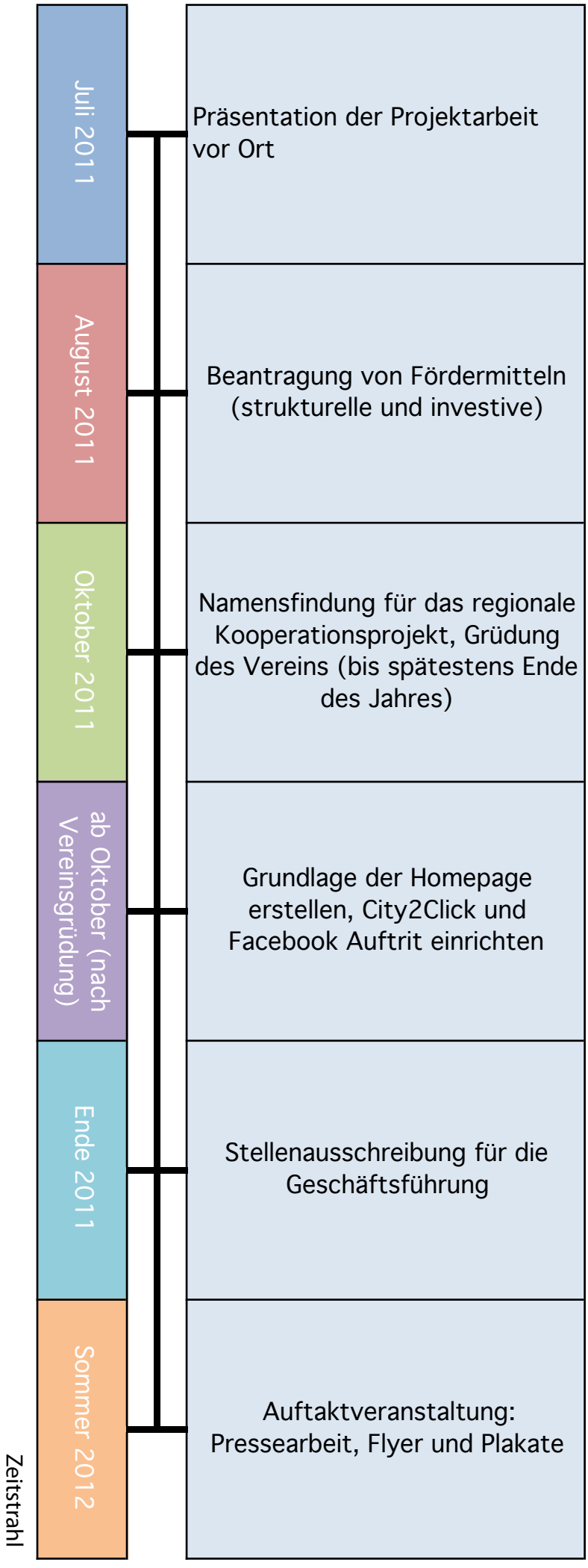


Abbildung 58: Verortung regionale Kooperationspartner

AUSBLICK

[Eigene Darstellung]

Nach Fertigstellung des Projektberichtes und dessen Zurverfügungstellung für die Akteure, Bürgermeister und Interessierten der Region, ist als nächster Handlungsschritt eine Präsentation der studentischen Projektarbeit vor Ort angedacht. Hierbei soll den Besagten ein Überblick über die Ergebnisse des Studienprojektes geliefert und somit erste Handlungsempfehlungen ausgesprochen und erörtert werden. Ebenso wird die Studierendengruppe bei dieser Gelegenheit weiterhin um Akzeptanz und Kooperation werben. Die Akquise von Fördermitteln darf zu keinem Zeitpunkt außer Acht gelassen werden, daher gilt dies als eine der ersten Aufgaben die es anzugehen gilt. Ebenso ist es von großer Bedeutung einleitend einen endgültigen Namen für das Projekt zu finden, um eine Identifikation der Bewohner Eiderstedts mit dem „Regionalen Kooperationsprojekt" zu ermöglichen. Damit einhergehend stellt die Erstellung der Homepage einen relevanten Faktor dar. Die Homepage soll als Kommunikationsplattform fungieren und nicht nur den Akteuren, sondern auch den Nutzern des Projektes dienen. Im Rahmen der Namensfindung für das Projekt, wäre hier eine Online-Abstimmung der Bewohner denkbar. Anschließend müssen die formellen Rahmenbedingung geschaffen werden. Darunter fällt die Gründung eines Vereines, die einen elementaren Schritt im Prozess der Initiierung und Etablierung des „Regionalen Kooperationsprojektes" darstellt. Dementsprechend gilt es, die Geschäftsführung zu besetzen, um so das operative Geschäft zu professionalisieren und im Zuge dessen die Anträge auf Fördermittel und die Aktualisierungen der Homepage zu verwalten. Ab circa Mitte nächsten Jahres gilt es dann, die Vorarbeiten und somit die Basis des Projektes abzuschließen und mit einer Auftaktveranstaltung, in Form eines Sommerfestes, das „Regionale Kooperationsprojekt" einzuweihen und sich der positiven Gestaltung des Strukturwandels anzunehmen.


Juli 2011
Präsentation der Projektarbeit vor Ort
August 2011
Beantragung von Fördermitteln (strukturelle und investive)
Oktober 2011
Namensfindung für das regionale Kooperationsprojekt, Grüdung des Vereins (bis spätestens Ende des Jahres)
ab Oktober (nach Vereinsgrüdung)
Grundlage der Homepage erstellen, City2Click und Facebook Auftrit einrichten
Ende 2011
Stellenausschreibung für die Geschäftsführung
Sommer 2012
Auftaktveranstaltung: Pressearbeit, Flyer und Plakate
Zeitstrahl

FORSCHUNGS FRAGE

[Eigene Darstellung]

Das Ziel der Projektarbeit ist die Beantwortung der selbstgestellten forschungsleitenden Frage: „Wie können soziale und kulturelle Infrastrukturen im ländlichen Raum gesichert und weiterentwickelt werden?“

Das Forschungsfeld und somit der räumliche Rahmen für das Studienprojekt ist die ländliche Region Eiderstedt. Anhand von Handlungsempfehlungen für ein „Regionales Kooperationsprojekt“, in Zusammenarbeit mit der Region Eiderstedt, sollen Lösungsansätze der Fragestellung entsprechend aufgezeigt werden.

Infolge des Strukturwandels im ländlichen Raum und dessen Auswirkungen, fehlen, meistens in ländlichen Gemeinden und Städten, soziale Infrastrukturen wie Bildungseinrichtungen, Pflegeeinrichtungen oder die medizinische Versorgung. Diese großen Versorgungslücken führen zu Defiziten in der Lebensqualität der Landbewohner. Hiervon sind insbesondere die ohnehin strukturschwachen Kleingemeinden beziehungsweise Dörfer betroffen. Daher gewinnen regionale Kooperationen und Vernetzungsstrategien zunehmend an Bedeutung.

Erfahrungen zeigen, dass sich Defizite mithilfe von gemeinschaftlichen Zusammenschlüssen ausgleichen lassen, sodass ein Mehrwert für alle Betroffenen geschaffen werden kann. Zu erwähnen wäre an dieser Stelle die Gardinger Präventionsrunde bezüglich des Drogenproblems der Gardinger Jugend. Wie bereits in Kapitel 9.1 beschrieben, stellte die Präventionsrunde den Anstoß für das Kooperationsprojekt dar. Die Erkenntnis dieser Runde war, dass man mittels einer Zusammenarbeit und dem gegenseitigen Austausch von Informationen, gegen Probleme innerhalb der Gemeinde angehen und diesen entgegenwirken kann (vgl. BIERMANN; LORENZEN 2010).

Das Grundprinzip dieser Präventionsrunde lässt sich auch auf kulturelle und soziale Einrichtungen übertragen. Zu berücksichtigen wäre jedoch, dass ein Fundament an sozialen Infrastrukturen bereits vorhanden sein muss. Die Ausgangssituation muss demnach eine gewisse

Grundlage an Einrichtungen vorweisen, denn im Anbetracht der strukturellen Veränderungen ist es unwahrscheinlich, dass sich soziale beziehungsweise kulturelle Institutionen in einem strukturschwachen Gebiet ansiedeln.

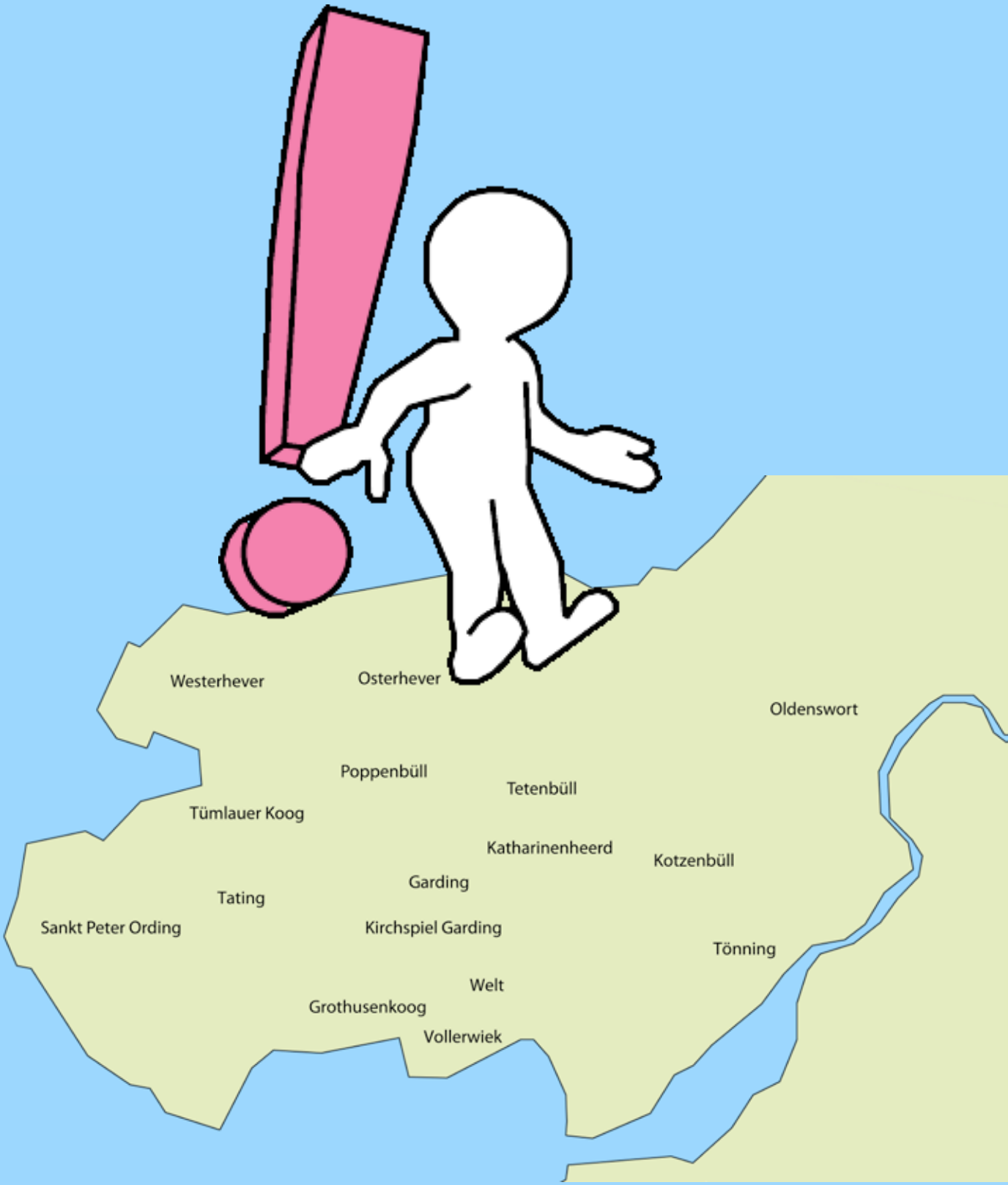
Regionale Kooperationen von sozialen und kulturellen Einrichtungen ergeben positive Effekte. Dabei spielt die Ressourcenzusammenführung eine große Rolle, da beispielsweise durch Fusionieren der Schulen oder Abwanderungen von Arbeitskräften elementare Einrichtungen in manchen Gemeinden fehlen. Die Ressourcen können somit sowohl materieller als auch personeller Natur sein. Durch gemeinsame Nutzung von Einrichtungen ergeben sich Synergieeffekte, die sich unter anderem in Kostenersparnissen äußern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der soziale Zusammenhalt beziehungsweise das bürgerliche Engagement. Da ländliche Räume einen Schrumpfungsprozess im Zuge des demographischen Wandels durchlaufen, sind gerade viele soziale Einrichtungen, wie etwa Kindergärten, die die junge Generation ansprechen, oder Pflegeeinrichtungen, auf die die ältere Generation angewiesen ist, nicht mehr in jedem Ort vorhanden. Umso mehr gewinnen ein Zusammenhalt der Bewohner und die gegenseitige nachbarschaftliche Hilfe an Bedeutung. Um diesen Zusammenhalt zu fördern, sollten mit Hilfe des „Regionalen Kooperationsprojektes“ neue soziale Angebote geschaffen werden, die sich besonders auf generationsübergreifende Projekte konzentrieren.

Zur Entstehung und Sicherung von Kooperationen müssen formelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine rechtliche Grundlage zu bilden. Daher liegt der Fokus des Projektes auf einer Geschäftsform mit Vereinsstruktur. Somit schafft man eine organisierte Arbeitsebene mit einem Vorstand und einer Geschäftsführung, die als Ansprechpartner für die Akteure und als Organisatoren agieren. Das Kooperationsnetz sollte in seiner Struktur offen beziehungsweise flexibel sein, so dass jederzeit neue Kooperationspartner aufgenommen werden können und sich die Verknüpfungen in die Region erstrecken und stabilisieren.

Schlussendlich kann man sagen, dass sich Kooperationen und bürgerliches Engagement positiv auf soziale und kulturelle Einrichtungen im ländlichen Raum auswirken sowie produktive Synergieeffekte freisetzen und damit schlussfolgernd einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner auf dem Land leisten.

FAZIT

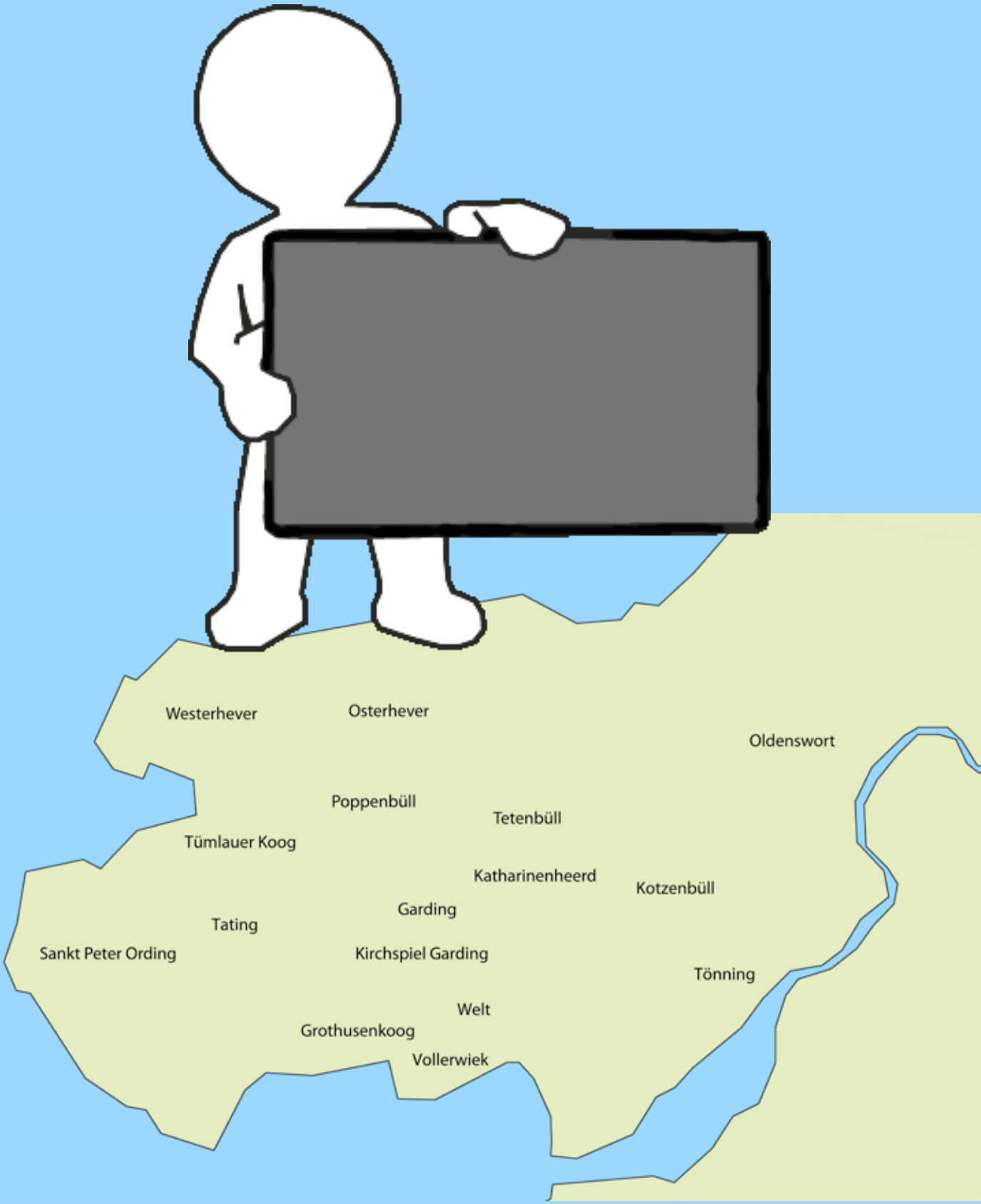


[Eigene Darstellung]

Blickt man heute auf die vergangenen Monate der Projektarbeit zurück, erkennt man ein arbeitsaufwändiges Projekt mit vielen interessanten und überraschenden Ereignissen. Hatte man sich damals auf ein noch recht unbekanntes Terrain gewagt, verfügt man heute über ein breitgefächertes Verständnis von den Problemen und Möglichkeiten des Landlebens. Erstaunt war die Projektgruppe über das stark vorherrschende bürgerliche Engagement und die Hilfsbereitschaft der Bürger sowie von Seiten des Amtes. Neben diesen positiven Aspekten beherrscht jedoch auch die Verlustangst, besonders im politisch administrativen Bereich, die Region. Zusätzlich und gerade aufgrund dieser kleinteiligen Verwaltungsstrukturen stieß das Projekt auf vielfachen Widerstand. Dennoch sind die Eiderstedter Bewohner sehr aktiv, was den Erhalt der sozialen Strukturen, aber auch die Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort betrifft. So kann auf einige sehr interessante Gespräche zurückgeblickt werden, welche die Projektarbeit voran gebracht und positiv unterstützt haben.

Von den Problemen vor Ort abgesehen, hat man darüber hinaus erfahren, was es bedeutet, ein Jahr lang gemeinsam an einem Projekt zu arbeiten. Dabei wurden die guten Aspekte, aber auch die negativen Auswirkungen deutlich. So kämpfte man mit dem Stagnieren des Projektes, da man sich oftmals im Arbeitsverlauf im Kreis drehte, verbrachte jedoch auch angenehme Abende zusammen, an denen man die Arbeit reflektierte, lernte sich zum Wohl des Projektes selbst zurückzunehmen, auf andere und deren Bedürfnisse sensibler einzugehen, aber auch sich ernsthaft mit Konflikten auseinanderzusetzen. Alles in allem kann man das Projekt als gelungen betrachten und sagen, dass man gespannt die weitere Entwicklung des „Regionalen Kooperationsprojektes“ in der Region Eiderstedt betrachten wird.

ABBILDUNGEN



[Eigene Darstellung]

Abbildung 1: Alterspyramide

Cortal Consors S.A. - Homepage (o.A.)

URL:https://www.cortalconsors.de/cmsstaticDe/EuroWebStep2/DE/Retail/Library/Images/400_Wissen_und_Tools/400_Finanzwissen/600_Altersvorsorge/Alterspyramide.jpg

[Abrufdatum 05.12.2010]

Abbildung 2: Jugend- und Altenquotienten Schleswig – Holstein und Deutschlands 2009 – 2025

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig – Holstein (2011): Bevölkerungsentwicklung in Schleswig – Holstein bis 2025 – Rückläufige Bevölkerung, weniger junge Menschen, Zahl der Älteren steigt –, S. 2.

URL: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/SI_SPEZIAL_III_2011.pdf

[Abrufdatum: 17.05.2011]

Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig – Holsteins bis 2025

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig – Holstein (2011): Statistische Berichte – Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig – Holsteins bis 2025, S. 1.

URL: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/A_I_8_j11_S.pdf

[Abrufdatum: 17.05.2011]

Abbildung 4: Wirtschaftsstruktur im Kreis Nordfriesland

URL: http://www.meinestadt.de/diagramm.php?Host=&command=pie&titel=Wirtschaftsstruktur&id=15%3B16%3B17&Kreis=kreis-nordfriesland&county=01

[Abrufdatum: 06.07.2011]

Abbildung 5: Dorfleben

URL: http://www.myvillagelife.com.au/images/mainimagehome.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 6: Bahnhaltestelle Garding

URL: http://www.shlink.de/deb/husum_ording/

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 7: Häusliche Pflege

URL: http://www.ambulanter-pflegedienst-bergstrasse.de/bilder/leistung.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 8: Logo des EU – Förderprogrammes Leader

[Reitrouten - Homepage] (o. A.)

URL: http://www.reitrouten.de/UserFiles/Image/Bilder/leader-plus-logo.JPG

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 9: AktivRegion Südliches Nordfriesland

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein mit der Staatskanzlei (2009)

URL: http://www.eider-treene-sorge.de/de/img/aktivregionen/aktivregion_snf.jpg

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 10: Aufbau der Lokale Aktionsgruppe AktivRegion Südliches Nordfriesland e.V.

Eider-Treene-Sorge GmbH (o. A.)

URL: http://www.eider-treene-sorge.de/de/aktivregion/suedliches_nordfriesland/verein.

php?navanchor=1010030

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 11: Logo des MarktTreffs

ews group gmbh

URL: http://haselund.de/joomla/images/stories/gewerbe/markttreff.png

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 12: MarktTreffs in Schleswig- Holstein

ews group gmbh

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?getfile=mt_handbuch_2010.pdf, S. 4

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 13: Drei Säulen des MarktTreffs

ews group gmbh

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?getfile=mt_handbuch_2010.pdf, S. 8

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 14: Die unterschiedlichen Modelle des MarktTreffs

ews group gmbh

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?getfile=mt_handbuch_2010.pdf, S. 9

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 15: Beispiele des MarktTreffs

ews group gmbh

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?getfile=mt_handbuch_2010.pdf, S. 10

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 16: Beispiele für Dienstleistungsangebote

ews group gmbh

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?getfile=mt_handbuch_2010.pdf, S. 11

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 17: Beispielhafte Dienstleitungen

ews group gmbh

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?getfile=mt_handbuch_2010.pdf, S. 12

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 18: Treffpunkte

ews group gmbh

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?getfile=mt_handbuch_2010.pdf, S. 14

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Abbildung 19: Halbinsel Eiderstedt

URL: www.eiderstedt.de 2009

[Abrufdatum 05.06.2011]

Abbildung 20: Eiderstedt Wappen

URL:http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Eiderstedt_Amt_Wappen.png&filetimestamp=20061007125839

[Abrufdatum 05.06.2011]

Abbildung 21: Kirche Garding

URL:http://v6.cache5.c.bigcache.googleapis.com/static.panoramio.com/photos/original/50236184.jpg?redirect_counter=2

[Abrufdatum 05.06.2011]

Abbildung 22: Der Rote Haubarg

URL:http://static.panoramio.com/photos/original/29897008.jpg

[Abrufdatum 05.06.2011]

Abbildung 23: Leuchtturm Westerhever

URL: http://static.panoramio.com/photos/original/10276751.jpg

[Abrufdatum 05.06.2011]

Abbildung 24: Amtsbereich Eiderstedt

URL: http://www.amt-eiderstedt.de/index.phtml?mNavID=1840.11

[Abrufdatum 05.07.2011]

Abbildung 25: Boßeln

URL:http://de.academic.ru/pictures/dewiki/66/3e29df8566b260402d49369b26b3d709.jpg

[Abrufdatum 05.06.2011]

Abbildung 26: Lage Garding

URL: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a2/Garding_in_NF.PNG

[Abrufdatum 05.07.2011]

Abbildung 27: Lage Tönning

URL: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/f0/Toenning_in_NF.PNG

[Abrufdatum 05.07.2011]

Abbildung 28: Lage St. Peter-Ording

URL: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/20/Sankt_Peter-Ording_in_NF.PNG

[Abrufdatum 05.07.2011]

Abbildung 29: Amt Eiderstedt

URL: http://www.hochzeit-in-sh.de/Standesamt-Nordfriesland/Standesamt-Eiderstedt-Stadt-Garding/files/blocks_image_6_1.png

[Abrufdatum: 04.07.2011]

Abbildung 30: Stadt Garding

Tourismusverein Westerhever-Poppenbüll e. V.

URL: http://www.westerhever-nordsee.de/images/10_markt_garding.jpg

[Abrufdatum: 04.07.2011]

Abbildung 31: Theodor-Mommsen-Schule Garding

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 32: Logo der Kompass gGmbH

Kompass gGmbH

URL: http://www.webwiki.de/thumb/756/756792.jpg

[Abrufdatum: 04.07.2011]

Abbildung 33: Martje-Flohrs Haus Garding

Quell: Eigene Darstellung

Abbildung 34: Marienstift Garding

Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung (BIVA) e.V.

URL: http://www.heimverzeichnis.de/media/res_01/670.jpg

[Abrufdatum: 04.07.2011]

Abbildung 35: St. Christian Kirche Garding

[Panoramio – Homepage: St. Christian-Kirche Garding]

URL:http://v6.cache5.c.bigcache.googleapis.com/static.panoramio.com/photos/original/50236184.jpg?redirect_counter=2

[Abrufdatum: 04.07.2011]

Abbildung 36: Akteursworkshop

Quelle: Eigene Darstellung

[Erstellungsdatum: 05.04.2011]

Abbildung 37: Festlegung der Speed – Dating – Paare im Vorfeld

Quelle: Eigene Darstellung

[Erstellungsdatum: 05.04.2011]

Abbildung 38: Speed – Dating 1

Quelle: Eigene Darstellung

[Erstellungsdatum: 05.04.2011]

Abbildung 39: Speed – Dating 2

Quelle: Eigene Darstellung

[Erstellungsdatum: 05.04.2011]

Abbildung 40: Besprechung der Kärtchen an der Matrix

Quelle: Eigene Darstellung

[Erstellungsdatum: 05.04.2011]

Abbildung 41: Organigramm Verein

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 42: City2Click

URL: http://www.oktoberfest-hannover.de/wp-content/uploads/2010/08/CodeFlyer_Website1.jpg

[Abrufdatum: 07.07.2011]

Abbildung 43: Eiderstedter Zeitung - Strandpost

URL: http://www.strandpost-online.de/archiv.html

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 44: Vortragsveranstaltung

URL: http://www.seniorenforum-werdenberg.ch/

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 45: Wurfsendung

URL: http://www.nw-news.de/_em_daten/_nw/2010/10/21/101021_1435_1.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 46: Bürgerbus

URL:http://www.buergerbus-syke.de/Bilder/IMG_3131.JPG

[Abrufdarum 04.07.2011]

Abbildung 47: Bücherflohmarkt

URL: http://www.uni-konstanz.de/un-netzwerk/images/pict4357.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 48: Vorlesestunde

http://ais.badische-zeitung.de/piece/01/33/60/23/20144163.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 49: Vorlesestunde in der Gruppe

http://www.welt.de/multimedia/archive/00399/jenna_91_opa_DW_Ver_399504a.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 50: Kindernachmittag

URL: http://www.nwzonline.de/nwz-bilder/art_gr/2010/05/11/BRAKE_BERNE_

LEMWERDER_2_74002e4b-43c4-4d48-a448-a3a5a3cd42a8.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 51: Summer School

School of Mining Engineering, Faculty of Engineering

UNSW SYDNEY NSW 2052, AUSTRALIA

URL:http://www2.mining.unsw.edu.au/images/SummerSchool_2006/SummerSchool_06_2_

hr.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 52: Sportturnier

Die Direktorin der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Dr. Corinna Dylla-Krebs

URL:http://www.fhr.nrw.de/wirueberuns/Freizeitangebot/Sportangebot/Sportfest_2006/

tauziehen.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 53 Seniorencafé

Münstersche Zeitung

Lensing Medien GmbH & Co. KG

URL: http://www.muensterschezeitung.de/storage/pic/mdhl/artikelbilder/lokales/mz-mlz-evz-gz/stot/1923892_1_xio-fcmsimage-20100805110131-006001-4c5a7deb78b15.3819937.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 54: Seniorensport

TSV Oberstdorf

http://www.oberstdorf.com/sport/TSV-Senioren/images/2008-senioren.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 55: Kinderturnen

[www.mtv-nordstemmen.de]

URL: http://www.mtv-nordstemmen.de/Turnen/Kinderturnen/Kinderturnen_20.09.2010_002.jpg

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 56: Gesundes Kochen

[Picasa Webalben – Homepage: Generationenkochen]

URL: http://lh4.ggpht.com/_kpSezHAvC6k/S8wr6KGHQiI/AAAAAAAAACo/u-w9yjaOn8I/Generationenkochen02.JPG

[Abrufdatum: 05.07.2011]

Abbildung 57: Lokale Kooperationspartner

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 58: Regionale Kooperationspartner

Quelle: Eigene Darstellung

QUELLEN

[Eigene Darstellung]

Literaturquellen

Arndt, Ernst M. (1845): Schriften für und an seine lieben Deutschen. Weidmannsche Buchhandlung, Leipzig, S.108

Beetz, Stephan; Brauer, Kai; Neu, Claudia (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.49

Bihler, Michael A. (2004): Stadt, Zivilgesellschaft und öffentlicher Raum. Das Beispiel Berlin Mitte. LIT Verlag. Münster. S.28

Bischoff, Ariane; Selle, Klaus; Sinning, Heide (2007): Informieren Beteiligen Kooperieren. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur. Seite 73-75; 79-81; 90-92.

Böttcher, Knut; Sachse, Jürgen (2008): Umweltgerecht Auto fahren. Beuth Verlag GmbH. Zürich. S.107

Brockhaus (2006)

Christ, Wolfgang (2009): Access for all. Zugänge zur gebauten Umwelt. Birkhauser. Basel. S.135-139

Coast Consult – studentische Unternehmensberatung an der Fachhochschule Westküste (2002): Stadtentwicklungskonzept - Stadt Garding, Gewerbeverein Garding e. V., S. 1-34.

ELRSH - Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum des Landes Schleswig-Holstein 2007-2013. Schwerpunkt 3: Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. Seite 483.

Esch, Tomczak, Kernstock, Langner (2006): Corporate Brand Management. Marken als Anker strategischer Führung von Unternehmen. GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden. S.115-122

Friedel, R.; Spindler, E. A. (2009), Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume: Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege, VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.114, 404

Göttert, Karl-Heinz (2008): Neues Deutsches Wörterbuch. Helmut Lingen Verlag. Köln. S.177.

Henkel, Gerhard (2004): Der Ländliche Raum. Gebrüder Borntraeger Verlagsbuchhandlung. Stuttgart. S.102

Henkel, Gerhard (2005): Dorf und Gemeinde,
In: Beetz, Stefan; Brauer, Kai; Neu, Claudia (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 48-49

Henkel, Dr. rer. nat. Gerhard (1995): Der Ländliche Raum, Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland; Teubner Studienbücher der Geographie; B.G. Teubner; S. 20-22, 30-31, 74-77, S.282-284

Johannsen, Friedrich (1965): Berühmte Männer aus Eiderstedt. In: Blick über Eiderstedt. Beiträge zur Geschichte, Kultur und Natur einer Landschaft. (Hrsg.) Eiderstedter Heimatverbund. Westholsteinische Verlagsanstalt Boyens & Co. Heide in Holstein. Seite 91-92.

Kreis Nordfriesland (2011): Gemeinsam den Wandel gestalten. Masterplan Daseinsvorsorge. Kreis Nordfriesland, Der Landrat, Fachbereich Jugend, Soziales, Arbeit und Senioren. Fachbereich Kreisentwicklung, Bau und Umwelt. Husum Seite 6-21, 32, 72, 96-100.
Krüger, Prof. Dr. Thomas (2010): Zukunft auf dem Lande, S. 1

Ministerium für Umwelt Saarland (2007): Melanie entfaltet sich. Merziger Druckerei und Verlag. Saarbrücken

Mödlhammer, Helmut (2008): Ländliche Räume lebensfähig erhalten. In: Agrarische Rundschau. Zeitschrift für Agrar- und Wirtschaftspolitik mit Agrar- und Umweltrecht. Land ohne Leute? Perspektiven für den Umgang mit sozio-demographischen Entwicklungen in ländlichen Räumen. Heft 5. Seite 4.

Mose, I.,(1998), Ländliche Räume in der Europäischen Union, Problemlagen und Entwicklungsperspektiven, in: K.-A.Boesler, G.Heinritz, R.Wießner, (Hrsg.), Europa zwischen Integration und Regionalismus, Band 4, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, S.154

Münkel, Daniela (2000): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Wallstein Verlag. Göttingen. S.9

RegionNord (2008): Integrierte Entwicklungsstrategie der AktivRegion Südliches Nordfreisland.

Rückert-John, Jana (2005): Bürgerschaftliches Engagement,
In: Beetz, Stefan; Brauer, Kai; Neu, Claudia (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 25-26

Scharnweber, Werner (2009): Eiderstedt. Ein Porträt. Edition Temmen (Hrsg.). Bremen. Seite 5-8; 23, 48, 54.

Stadt Garding (1990): 400 Jahre Stadt Garding - Blick in die Geschichte, H. Lühr & Dircks Verlag
Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Broschüre des Statistischen Bundesamtes. Wiesbaden.

Tödt, Anton (1965): Boßeln. In: Blick über Eiderstedt. Beiträge zur Geschichte, Kultur und Natur einer Landschaft. (Hrsg.) Eiderstedter Heimatverbund. Westholsteinische Verlagsanstalt Boyens & Co. Heide in Holstein. Seite 27-30, 145-147.

Wulf, Hans-Walter (1999): Eiderstedt. Halbinsel der Kirchen. H. Lühr & Dircks Verlag. Hamburg. Seite 9, 10, 13.

Zietz, Luise (1906): Landarbeiter und Sozialdemokratie, Buchhandlung Vorwärts, Berlin, S.4

Interviews

Biermann, Ranjet; Lorenzen, Herbert (2010): Persönliches Interview, geführt von der P3-Projektgruppe. Garding, Amt Eiderstedt, 19. November 2010.

Biermann, Ranjet; Lorenzen, Herbert (2010): Persönliches Interview, geführt von der P3-Projektgruppe. Garding, Amt Eiderstedt, 15. Dezember 2010.

Birkenbach (2010): Persönliches Interview, geführt von der P3-Projektgruppe. Garding, Theodor-Mommsen-Schule Garding, 16.12.2010.

Bürgermeisterrunde (2011): Diskussionsrunde mit den Bürgermeistern der Region Eiderstedt, geführt von der P3-Projektgruppe. Garding, Amt Eiderstedt, 18. Januar 2011.

Umfrageergebnisse (2011): Bürgerbefragungen, geführt von der P3-Projektgruppe. Tönning.

Conrad, (2010): Persönliches Interview, geführt von der P3-Projektgruppe. Garding, Evangelischer Kindergarten, 16. Dezember 2010.

Prof. Dr. Krüger, Thomas (2011): Persönliches Interview, geführt von der P3-Projektgruppe. Hamburg, HafenCity Universität Hamburg, 18. April 2011.

Knippenberg (2010): Persönliches Interview, geführt von der P3-Projektgruppe. Garding, Pastorat Garding, 16.12.2010.

Fröhlich, Ute (2010): Persönliches Interview, geführt von der P3-Projektgruppe. Garding, Jugendzentrum Garding,15.12.2010.

Andere Quellen

Andresen, Katja (2011): Steckbrief, erstellt von der P3-Projektgruppe.

Amt Eiderstedt (2010): Campus Garding Arbeitstreffen vom 26.10.2010. Power Point Präsentation, bereitgestellt vom Amt Eiderstedt.

Fröhlich, Ute (2011): Steckbrief, erstellt von der P3-Projektgruppe.

Internetquellen

ALLFACEBOOK

URL: http://allfacebook.de/zahlen_fakten/infografik-facebook-zahlen-fakten-2011

[Abrufdatum 28.06.2011]

Amt Eiderstedt | 1

URL: http://www.garding.de/stadt-garding/stadt-garding/zahlen-daten-fakten.html

[Abrufdatum: 09.12.2010]

Amt Eiderstedt | 2

URL: http://www.amt-eiderstedt.de/index.phtml?mNavID=1840.11&sNavID=1840.35&La=1

[Abrufdatum: 08.03.2011]

Amt Eiderstedt | 3

URL: http://sankt-peter-ording.amt-eiderstedt.de/

[Abrufdatum: 09.12.2010]

Amt Eiderstedt | 4

URL: http://www.amt-eiderstedt.de/index.phtml?NavID=1840.56&La=1

[Abrufdatum: 28.06.2011]

Amt Eiderstedt Cand.- B.Sc. Yasmin Manderbach Hafencity Universität (2011):

Handlungsempfehlungen für die Gemeinde Tating, basierend auf dem Entwicklungskonzept

Tating, des Institutes Raum und Energie.

URL: http://www.tating.de/zukunft/Handlungsempfehlungendocx%20-%20%20-%20

NEUER%20TEXT.pdf

[Abrufdatum: 28.06.2011]

Argus Concept GmbH (2011): Modellprojekt "Netzwerk Freisen"
URL: http://www.argusconcept.com/
[Abrufdatum: 08.04.2011]

Beetz, Stephan (2006):Ländliche Politik im demographischen Wandel
Auszug aus: Kommunen im Wandel, Aus Politik und Zeitgeschichte
URL: http://www.bpb.de/themen/TGIN62,1,0,L%E4ndliche_Politik_im_demografischen_Wandel.html
[Abrufdatum] am 26.1.2011

Bertelsmann Stiftung (2010)
URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-25035848-016A3859/bst/hs.xsl/index.html
[Abrufdatum 05.12.2010]

Bpb – Bundeszentrale für politische Bildung, Ländliche Politik im demographischen Wandel
URL:http://www.bpb.de/themen/TGIN62,1,0,L%E4ndliche_Politik_im_demografischen_Wandel.html
[Abrufdatum 17.3.2011]

Bracher, Tilman (2002): Difu-Berichte 2/2002 - Herausforderungen der Mobilität für den ländlichen Raum.
[Deutsche Institut für Urbanistik - Homepage: Difu-Berichte 2/2001. Herausforderungen der Mobilität für den ländlichen Raum]
URL: http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-22002/herausforderungen-der-mobilitaet-fuer-den-laendlichen-raum.html
[Abrufdatum: 23.05.2011]

Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Projektgruppe Werkstatt-Stadt: Adam, Brigitte; Breuer, Bernd; Fuhrich, Manfred; Goderbauer, Evi; Renner, Mechthild; Schmell, Robert: Soziale Infrastruktur
URL: http://www.werkstatt-stadt.de/de/projekte/massnahmen/soziale-infrastruktur/
[Abrufdatum: 19.06.2011]

Bundesministerium der Justiz (2009): Leitfaden zum Vereinsrecht
[Bundesministerium der Justiz - Homepage: Ratgeber Vereinsrecht. Leitfaden zum Vereinsrecht pdf]
URL: http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/broschueren_fuer_warenkorb/DE/Leitfaden_Vereinsrecht.pdf;jsessionid=F2F0E1719EAD7A586D422AE8B2D903CB.1_cid155?__blob=publicationFile
[Abrufdatum: 18.04.2011]

Bürgerbusse im Verkehrsbund Berlin-Brandenburg (2005)
URL: http://www.vbbonline.de/download/dokumente/buergerbus_handbuch.pdf
[Abrufdatum: 29.05.2011]

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung: LEADER+: Einführung (o. A.)
URL: http://www.leaderplus.de/index.cfm/0006D25316E5125DB8806521C0A8D816
[Abrufdatum: 04.12.2010]

DEUTSCHE STADTMARKETING GESELLSCHAFT MBH | 1
URL: http://www.city2click.com/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=315&waid=206&fsize=1&contrast=0
[Abrufdatum: 24.06.2011]

DEUTSCHE STADTMARKETING GESELLSCHAFT MBH | 2

URL: http://www.city2click.com/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=315&waid=206&item_id=843539&oldrecord=55434&oldmodul=5&olddesign=0&oldkeyword=0&oldeps=20&oldaz=all&oldcat=0&fsize=1&contrast=0

[Abrufdatum: 24.06.2011]

DUDENVERLAG | 1

URL: http://www.duden.de/rechtschreibung/Campus

[Abrufdatum 16.06.2011]

DUDENVERLAG | 2

URL: http://www.duden.de/rechtschreibung/Treff_Versammlung_Treffpunkt

[Abrufdatum 01.07.2011]

Eider-Stedt– Homepage (2009): Garding

URL: http://www.eider-stedt.de/doerfer.htm#Garding

[Abrufdatum: 09.12.2010]

Eider-Stedt– Homepage (2009): Tating

URL: http://www.eider-stedt.de/doerfer.htm

[Abrufdatum: 08.03.2011]

Eider-Stedt– Homepage (2009)

URL: http://www.eider-stedt.de/doerfer.htm

[Abrufdatum: 17.04.2011]

Eiderstedter Forum

[Eiderstedter Forum Homepage: Wir über uns] (o.A.)

URL http://www.eiderstedter-forum.de/03c1989bfb0f3ad06/index.html

[Abrufdatum: 18.3.2010]

Eiderstedter Forum

[Eiderstedter Forum Homepage: Ergebnisse Filmprojekt] (o.A.)

URL http://www.eiderstedter-forum.de/03c1989c0b0f22105/03c1989df111c3a17.html

[Abrufdatum: 18.3.2010]

Eiderstedter Forum (2010)

Dokument mit Zusatzfragen. Bereitgestellt vom Eiderstedter Forum durch Frau Leibrandt.

Eiderstedter Forum (2010)

Dokumentarfilm „Leben in Eiderstedt – Wie geht es weiter?“

Eiderstedter Forum | 2

URL: http://www.eiderstedter-forum.de/03c1989bf810bb805/index.html

[Abrufdatum: 14.06.2011]

Eiderstedter Forum | 3

URL: http://www.eiderstedter-forum.de/03c1989bf810bc607/index.html

[Abrufdatum: 14.06.2011]

Eider-Treene-Sorge GmbH: AktivRegion Südliches Nordfriesland | 1

URL:http://www.eider-treene-sorge.de/de/aktivregion/suedliches_nordfriesland/index.

php?navanchor=1010020

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Eider-Treene-Sorge GmbH: Integrierte Entwicklungsstrategie | 2
URL: http://www.eider-treene-sorge.de/de/aktivregion/suedliches_nordfriesland/entwicklungsstrategie.php?navanchor=1010033
[Abrufdatum: 05.12.2010]

Eider-Treene-Sorge Gmbh: LAG AktivRegion Südliches Nordfriesland e.V. | 3
URL: http://www.eider-treene-sorge.de/de/aktivregion/suedliches_nordfriesland/verein.php?navanchor=1010030
[Abrufdatum: 05.12.2010]

Eider-Treene-Sorge GmbH: Willkommen in der Ideenschmiede - Arbeitskreise der AktivRegion! | 4
URL: http://www.eider-treene-sorge.de/de/aktivregion/suedliches_nordfriesland/arbeitskreise.php?navanchor=1010032
[Abrufdatum: 05.12.2010]

Ekkehart OEHMICHEN, CHRISTIAN SCHRÖTER, 2001
URL: http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Online01/Online01_Folgerungen.pdf
[Abrufdatum 28.06.2011]

Europäische Kommission (2006): Der Leader-Ansatz - ein grundlegender Leitfaden. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
URL: http://ec.europa.eu/agriculture/publi/fact/leader/2006_de.pdf, S. 5-11.
[Abrufdatum: 05.12.2010]

Europäische Union (1995-2011): Einführung
URL: http://ec.europa.eu/agriculture/rur/leaderplus/index_de.htm
[Abrufdatum: 04.12.2010]

EWS GROUP GMBH | 1

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?seid=5

[Abrufdatum: 05.12.2010]

EWS GROUP GMBH | 2

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?seid=164

[Abrufdatum: 05.12.2010]

EWS GROUP GMBH | 3

[MarktTreff Hompage: Kerngeschäft: vier Modelle]

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?seid=15

[Abrufdatum: 05.12.2010]

EWS GROUP GMBH | 4

URL: http://www.markttreff-sh.de/index.php?seid=168

[Abrufdatum: 05.12.2010]

EWS GROUP GMBH | 5

URL: http://www.ews-group.de/index.php?seid=91

[Abrufdatum 12.05.2011]

EWS GROUP GMBH | 6

URL: http://www.ews-group.de/index.php?seid=83

[Abrufdatum 12.05.2011]

EWS GROUP GMBH | 7

URL: http://www.ews-group.de/index.php?seid=93

[Abrufdatum 12.05.2011]

EWS GROUP GMBH | 8
URL: http://www.ews-group.de/index.php?seid=98
[Abrufdatum 12.05.2011]

Fischer Tatjana (2008): Ländlicher Raum. Online-Fachzeitschrift des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Alt sein im Ländlichen Raum – eine raumwissenschaftliche Analyse. Seite 1-13.

Gemeinde Illingen: Projekte Illingen 2030. Erlebnisweg "Rund ums liebe Vieh".
URL: http://www.illingen2030.de/index.php?id=457
[Abrufdatum: 30.06.2011]

Gemeinde Tating: Rundwege
URL: http://www.tating.de/
[Abrufdatum: 28.06.2011]

Gothe, Kerstin (2005): Universität Karlsruhe, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung, Strukturwandel im ländlichen Raum – Auswirkungen auf die Siedlungsstruktur
URL: http://www.landwirtschaft-mlr.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/show/1174934/alr_200705_2_gothe.pdf
[Abrufdatum 19.3.2011]

Hahne, Ulf: ELER und der unterschiedliche Mehrwert des LEADER-Ansatzes in Deutschland, in: Berichte über Landwirtschaft - Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.). S. 127
URL:http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Service/BerichteLandwirtschaft/Sonderheft217.pdf?__blob=publicationFile
[Abrufdatum: 13.3.2011]

Junker, Rolf; Kühn, Gerd (2006): Difu-Beiträge zur Stadtforschung. Nahversorgung in Großstädten.
URL: http://www.difu.de/node/4935
[Abrufdatum: 23.03.2011]

Katinger Watt 2000
[Das Eidersperrwerk - viele Wirkungen am Rande]
URL: http://katinger-watt-virtual.de/kw/sperrwrk.htm
[Abrufdatum: 17.04.2011]

Kohnke, Boris (2010): Daten und Fakten – St. Peter-Ording
[Homepage – Eiderstedt.net] (o.A.)
URL: http://eiderstedt.net/orte/st-peter/faktenspo
[Abrufdatum 16.03.2011]

Kompass gGmbH: Wir über uns.
URL: http://www.kompass-diakonie.de/wirueberuns.htm
[Abrufdatum: 30.06.2011]

KREIS NORDFRIESLAND
URL: http://www.weiterbildung-nf.de/inhalt.php?DOC_INST=2
[Abrufdatum 29.06.2011]

LEBENDIGE STADT - 1 (2011)
URL: http://www.lebendige-stadt.de/pdf/PMStiftungspreis2011.pdf
[Abrufdatum: 12.06.2011]

LEBENDIGE STADT - 2 (2011)
URL: http://www.lebendige-stadt.de/web/template2neu.asp?sid=505&nid=&cof=170
[Abrufdatum: 12.06.2011]

LAG AktivRegion Südliches Nordfriesland e.V.
URL: http://www.eider-treene-sorge.de/de/aktivregion/suedliches_nordfriesland/index.php?navanchor=1010020
[Abrufdatum: 25.02.2011]

Marktform GmbH | 1(2010)
URL: http://www.foerderland.de/1067.0.html
[Abrufdatum 05.12.2010]

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2009) | 1
http://www.markttreff-sh.de/index.php?getfile=mt_handbuch_2010.pdf
[Abrufdatum: 05.12.2010]

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (2009) | 2: Leader: AktivRegion Schleswig-Holstein - Neue Perspektiven für die ländlichen Räume
URL: http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/LandFischRaum/10_laendlicheEntwicklung/01_AktivRegion/AktivRegion_node.html
[Abrufdatum: 05.12.2010]

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (2009) | 3: Zukunftsprogramm Ländlicher Raum 2007 bis 2013 (ZPLR) - aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).
URL: http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/LandFischRaum/11_ZPLR/ein_node.html
[Abrufdatum: 05.12.2010]

MITFAHRGELEGENHEIT.DE (2011)
URL: http://www.mitfahrgelegenheit.de/
[Abrufdatum: 28.06.2011]

MLUR – Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und für ländliche Räume
URL: http://www.schleswig-holstein.de/MLUR/DE/MLUR_node.html
[Abrufdatum: 28.05.2011]

MLR - Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (o.A.)
URL: http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/
[Abrufdatum: 28.05.2011]

Pro Bürgerbus NRW (o.A)
URL: http://www.pro-buergerbus-nrw.de/index.php?id=allgemeines
[Abrufdatum: 29.05.2011]

RegionNord (2008): Integrierte Entwicklungsstrategie der AktivRegion Südliches Nordfriesland.

Schneider, Markus; Wöstner Rasso: Strategische und Emphatische Kooperation, Universität Augsburg, Extraordinariat für Sozioökonomie der Arbeits- und Berufswelt Prof. Dr. Fritz Böhle, S.2 (o. A.)
URL: www.philso.uni-augsburg.de
[Abrufdatum: 19.06.2011]

Shz 1: Noch Plätze frei auf der Eiderstedt Messe
URL:
http://www.shz.de/nachrichten/lokales/husumer-nachrichten/artikeldetails/article//noch-plaetze-frei-auf-der-eiderstedt-messe.html
[Abrufdatum: 24.05.2011]

Shz 2: Leistungsschau wirkte wie ein Magnet
URL:
http://www.shz.de/artikel/article//leistungsschau-wirkte-wie-ein-magnet.html?cHash=e64b94b022&no_cache=1&sword_list[0]=eiderstedtmesse
[Abrufdatum: 24.05.2011]

SEIDENHOF GMBH & CO KG
URL: http://www.seidenhof.de/Gut_Seidenhof/Gut_Seidenhof.html
[Abrufdatum 29.06.2011]

Serviceagentur „Ganztägig lernen“ Schleswig-Holstein
[Programm Fyler]
URL www.sh.ganztaegig-lernen.de
[Abrufdatum 24.06.2011]

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2011) | 1: Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein bis 2025 – Rückläufige Bevölkerung, weniger junge Menschen, Zahl der Älteren steigt –, S. 1 – 5.
URL: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/SI_SPEZIAL_III_2011.pdf
[Abrufdatum: 17.05.2011]

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2011) | 2: Statistische Berichte – Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins bis 2025, S. 1 – 4.
URL: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/A_I_8_j11_S.pdf
[Abrufdatum: 17.05.2011]

Stiftung Diakoniewerk Kropp: Die Gesellschaft Sankt Christian
URL: http://www.diakonie-kropp.de/einrichtungen/sankt-christian/
[Abrufdatum: 30.06.2011]

TERAGO GMBH
URL: http://p-immo.terago.de/typo3-immo/
[Abrufdatum 29.06.2011]

Theodor-Mommsen-Schule Garding
URL: www.tms-garding.de
[Abrufdatum: 30.06.2011]

Tourismuszentrale Eiderstedt e.V.: Garding - St. Christian
URL: http://www.tz-eiderstedt.de/eiderstedt/kultur-kunst/achteihn-kirchen/garding-st-christian.html
[Abrufdatum: 30.06.2011]

TYPO 3 ASSOCIATION

URL: http://typo3.com/index.php?L=2

[Abrufdatum 28.06.2011]

Universität für Bodenkultur Wien

[Universität für Bodenkultur – Homepage: Projekte]

MOVE - Mobilitäts- und Versorgungserfordernisse im strukturschwachen ländlichen Raum als Folge des Strukturwandels

URL:https://forschung.boku.ac.at/fis/suchen.projekt_uebersicht?sprache_in=de&menue_id_in=300&id_in=3026

[Abrufdatum: 05.12.2010]

Universität Siegen

URL:http://www4.architektur.uni-siegen.de/symposium/2006/

[Abrufdatum 13.05.2011]

Wikipedia, die freie Enzyklopädie (2011): Dachverband

URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Dachverband

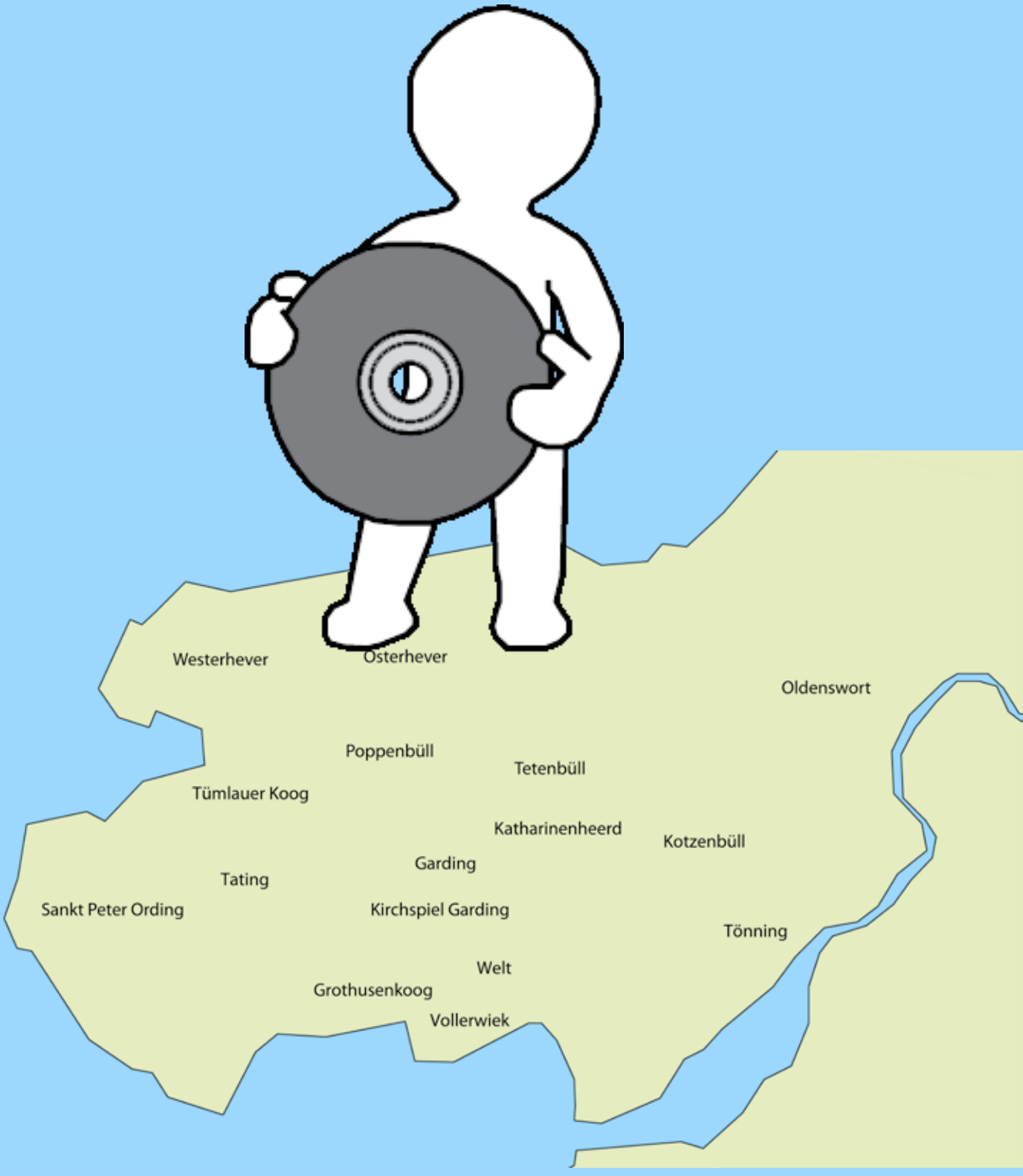
[Abrufdatum: 04.07.2011]

Zukunftsprogramm Ländlicher Raum 2007 bis 2013 (ZPLR)

URL: http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/LandFischRaum/11_ZPLR/ein_node.html

[Abrufdatum: 25.02.2011]

ANHANG



[Eigene Darstellung]

Der Anhang befindet sich auf der hier beigefügten CD Rom.